



24. Sitzung

am Dienstag, dem 16. September 2014, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 1617

Nachruf auf die ehemalige Abgeordnete **Waltraud
Bundschuh** 1617

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten
**Markus Rinderspacher, Stefan Schuster,
Eberhard Rotter** und Staatsminister **Helmut
Brunner** 1617

Zustimmung
**zur Berufung eines Mitglieds der Staatsregie-
rung nach Art. 45 der Bayerischen Verfassung**

Ministerpräsident Horst Seehofer..... 1617
Markus Rinderspacher (SPD)..... 1618
Thomas Kreuzer (CSU)..... 1620
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)..... 1622
Margarete Bause (GRÜNE)..... 1623 1625

Beschluss..... 1625

Vereidigung
**der Staatsministerin für Umwelt und Verbrau-
cherschutz**

Präsidentin Barbara Stamm..... 1626
Staatsministerin Ulrike Scharf..... 1626

Antrag der Abgeordneten

Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Au-
res u. a. und Fraktion (SPD),
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima)
Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄH-
LER),
Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote
u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
**Unverzügliche Aufklärung und politische Auf-
arbeitung der Affäre Haderthauer (Drs. 17/2972)**

Markus Rinderspacher (SPD)..... 1626
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)..... 1629 1630
1631
Josef Zellmeier (CSU)..... 1631
Ulrike Gote (GRÜNE)..... 1631
Thomas Kreuzer (CSU)..... 1635
Horst Arnold (SPD)..... 1637
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter
Bauer (FREIE WÄHLER)..... 1638 1640 1641
Jürgen W. Heike (CSU)..... 1641

Beschluss..... 1642

Aktuelle Entwicklung
der Asyl- und Flüchtlingsproblematik in Bayern

hierzu:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert
Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.
a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Asylsituation entschärfen: Sofortmaßnahmen
**zur Verbesserung der Lage in den Erstauf-
nahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunter-
künften ergreifen, Asylverfahren beschleuni-
gen! (Drs. 17/3036)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)

Flüchtlingsdrama in Bayern - Keine Zeltunterkünfte mehr! (Drs. 17/3037)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neue Asylpolitik in Bayern jetzt! (Drs. 17/3038)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Kerstin Schreyer-Stäblein u. a. und Fraktion (CSU)

Maßnahmenpaket zur Flüchtlings- und Asylpolitik: Solidarität mit Asylsuchenden - Fluchtursachen bekämpfen - Schengen-Abkommen und Asylgesetze anpassen! (Drs. 17/3039)

Josef Zellmeier (CSU)..... 1643 1648

Angelika Weikert (SPD)..... 1645 1648

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER)..... 1649

Christine Kamm (GRÜNE)..... 1651 1661 1663

Martin Neumeyer (CSU)..... 1654

Arif Taşdelen (SPD)..... 1656 1657

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER)..... 1657 1661

Staatsministerin Emilia Müller..... 1658 1661

Verena Osgyan (GRÜNE)..... 1660

Staatsminister Joachim Herrmann..... 1661 1663

Beschluss zum letzten Spiegelstrich der Nr. 5 des FW-Dringlichkeitsantrags 17/3036..... 1664

Beschluss zum Rest des FW-Dringlichkeitsantrags 17/3036 1664

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/3037..... 1664

Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 17/3038..... 1664

Namentliche Abstimmung zum CSU-Dringlichkeitsantrag 17/3039 (s. a. Anlage)..... 1664

Mitteilung gem. § 26 Abs. 2 GeschO betr. **Ausschussumbesetzung** 1664

Schluss der Sitzung..... 1664

(Beginn: 14.05 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne nach der Sommerpause die 24. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie wurde wie immer vorab erteilt. Ich darf Ihnen noch bekannt geben, dass Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks die Sitzung heute live übertragen.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben, um einer ehemaligen Kollegin zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 22. Juli verstarb die frühere Kollegin Waltraud Bundschuh im Alter von 86 Jahren. Waltraud Bundschuh gehörte dem Bayerischen Landtag von 1962 bis 1978 an und vertrat für die CSU-Fraktion zunächst den Wahlkreis Oberfranken, von 1966 bis 1974 den Stimmkreis Staffelstein-Lichtenfels und schließlich den Stimmkreis Lichtenfels. Während ihrer Zugehörigkeit zum Bayerischen Landtag war sie Mitglied im Ausschuss für Fragen des Beamtenrechts und der Besoldung, im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes sowie im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr. Als Vertreterin einer Generation, deren Leben vom Krieg mitbestimmt war, war Waltraud Bundschuh eine überzeugte Parlamentarierin, die sich engagiert für ihre Mitmenschen einsetzte. Insbesondere lag der Land- und Hauswirtschaftsrätin ihre Heimatregion in Oberfranken am Herzen. Für ihre Verdienste wurde sie mit dem Bayerischen Verdienstorden gewürdigt. Der Bayerische Landtag trauert mit den Angehörigen und wird der Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren. Ich danke Ihnen, dass Sie sich von Ihren Plätzen erhoben haben. –

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, Sie sind aus der Sommerpause zurückgekehrt. Ich freue mich, Sie alle gesund und wohlbehalten begrüßen zu können, und darf meine besondere Freude darüber zum Ausdruck bringen, dass Herr Kollege Unterländer wieder unter uns ist. Wir freuen uns mit ihm. Herzlich willkommen!

(Lang anhaltender Beifall)

Herr Kollege Unterländer, ich wünsche Ihnen weiterhin einen guten Genesungsprozess und bitte Sie, sich nicht zu überfordern. Wir achten ein Stück weit mit darauf. Alles Gute!

Die Sommerferien sind zu Ende. Das bedeutet heute auch den Schulbeginn. Viele beginnen einen neuen Lebensabschnitt, weil sie heute eingeschult werden.

Manche unserer Kolleginnen und Kollegen wären heute zum Schulbeginn sicher gerne zu Hause bei der Familie und bei den Kindern geblieben. Die Sondersitzung hat das nicht zugelassen. Deswegen wünschen wir unseren Kindern und unseren jungen Menschen vom Parlament aus einen guten Start in das neue Schuljahr und den neuen Lebensabschnitt. Den Pädagoginnen und Pädagogen senden wir einen herzlichen Dank; denn wir vertrauen ihnen unsere Kinder an und hoffen, gemeinsam mit ihnen die Zukunft gestalten zu können. Ich wünsche den Kindern und der Jugend in Bayern einen guten Beginn.

(Beifall)

Ich darf auch Glückwünsche aussprechen. Am 18. Juli feierte der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Kollege Markus Rinderspacher, einen halbrunden Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch und alle guten Wünsche!

(Allgemeiner Beifall)

Kollege Stefan Schuster feierte am 1. September ebenfalls einen halbrunden Geburtstag. Auch Ihnen, Herr Kollege, einen herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Herr Kollege Rotter durfte am 31. Juli einen runden Geburtstag feiern. Auch ihm Wünsche zu Gesundheit und weiterem Wohlergehen!

(Allgemeiner Beifall)

Herr Staatsminister Helmut Brunner feierte am 14. September auch einen runden Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch, Herr Staatsminister!

(Allgemeiner Beifall)

Nun treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Zustimmung
zur Berufung eines Mitglieds der Staatsregierung
nach Art. 45 der Bayerischen Verfassung**

Hierzu darf ich dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich darf dem Hohen Hause ein neues Mitglied der Bayerischen Staatsregierung vorschlagen. Ich berufe Frau Ulrike Scharf, Mitglied des Bayerischen Landtags, zur Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz.

Ich bitte das Hohe Haus um Zustimmung zu diesem Vorschlag.

Gleichzeitig danke ich dem Vorgänger an der Spitze des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz, Herrn Staatsminister Dr. Marcel Huber, für seine kompetente Arbeit in diesem Ressort. Ich greife heraus: Seine herausragenden Leistungen bei der Hochwasserkatastrophe im vergangenen Jahr werden den Menschen in Bayern immer in Erinnerung bleiben.

(Beifall bei der CSU – Beifall bei Abgeordneten der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Nun ist er Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister – das bleibt unverändert – für Bundesangelegenheiten und Sonderaufgaben.

(Inge Aures (SPD): Sauber!)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit der am 1. September dieses Jahres zurückgetretenen Staatsministerin Christine Haderthauer danken. Sie hat für den Freistaat Bayern und für die Menschen in diesem Lande in fünf Jahren als bayerische Sozialministerin und in knapp einem Jahr als Leiterin der Bayerischen Staatskanzlei vorzügliche Leistungen erbracht. Dafür ein "Vergelts Gott!"

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich dem Dank des Ministerpräsidenten an Frau Staatsministerin Haderthauer anschließen und ihr für das Hohe Haus sehr herzlich danken für das, was sie für Bayern, für das Land und auch darüber hinaus geleistet hat.

Ebenso darf ich einen ganz herzlichen Glückwunsch zur Berufung des Herrn Staatsministers Marcel Huber aussprechen. Er leitet nun die Bayerische Staatskanzlei, eine Wirkungsstätte, wo er schon einmal gewesen ist, mit all dem, was damit noch verbunden ist. Wir kennen Ihre Zuverlässigkeit, und wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Ihnen. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute für Sie!

(Beifall bei der CSU – Beifall bei Abgeordneten der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass wir jetzt zur Aussprache kommen, und haben sich auf eine Redezeit von 10 Minuten pro Fraktion geeinigt.

Als Erstem darf ich Herrn Kollegen Rinderspacher für die SPD das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Rinderspacher (SPD): Sehr verehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ministerpräsident hat heute den fünften Staatskanzleiminister und die dritte Umweltministerin innerhalb von sechs Jahren benannt. Ein Staatskanzleiminister in der Regierung von Horst Seehofer war bislang durchschnittlich 480 Tage im Amt. Kein Bayerischer Ministerpräsident vor Horst Seehofer und keine andere Landesregierung in der Bundesrepublik Deutschland hat in so kurzer Zeit so viele Staatskanzleiminister verschlissen wie Herr Seehofer. Die Diskontinuität ist das einzig Kontinuierliche an der Politik dieses Ministerpräsidenten. Das war so, das ist so, und das bleibt so.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Eine Nachbesetzung der Stelle von Frau Haderthauer wäre aus unserer Sicht nicht notwendig gewesen. Ihre Aufgaben hätten ohne Weiteres auch einem anderen Ressort zugeschlagen werden können. Tatsächlich gibt es jetzt eine Doppelspitze mit zwei Ministerinnen in der Staatskanzlei. Das gibt es sonst nirgendwo, in keinem anderen Bundesland.

Und noch eine Bemerkung: Es gab Zeiten, da war auch in Bayern die Spitze der Staatskanzlei lediglich mit einem Staatssekretär besetzt. So funktioniert es auch bis heute in einer Reihe von anderen Bundesländern.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

Meine Damen und Herren, Marcel Huber war bereits einmal für 275 Tage Chef der Staatskanzlei. Wir wünschen Ihnen, Herr Huber, ein glückliches Händchen. Wir trauen Ihnen zu, dass Sie dieses Amt gewissenhaft ausüben, und wir wünschen Ihnen viel Erfolg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Wir formulieren aber auch ein klares Anforderungsprofil, dem Ihre Vorgänger nicht immer genügten. Leider verstand Herr Seehofer die Staatskanzlei in den letzten Jahren entgegen anderslautenden Bekundungen häufig als zweite CSU-Parteizentrale. Immer wieder war die Staatskanzlei in fragwürdige Vorgehensweisen verstrickt. Siegfried Schneider hatte Umfragen auf Kosten des Steuerzahlers zum Nutzen der CSU in Auftrag gegeben. Wir haben alle noch die Tipps der Demoskopen in lebendiger Erinnerung, wie die CSU in der Regierung die FDP als politischen Gegner zu bekämpfen habe. Herr Kreuzer hatte 2013 vorgege-

ben, die Verwandtschaftsaffäre innerhalb des Kabinetts Seehofer detailliert und gewissenhaft überprüft und untersucht zu haben, und wie schon bei seinem Vorgänger brauchte es den Bayerischen Verfassungsgerichtshof, um aufzudecken, dass diese Untersuchung nur vorgetäuscht war. Auch hier wieder das Gleiche: offensichtlich ein politisches Ablenkungsmanöver innerhalb des Landtagswahlkampfes.

Frau Haderthauer ist bereits angeschlagen ins Amt gekommen. Die wesentlichen Details zur sogenannten Modellauto-Affäre waren bereits im Herbst 2013 veröffentlicht und bekannt und politisch zu bewerten. Der Ministerpräsident hat dennoch von einer Berufung ins Kabinett nicht abgesehen – ein folgenreicher Fehler, wie er heute einräumen muss.

Wir fordern auch hier und heute, dass der Bayerische Verfassungsgerichtshof die Staatskanzlei nicht alle 16, 18 Monate bei verfassungswidrigem Verhalten erwischt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir bauen da auf Sie, Herr Huber, und wir sagen noch einmal: Sie werden dieses Amt sicher gewissenhaft ausüben.

(Beifall bei der SPD)

Neben der Nichtbesetzung hätte es auch eine zweite konsequente Möglichkeit der Erneuerung gegeben, nämlich eine größere Kabinettsumbildung. Zahlreiche Mitglieder dieses Kabinetts sind bereits nach elf Monaten in dieser Legislaturperiode angezählt, einige infolge der Verwandtschaftsaffäre – diese soll heute hier kein Thema sein –, andere aus inhaltlichen Gründen: Herr Spaenle wurde von der Opposition erwischt, wie er mehr als 800 Lehrerstellen heimlich, still und leise streichen wollte. Frau Merk hängt noch immer die Affäre Mollath in den Kleidern. Herr Eck verantwortet die Kostenexplosion beim Digitalfunk. Frau Aigner kommt bei der Energiewende nicht wirklich aus den Startlöchern. – Meine Damen und Herren, nach diesem verkorksten Start in die Legislaturperiode und einem verlorenen ersten Jahr für den Freistaat Bayern wäre ein Neuanfang wirklich wünschenswert gewesen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ein großes Fragezeichen steht zunächst hinter der Ernennung von Frau Scharf als Umweltministerin. Nicht nur die bayerische Öffentlichkeit war verwundert, auch viele Kolleginnen und Kollegen aus der CSU-Fraktion waren sichtlich irritiert und haben ihre Irritation auch in den Medien öffentlich kundgetan.

(Zurufe von der CSU)

– Wollen Sie die Zitate?

(Zurufe von der CSU: Ja!)

Tatsächlich ist Frau Scharf bislang nicht durch umweltpolitische Initiativen, durch größeres Interesse an der Materie oder durch besonderes Know-how diesbezüglich aufgefallen. – In Umwelt- und Klimaschutz – ich hoffe, es ist nicht unhöflich, wenn ich das so formuliere –, ist sie bislang ein völlig unbeschriebenes Blatt. Meine Damen und Herren, wie müssen sich eigentlich jene Experten in der CSU-Fraktion vorkommen, die das Thema Umwelt- und Klimaschutz seit Jahren bearbeiten und jetzt ohne Not übergangen werden? Ich hätte mir im Übrigen auch vorstellen können, dass man auf einen Fachmann aus dem Deutschen Bundestag aus Ihren Reihen zurückgreift, auf den CSU-Umweltexperten Josef Göppel. Dieser anerkannte Experte war schon für den Atomausstieg, als die CSU davon noch überhaupt keine Ahnung hatte, und ist zum Beispiel auch ein ausgewiesener Kritiker der Abstandsflächen zur Windenergie hier in Bayern. Das wäre ein unabhängiger Kopf gewesen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der CSU-Umweltexperte Göppel kam aber aus mehreren Gründen nicht infrage: Er ist erstens zu unbequem; Herr Seehofer umgibt sich lieber mit Ja-Sagern. Er ist zweitens männlich. Er ist drittens Mittelfranke und nicht Oberbayer. Es gibt noch ein weiteres Kriterium: Der Ministerpräsident legt bekanntlich großen Wert darauf, dass die Fachexpertise, die Lebensweisheit und die Reife der über 60-Jährigen in seinem Kabinett nicht vorkommen. Auch das war ein Ausschlusskriterium; wir erinnern uns noch an die altersbedingte Entlassungswelle in der letzten Legislaturperiode mit Herrn Huber, Herrn Goppel, Herrn Bernhard, Herrn Sinner, Herrn Miller, Frau Stewens und anderen. – Meine Damen und Herren, dieser Ministerpräsident wählt sein politisches Spitzenpersonal offensichtlich anhand vieler sachfremder Kriterien. Das ist nicht gut für Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten uns auch vorstellen können, dass gerade im Umweltministerium eben nicht das Parteibuch oder der Regionalproporz die zentrale Rolle spielen, sondern dass die Position im Zweifelsfall mit einem Experten ohne CSU-Parteibuch besetzt wird.

Frau Scharf, zu Ihren vordringlichsten Aufgaben als neue Umweltministerin wird gehören, die Klimaschutzziele in Bayern zu erhöhen, die Feinstaubbelastung in den Städten zu reduzieren, den Flächenfraß zu bremsen und die Bahn und den ÖPNV dabei zu

unterstützen, auf umweltfreundliche Antriebe umzustellen. Bei aller Sympathie und Wertschätzung für Ihren Vorgänger: Er hat Ihnen hier einige offene Baustellen hinterlassen.

Meine Damen und Herren, für die neue Regierung wird sich als echtes Problem herausstellen, dass die neue Umweltministerin als örtliche Abgeordnete die dritte Startbahn am Münchner Flughafen ablehnt. Wir haben also eine Regierung, die mit zwei Stimmen spricht: Frau Aigner als Wirtschaftsministerin sagt im Kabinett: Ja, wir brauchen die Startbahn. Die Umweltministerin sagt: Nein, Ilse, so geht das nicht, wir benötigen sie auf keinen Fall.

Meine Damen und Herren, wir stehen für alles und für nichts. Das wird nun auch offiziell zum obersten Prinzip dieser Staatsregierung erhoben. Die CSU ist dafür und dagegen zugleich. Beim Thema Flughafen wird das künftig sowohl die Wirtschaft als auch die Umweltverbände verunsichern, verärgern und gegen Sie aufbringen. Sie setzen sich damit politisch zwischen alle Stühle. Parteipolitisch soll uns das recht sein, aber eine in sich konsistente Politik für Bayern ist das gewiss nicht.

(Beifall bei der SPD)

So schaffen Sie mit jedem Tag, Herr Ministerpräsident, für Ihren Nachfolger weitere Probleme und offene Baustellen. Ihr Nachfolger wird sehr viele Aufräumarbeiten zu bewerkstelligen haben, und bis dahin vergeht wertvolle Zeit. Für Bayern kann das nicht gut sein.

Für Sie, Frau Scharf, gilt selbstverständlich die parlamentarische Einarbeitungszeit von 100 Tagen, die sogenannte Schonfrist. Nehmen Sie sich die Zeit! Ich meine das auch sehr ernst; denn ein fulminanter Medienstart zu Beginn eines Amtsantrittes deutet nicht immer auf eine tatsächliche exekutive Tatkraft hin, wie wir das bei Frau Müller gesehen haben. Sie hatte bereits beim Amtsantritt Sofortmaßnahmen, Kapazitätserweiterungen für die bayerischen Flüchtlingsunterkünfte angekündigt. Es war damals von November, Dezember 2013 die Rede. Mittlerweile haben wir September 2014, und dem guten Medienstart ist kein Regierungshandeln gefolgt.

(Zuruf von der CSU: Das ist eine Frechheit! – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Unverschämte!)

Wir wünschen Ihnen Frau Scharf, ein glücklicheres Händchen, als es den anderen Kabinettsmitgliedern zuletzt vergönnt war. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die CSU-Fraktion darf ich jetzt dem Herrn Kollegen Kreuzer das Wort erteilen. Bitte schön.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus! Herr Rinderspacher, der Beitrag war derart unterirdisch, dass es einem schwer fällt, darauf zu antworten. Dies will ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe in diesem Haus bereits viele Besetzungen im Kabinett erlebt, aber so etwas habe ich noch nie gehört. Ihre Rede zeigt den vollkommenen Verfall der Opposition unter moralischen Gesichtspunkten.

(Beifall bei der CSU)

Sie wissen langsam nicht mehr, was Diskussionen zur Sache sind, sondern es geht Ihnen nur darum, Personen schlechtzureden und "herunterzumeiern", meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Dummes Zeug ist das!)

Und dann ist alles widersprüchlich. Zunächst bedauern Sie, dass der Staatskanzleichef so oft gewechselt hat, das sei nicht gut für das Land. Anschließend sagen Sie, die Position sei überhaupt nicht notwendig, man müsste sie gar nicht mehr besetzen. Ihnen fällt nicht einmal auf, dass es nicht zusammenpasst, wenn man zunächst sagt: Die Aufgabe kann wegen häufiger Wechsel nicht erfüllt werden, sie ist wichtig für das Land, aber man braucht sie eigentlich überhaupt nicht. Das zieht sich durch Ihre Ausführungen, und dies zeugt von dem messerscharfen Verstand, mit dem Sie die Dinge analysieren und insgesamt auch Politik machen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Der Minister in der Staatskanzlei hat eine Schlüsselposition in Bayern, auch in der Koordination mit Berlin – er ist ja auch dort zuständig. Er muss mit den Fraktionen den Kontakt halten. Sie haben bedauert, dass das bisher nicht so der Fall gewesen sei. Sie wollen dies in Zukunft besser, also benötigen Sie den Staatskanzleiminister auch dazu. Er hat eine wichtige Schlüsselfunktion in diesem Land.

Und Sie kritisieren, es seien zwei Minister. Wahrscheinlich haben Sie die Geschäftsverteilung in der Staatskanzlei noch nie angesehen. Eine Ministerin ist für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen zuständig. Früher, meine Damen und Herren, hatten wir hierfür ein eigenes Ministerium. Das will ich

schon einmal gesagt haben. Nun haben wir dies, natürlich auch zur Verschlankung, in die Staatskanzlei integriert. Es sind aber ganz verschiedene Aufgaben, und glauben Sie mir – ich spreche aus Erfahrung –: Das ist gemeinsam überhaupt nicht zu leisten. Sie können nicht gleichzeitig in Brüssel, in Berlin sein und die Dinge in Bayern koordinieren. Das ist ein absurder Vorschlag, der davon zeugt, dass Sie keine Ahnung von dem Aufgabenbereich haben.

(Beifall bei der CSU)

Warum ist so oft gewechselt worden? – Ich will Herrn Professor Oberreuter sinngemäß dazu zitieren. Er hat auf die Frage, ob dies irgendetwas mit der Schwäche der Staatsregierung zu tun habe, im Fernsehen gesagt: Die Leute seien eben alle für wichtige Aufgaben gebraucht worden. So ist das, Herr Rinderspacher.

(Heiterkeit und Zurufe von der SPD)

Das sind Personen, die vielseitig einsetzbar sind, und sie können natürlich, wenn sie anderweitig gebraucht werden, auch anderweitig verwendet werden. – Dann haben Sie in ein paar Sätzen in Schlagwortform das ganze Kabinett "heruntergemeiert". Ich kann verstehen, dass Ihnen das nicht passt. Nehmen Sie aber zur Kenntnis: Dies ist die erfolgreichste Regierung eines Landes in ganz Deutschland, und die Ergebnisse zeigen das auch.

(Beifall bei der CSU)

Bezüglich der Kollegin Scharf sage ich Ihnen: Es bringt nichts, ihr eine 100-Tage-Frist einzuräumen – früher war es üblich, dass ein Minister 100 Tage hatte –, aber sie bereits vor der Vereidigung hier als ungeeignet "herunterzumeiern", Herr Rinderspacher, das ist nicht die Fairness, die wir an den Tag legen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Sie sprechen von einer Schonfrist von 100 Tagen. Das ist ein Lippenbekenntnis; die Verächtlichmachung erfolgt nämlich sofort. Das ist kein guter Stil,

(Zurufe von der SPD)

und das hat es früher, soviel ich weiß, auch nicht gegeben. – Wenn ich mir Ihre Vorschläge zur personellen Besetzung des Umweltministeramts anhöre, wundert es mich nicht, dass die SPD so erfolglos ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Nun zu den beiden Ministern. Marcel Huber hat seine Arbeit erfolgreich, hervorragend gemacht. Ich kann

das beurteilen; denn ich war sein Nachfolger, und als solcher sieht man natürlich, was der Vorgänger gemacht hat. Er wird ein hervorragender Staatsminister in der Staatskanzlei werden, der die Politik in Bayern koordiniert und den Kontakt zum Landtag und den Fraktionen aufrechterhält. Ich bin ganz sicher, er ist eine sehr gute Besetzung. Die CSU-Fraktion wird ihn unterstützen. – Lieber Kollege Huber, alles Gute und viel Erfolg in diesem Amt!

(Beifall bei der CSU)

Die Besetzung des Umweltministeriums mit der Kollegin Scharf ist eine ebenfalls sehr gute Lösung. Sie gehört bereits zum zweiten Mal dem Landtag an – das erste Mal nicht die gesamte Legislaturperiode – und verfügt somit über parlamentarische Erfahrung. Sie bringt auch Führungserfahrung mit. Sie ist die Vorsitzende der Bayerischen Wasserwacht, eines großen Verbands. Dieser befasst sich mit Umweltthemen, beispielsweise mit der Gewässerqualität. Sie führt innerhalb der CSU einen Verband, der einer der größten in Deutschland ist.

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

– Selbstverständlich ist das so. Von der Wasserwacht wurde ein Wasserqualitäts-Monitoring für die bayerischen Badeseen in Auftrag gegeben. Meine Damen und Herren, noch wichtiger ist, dass sie aus einem mittelständischen Unternehmen stammt und geschäftsleitende Verantwortung übernommen hat. Ich bin sicher, dass sie dieses Amt gut bekleiden wird.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann mich daran erinnern, dass alle bayerischen Umweltminister, die wir in den letzten Jahren berufen haben, bei Ihnen keine Chance hatten. Markus Söder war fachfremd und hat keine Ahnung gehabt. Er hat seine Sache jedoch gut gemacht. Marcel Huber ist ebenfalls abgelehnt worden. Inzwischen sagt man, dass er sein Amt hervorragend ausführt. Ich bin sicher, dass auch Ulrike Scharf dieses Amt gut ausfüllen wird.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir werden sie bei dieser Tätigkeit zum Wohle des Freistaats Bayern unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich Herrn Kollegen Aiwanger das Wort. – Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Normalerweise hätten wir noch Sommerpause. Die Regierung hat jedoch bis zuletzt versucht, davon abzulenken, dass wir Entscheidungen brauchen. Es hat geheißen, die Affäre Haderthauer sei keine, sondern Sommertheater, die Staatsregierung sei handlungsfähig, Frau Haderthauer habe das volle Vertrauen des Ministerpräsidenten, es würde reichen, diese Vorwürfe Ende September aufzuarbeiten.

Es war gut, dass die Opposition in Bayern zu Ihrer Entscheidungsfindung beigetragen hat. Wir haben Ihnen etwas Feuer gemacht, um Dinge auszuräumen, die ansonsten weitergetragen worden wären. Wir müssten uns sonst in den nächsten Wochen und Monaten mit der Modellbau-Affäre auseinandersetzen, obwohl wir riesige politische Aufgaben bewältigen müssen. Insofern halte ich es für richtig, heute in einer Sondersitzung zusammenzukommen.

Es ist ebenfalls richtig, heute zu definieren, was wir von einer künftigen Regierungsbesetzung und ihrer Ausrichtung erwarten. Wir sind der Meinung, dass die Kabinettsumbesetzung, die am Ende unvermeidlich gewesen ist, durchaus die Chance geboten hätte, Strukturen neu zu ordnen. Es wäre einen Gedanken wert gewesen, die Aufgaben in der Hand eines bewährten Mannes wie Herrn Huber weiterzuführen. Die frei werdende Position hätten wir für ein eigenes Energieministerium verwenden können. Ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass gerade auf diesem Feld sehr viel zu tun ist. Dieses Themenfeld müsste dringend mit einem eigenen Ministerium belegt werden. Das ist dringender denn je. Sie sehen die Ziellosgigkeit, mit der in den letzten Monaten agiert worden ist: "Wir brauchen die Trasse." "Wir brauchen die Trasse nicht." "Wir brauchen die Trasse so nicht." "Wir brauchen dringend Pumpspeicherkraftwerke." "Wir brauchen keine Pumpspeicherkraftwerke." – Auf der anderen Seite sehe ich im Wirtschaftsministerium sehr viele andere Aufgaben, die eine Person voll fordern würden. Ich nenne an dieser Stelle das Stichwort Tourismus. Wir stellen fest, dass dort politisch zu wenig passiert. Der Tourismus hatte in Bayern mit Sicherheit bisher nicht den Stellenwert, den er in der Politik bräuchte. Frau Aigner wäre mit diesem Thema mit Sicherheit bedient genug. Sie sollte das Thema Energie einer eigenen Stelle zuordnen, um weiterzukommen.

Die Neubesetzung hätte durchaus die Chance geboten, die Schwerpunkte politisch anders zu setzen. Ich traue Herrn Huber zu, mehr Objektivität als in den letzten Jahren in die Staatskanzlei einzubringen. Die Staatskanzlei wurde teilweise als Ersatzpartei zentrale

gesehen. Ich glaube, wir haben genug Aufgaben. Viele Aufgaben sind liegen geblieben, weil wir uns mit der Modellbau-Affäre befasst haben anstatt von einem einsatzfähigen Staatskanzleichef Asylthemen sowie Bundes- und Europathemen ernsthaft bearbeiten zu lassen. Ein Staatskanzleichef sollte zu einem Bundesinnenminister gehen und sagen: Das, was auf dem Gebiet der Asylbewerberbewegungen passiert, geht nicht, wenn wir von einer sicheren Drittstaatenregelung reden. Ein Staatskanzleichef sollte gegenüber Österreich ebenfalls verhandlungsfähig sein. Wir führen jedoch einen politischen Kleinkrieg wegen der Maut. Österreich droht uns mit einer Verfassungsbeschwerde vor dem EU-Gerichtshof. Stattdessen hätte man sich mit diesen Herrschaften längst an einen Tisch setzen sollen, um Lösungen für Asylfragen zu erarbeiten. Das ist jetzt eine Retourkutsche für all das, was wir ihnen vor die Füße werfen. Eine politisch handlungsfähige Person ist somit nötiger denn je. Deswegen begrüßen wir die Umbesetzung mit Herrn Huber.

Jetzt gehe ich auf die Personalie der neuen Umweltministerin ein. An das Thema gehe ich ganz unverkrampft heran. Wir sollten ihr eine Chance geben. Nicht immer gibt es eine Garantie dafür, dass derjenige der beste Minister ist, der bereits durch drei Ministerien geschickt und schließlich wegbefördert worden ist, wenn er das alte Ministerium vermüllt hatte.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Vielleicht ist es gut, einmal neue Leute heranzulassen. Ich will an dieser Stelle keinen Stab brechen. Wir wünschen der neuen Ministerin von dieser Seite alles Gute. Mir hat imponiert, dass sie sich getraut hat, die dritte Startbahn zu thematisieren. Sie ist bereits in der Vergangenheit von der Parteilinie abgewichen. Trotz ihrer Berufung hat sie es gewagt, daran festzuhalten. Das spricht für sie und für die Möglichkeit, dass politische Vernunft auch in dieser Frage die Bayerische Staatsregierung hoffentlich erreichen wird. Die Donaustaustufe und die Atomlaufzeitverlängerung haben Sie ebenfalls irgendwann an den Nagel gehängt. Weitere Aufzählungen erspare ich Ihnen. Sie sollten die aktuellen Zahlen zur Kenntnis nehmen und feststellen, dass der Zuwachs der Fluggäste am Flughafen Nürnberg minus 10 % beträgt. Die Starts und Landungen betragen am Münchner Flughafen circa minus 4 %. Derzeit besteht kein Bedarf, die dritte Startbahn zu forcieren. Stattdessen sollten wir das innerbayerische Flughafenangebot besser aufeinander abstimmen. Das ist Aufgabe genug. Das ist eine Herausforderung, bei der wir Sie gerne unterstützen. Ich weiß, Sie haben gute Mitarbeiter und werden uns nicht fra-

gen. Trotzdem wünschen wir auf diesem Weg alles Gute.

Sie werden das Thema Hochwasserschutz weiter begleiten müssen. Dort müssen neue Akzente gesetzt werden. Bisher hat man gesagt, alles sei weitgehend in Ordnung. Schließlich gab es ein Jahrhunderthochwasser. Nun wurde die Ausweisung neuer Polder Hals über Kopf geplant. Wir begrüßen die Polder dort, wo sie hinpassen. Wir fordern jedoch durchaus Fingerspitzengefühl ein. In gewissen Regionen werden beispielsweise hochwertige Gemüsebaustandorte als Polder ausgewiesen. Möglicherweise dürfen die Feldfrüchte nicht mehr verkauft werden, wenn sich dort ein Hochwasser ereignet. Wir müssen uns vielleicht auch einmal mit Leuten anlegen, die bisher zum Lobby-Umfeld der CSU gehören. Diesen wird nicht so gerne die Wahrheit gesagt. Dabei handelt es sich beispielsweise um E.on, ein Unternehmen, das häufig für die Flussbettpflege zuständig ist und hohe Staumauern errichtet. Der Grundwasserspiegel wird angehoben, um die Wasserkraft auszunutzen. Das ist zu begrüßen, solange nichts passiert. Wenn es darum geht, die Flüsse wieder rechtzeitig auszubaggern, um Retentionsvolumen im Flussbett zu schaffen, dann versagt diese Strategie, weil das Geld gespart wird, die Flüsse zu pflegen. Das hat früher der Staat gemacht. Solche Themen muss man mit Fingerspitzengefühl angehen. Liebe Frau Scharf, ich wünsche mir, dass Sie in die Regionen hinausgehen, wo die Landwirte Angst haben, dass ihre Flächen unter Wasser gesetzt werden. Hier sollte es einen Plan B geben, der zielführender wäre. Dieses Thema sollte nicht mit der Parteilinie durchexerziert werden; vielmehr sollten die Menschen draußen mitgenommen werden. Es wird schwer genug sein. Das ist aber vielleicht die Chance für eine neue Person, die noch unverbraucht ist, die Dinge mal neu zu sortieren.

Unter dem Strich glaube ich, dass die Opposition der Regierung an dieser Stelle gut getan hat. Sie wären heute nicht hier; Sie hätten keine neuen Leute berufen. Sie hätten weiter gewurstelt und gesagt: Es ist doch alles in Ordnung. Ich glaube, die Regierung und die Opposition haben genug Arbeit vor der Brust, um Bayern voranzubringen. Diese neue politische Konstellation ist auf jeden Fall ein Fortschritt gegenüber dem, was bisher an Personal geboten war. Ich erinnere noch einmal daran, dass wir alle miteinander gewählt sind, um Bayern voranzubringen. Dazu soll diese Sitzung heute beitragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Bause das Wort erteilen. – Bitte schön.

Margarete Bause (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Herr Seehofer, Sie haben gestern im "Münchner Merkur" gesagt, dass sich die Opposition in der Sondersitzung mit Ihnen beschäftigen solle. Mit dem größten Vergnügen! Genau das habe ich vor; denn das miese Bild, das Bayern im Moment abgibt, haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Lachen bei der CSU)

Wie heißt es so zutreffend? – Der Fisch stinkt vom Kopf her.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seit Wochen, wenn wir die Zeitungen aufschlagen, die regionale und die überregionale Presse, lesen wir jeden Tag vernichtende Überschriften über Ihre Politik: "Erbärmlich und lächerlich", "Totalschaden", "Demontage", "Vom Bankrott der Moral", "Mit Seehofer auf schiefer Ebene", "Pipifax-Politik", "Politik zum Abgewöhnen" usw. usf. Herr Kreuzer, ich weiß nicht, ob das die Überschriften für die erfolgreichste Politik irgendeiner Landesregierung sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dass Sie, Herr Seehofer, mit Ihrer Politik sich selbst und Ihrer Partei schaden, könnte mir gerade recht sein. Damit können Sie gerne weitermachen. Das Problem ist: Sie schaden mit Ihrem Verhalten nicht nur sich, Sie schaden Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie schaden dem Ansehen Bayerns, wenn sich eine Staatskanzleiministerin, Ihre Staatskanzleiministerin, schamlos an der Arbeit von abhängigen Strafgefangenen bereichern kann,

(Widerspruch bei der CSU – Peter Winter (CSU): Vorverurteilung!)

wenn Sie nicht einschreiten dagegen, wenn diese Ministerin den Landtag hinters Licht führt und auch noch versucht, aus der Staatskanzlei heraus die Medien einzuschüchtern. Und ein Ministerpräsident ist nicht Manns genug zu sagen: Jetzt ist Schluss, das machen wir nicht mehr mit. Es brauchte erst diese Sondersitzung, damit Sie den Mut aufgebracht haben, Frau Haderthauer zum Rücktritt zu drängen. Ansonsten würden Sie die Sache weiter träge aussitzen. Das

ist ein Schaden für Bayern gewesen, den wir abgewendet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Hans-Ulrich Jörges hat im Übrigen diesen Skandal im "Stern" als "widerwärtigsten Skandal der deutschen Politik" bezeichnet. – Sie schaden dem Ansehen Bayerns, wenn Flüchtlinge hier in unserem reichen Land unter unzumutbaren Bedingungen hausen müssen, Bedingungen, die noch nicht einmal den internationalen Standards entsprechen und wenn Sie, Herr Seehofer, die Lage monatelang eskalieren lassen und die Verantwortung dafür wahlweise nach Italien, an den Bund oder Europa abschieben. Sie stehen hier in der Verantwortung, und Sie werden dieser Verantwortung nicht gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Sie schaden dem Ansehen Bayerns, wenn wir, im Übrigen völlig zu Recht, in der "Abendzeitung" lesen müssen: "Das Bild, das Bayern abgibt, ist bitter – und zum Heulen. Das ist kein Satz von mir, sondern ein Satz aus der "Abendzeitung". Wir GRÜNE haben aber keine Lust, uns fremdzuschämen. Wir haben keine Lust mehr, für Ihr Unvermögen und Ihr Versagen in Haftung genommen zu werden. Wir haben keine Lust, dass Bayern zum Gespött wird, weil Sie sich zum Gespött machen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Deswegen ist es richtig, dass wir heute diese Sondersitzung haben, auch nach dem Rücktritt von Frau Haderthauer, weil wir nach all dem, was in den letzten Monaten vorgefallen ist, nicht einfach so zur Tagesordnung übergehen und so tun können, als sei nichts gewesen. Das muss hier zur Sprache kommen. Dem müssen Sie sich stellen. Damit müssen Sie sich auseinandersetzen. Das ist Ihre Verantwortung, und Sie haben versagt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es ist auch gut, dass wir eine Sondersitzung des Sozialausschusses zur Flüchtlingspolitik durchgesetzt haben. Wir haben Sie damit endlich aus Ihrem Tiefschlaf und Ihrer Ignoranz herausgeholt. Fürs Nichtsehen muss man nicht unbedingt blind sein; da reicht schon Ignoranz. Was für ein erbärmliches Bild gibt Bayern momentan in Zirndorf ab, was für ein erbärmliches Bild geben Sie mit Ihrer Politik in Zirndorf ab! Viel zu spät haben Sie für heute zum Flüchtlingsgipfel eingeladen. Wir GRÜNEN haben diesen Gipfel schon

vor einem Jahr gefordert. Nur dem immensen Einsatz von vielen Helferinnen und Helfern, von Ehrenamtlichen, Flüchtlingsorganisationen, Kirchen und Helfern auf der kommunalen Ebene ist es zu verdanken, dass noch mehr Schaden von Bayern und von den Betroffenen abgewendet wurde.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das ist eine Themaverfehlung, die Sie hier begehen!)

Deswegen mein großes Dankeschön an all diese Menschen, die sich vor Ort um die Flüchtlinge kümmern und das ausgleichen, was Sie nicht zuwege bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Seit Monaten, Herr Seehofer, kennen Sie kein anderes Thema als die Dauerschleife "Ausländermaut". Dafür ist Ihnen nichts zu viel und nichts zu peinlich. Da wird gedroht und gepoltert. Da werden Maulkörbe verpasst. Da gibt es Krisengespräche bei der Kanzlerin. Da wird die Maut plötzlich zur Koalitionsfrage hochstilisiert, ja fast schon zur Schicksalsfrage dieser Nation gemacht.

(Thomas Kreuzer (CSU): Über was sprechen Sie eigentlich?)

Alle fragen sich: Haben die sie eigentlich noch alle?

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Haben wir in Bayern, Deutschland und der Welt nicht ein paar andere Probleme als die Ausländermaut? Dass die CSU tatsächlich nur eine Provinzpartei ist, das dokumentieren Sie mit Ihren Äußerungen zur Ausländermaut jeden Tag aufs Neue.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Wir würden uns nur einen Bruchteil Ihres Engagements wünschen, wenn es um die Lösung der wirklichen Probleme und Herausforderungen geht, vor denen Bayern steht. Ich nenne wiederum als erstes die Flüchtlingspolitik, das weltweit zunehmende Flüchtlingselend und unsere Verantwortung als ein Land, das wohlhabend ist und das sich viel auf seine Werteorientierung zugute hält. Da helfen keine Ausflüchte, keine Ausreden, keine Abschottung und keine Grenzkontrollen. Herr Seehofer, Sie sollten einfach mal vor Ort gehen und sich selbst ein Bild von der Lage in Zirndorf machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Kollegin, Frau Wöhrl, hat das getan. Ich finde es mutig, was Frau Wöhrl auf ihrer Website dazu geschrieben hat. Sie schreibt:

Ich bin über die Zustände in den Nürnberger Flüchtlingszelten schlicht schockiert.

Die aktuelle Flüchtlingspolitik wird Bayerns hohen Ansprüchen nicht gerecht und ist ein Schandfleck. Auch wenn in letzter Zeit neue Krisenregionen in der Welt entstanden sind, hatten bereits zuvor alle Prognosen einen Anstieg der Flüchtlingszahlen in der Europäischen Union vorhergesagt. Die bayerische Staatsregierung

– so sagt Ihre CSU-Kollegin im Bundestag –

sowie die Bezirksregierungen haben es schlichtweg unterlassen, rechtzeitig verantwortungsvoll zu handeln.

Selbst jetzt, wo der Notfall eingetreten ist, verschanzte man sich hinter der Bürokratie, statt anzupacken. Bei meinem Besuch habe ich mich geschämt.

Das sind klare Worte Ihrer eigenen Kollegin. Daran sollten Sie sich vielleicht einmal ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wir werden nachher noch ausführlich zu diesem Thema sprechen und darlegen, welche Vorschläge wir haben. – Es gibt aber noch viele andere Baustellen, die Sie endlich anpacken müssen, etwa die Bildungspolitik. Seit Monaten wird über G 8 und G 9 diskutiert, aber es liegt immer noch kein Konzept auf dem Tisch. Schaffen Sie es endlich, ein zeitgemäßes modernes Gymnasium auf den Weg zu bringen! – Was ist denn eigentlich aus der Energiewende geworden? Redet noch jemand von Ihnen darüber? Herr Seehofer, Sie haben dieses Thema einmal als *das* Generationenprojekt bezeichnet. Heute sind Sie gegen alles. Sie sind gegen Windkraft, Sie sind gegen Speicher,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie sind gegen Netze. Was ist eigentlich aus Ihrem Ehrgeiz geworden, Bayern zum großen Land für erneuerbare Energien zu machen? – Nichts ist daraus geworden.

Wir haben die Umweltpolitik. Heute wird eine neue Umweltministerin vereidigt.

(Zuruf von der CSU – Glocke der Präsidentin)

Natürlich genießt jemand, der so unbedarft ins Amt kommt, Welpenschutz. Die Berufung von Frau Scharf zeigt, wie dünn Ihre Personaldecke ist, insbesondere bei den Frauen. Die Berufung von Frau Scharf zeigt aber auch, welchen Stellenwert die Umweltpolitik bei Ihnen hat. Da braucht es offensichtlich – –

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Margarete Bause (GRÜNE): Ja, ich komme zum Ende. Die Verantwortung dafür haben nicht Sie, Frau Scharf. Wir haben Ihnen auch schon eine Liste von Aufgaben überreicht. Die Verantwortung dafür trägt der Bayerische Ministerpräsident. Sie haben gestern gesagt – –

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Margarete Bause (GRÜNE): Mein letzter Satz, bitte schön. – Herr Seehofer hat gestern gesagt, der beste Schutz gegen die AfD sei eine gute eigene Politik. Wenn das so ist, sieht es für die CSU finster aus.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

(Unruhe)

Darf ich vielleicht um Ruhe bitten? – Der Herr Ministerpräsident hat Frau Ulrike Scharf als neue Staatsministerin im Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz berufen. Die Berufung zur Staatsministerin bedarf gemäß Artikel 45 der Bayerischen Verfassung der Zustimmung des Landtags. Wer der Berufung von Frau Scharf zur Staatsministerin im Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die SPD, die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der FREIEN WÄHLER hat der Landtag gemäß Artikel 45 der Verfassung seine Zustimmung zur Berufung erteilt.

(Alexander König (CSU): Sie haben dort noch eine Zustimmung übersehen!)

– Entschuldigung, wo habe ich sie übersehen? – Eine Zustimmung aus der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei der CSU)

Entschuldigung, das habe ich übersehen. Damit hat der Landtag gemäß Artikel 45 der Verfassung seine Zustimmung zur Berufung erteilt.

Die Bayerische Verfassung schreibt in Artikel 56 vor, dass sämtliche Mitglieder der Staatsregierung vor ihrem Amtsantritt vor dem Landtag den Eid auf die Verfassung zu leisten haben.

Vereidigung der Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz

Ich darf nun Frau Staatsministerin Ulrike Scharf zur Abnahme des Eides zu mir bitten. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben. –

(Die Anwesenden erheben sich)

Frau Staatsministerin, ich spreche Ihnen jetzt die Eidesformel vor und bitte Sie, mir diese nachzusprechen. Wie Sie mir bereits mitgeteilt haben, wollen Sie den Eid mit dem Zusatz "so wahr mir Gott helfe" bekräftigen. "Ich schwöre Treue der Verfassung des Freistaates Bayern, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten, so wahr mir Gott helfe."

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Ich schwöre Treue der Verfassung des Freistaates Bayern, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten, so wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin Scharf, ich stelle fest, dass Sie den von der Verfassung vorgeschriebenen Eid ordnungsgemäß geleistet haben. Ich darf Ihnen persönlich, aber auch im Namen des Hohen Hauses alle guten Wünsche mit auf den Weg geben. Viel Kraft, viel Mut, viel Optimismus, gutes Gelingen und eine gute Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landtag! Alles Gute für Sie!

(Staatsministerin Ulrike Scharf: Herzlichen Dank!
– Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nun die Sitzung für fünf Minuten unterbrechen, damit Sie Zeit zum Gratulieren haben. Ich darf auch die Familie von Frau Staatsministerin Scharf ganz herzlich begrüßen. Herzlich willkommen, wir freuen uns mit Ihnen.

(Unterbrechung von 14.57 bis 15.05 Uhr)

Darf ich Sie bitten, die Plätze wieder einzunehmen? - Ich möchte die Sitzung wieder aufnehmen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Antrag der Abgeordneten

**Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD),
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unverzögliche Aufklärung und politische Aufarbeitung der Affäre Haderthauer
(Drs. 17/2972)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile als Erstem Herrn Kollegen Rinderspacher für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Rinderspacher (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! 14 Monate lang beschäftigte die sogenannte Modellauto-Affäre um Ministerin a. D. Haderthauer die bayerische und bundesdeutsche Öffentlichkeit. Zuletzt wurden jeden Tag neue Details veröffentlicht. Es ist eine parlamentarische Selbstverständlichkeit, dass der Bayerische Landtag heute auf Antrag der Opposition – wir haben von unserem Minderheitenrecht Gebrauch gemacht – eine Bewertung dieser Affäre, die über Monate die bayerische Öffentlichkeit in Atem gehalten hat, im politischen Gesamtzusammenhang vornimmt. Da Frau Haderthauer an der heutigen Sitzung selbst nicht teilnehmen möchte, wird der politische Gesamtzusammenhang etwas weiter ausgeführt. Nach der Veröffentlichung zweier Rechtsgutachten durch die Landtags-SPD vor zwei Wochen und durch die Ankündigung der Opposition, diese Sondersitzung einzuberufen, hat die Angelegenheit eine neue Dimension erreicht. Spätestens dann war eine politische Neubewertung auch seitens der CSU notwendig geworden.

Die Affäre Haderthauer kennt alle üblichen Eskalationsstufen eines klassischen politischen Skandals: Ein Sachverhalt wird aufgedeckt, zunächst von der Betroffenen dementiert und nach neuen Veröffentlichungen relativiert. Nachfragen der Medien und des Parlaments werden zunächst gar nicht und später lückenhaft beantwortet. Der Versuch wird unternommen, den Medien verschwörerisch zu unterstellen, sie würden nicht korrekt Bericht erstatten. Schließlich soll es sogar einen von der Staatskanzlei organisierten Maulkorb für kritische Berichterstatter geben. Der Ministerpräsident spricht vorschnell sein Vertrauen aus, um dieses Bekenntnis genauso schnell zu relativieren und zu widerrufen. Am Ende war der Zeitpunkt für einen ehrenvollen Rücktritt bereits überschritten; in dieser Hinsicht gehe ich mit dem Politikwissenschaftler Professor Oberreuter konform.

Der Bayerische Landtag wird auf Antrag der Opposition einen Untersuchungsausschuss einrichten, der die Causa Haderthauer aufarbeitet. Darin geht es um die bayerische Forensik im Allgemeinen: Wie kann es eigentlich sein, dass in einer staatlichen Institution von einem Anstaltsarzt und seiner Ehefrau private Gewinne eingestrichen werden, um das Familieneinkommen aufzubessern, ohne dass der Staat selbst oder zumindest etwa eine Stiftung für Verbrechensopfer begünstigt würde?

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Eine weitere Frage wird lauten: Wie kann es sein, dass Herrn Seehofers Staatskanzlei Unterlassungserklärungen eines Anstaltsarztes über den offiziellen Presseverteiler der Staatsregierung an die Medien verschickt und der Ehemann der Ministerin mit den Presseauswertungen der Staatskanzlei zur persönlichen Informationsgewinnung offensichtlich mehrfach bedient wird? – All das wird ebenso ein Thema sein wie die zu beanstandende Beantwortung von parlamentarischen Anfragen durch die Staatsregierung im Kontext dieser Affäre. Mein Kollege Horst Arnold wird im Anschluss näher darauf eingehen. Er hat sich in seiner verkürzten Sommerpause wie Frau Kollegin Gote von den GRÜNEN und Herr Kollege Streibl von den FREIEN WÄHLERN in besonderer Weise in die Materie vertieft und jeden Tag in der Sommerpause neue Details veröffentlicht. Für diese parlamentarische Kärnerarbeit in den Sommerferien sage ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Politisch stellt sich schon heute die Frage, warum der Bayerische Ministerpräsident Frau Haderthauer überhaupt ins Amt berufen hat, obwohl alle politisch relevanten Fakten bereits im Herbst 2013 bekannt waren. Aus unserer Sicht hat der Bayerische Ministerpräsident die Affäre viel zu lange laufen lassen. Führungsstärke sieht ganz gewiss anders aus; Frau Kollegin Bause hat das bereits ausgeführt. Warum hat der Ministerpräsident eigentlich so lange an seiner Ministerin festgehalten und dabei einen politischen Kollateralschaden für seine Regierung und für unser Land zumindest billigend in Kauf genommen?

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, tatsächlich hat sich die Bayerische Staatsregierung seit ihrem Amtsantritt in dieser Legislaturperiode fast ausschließlich mit sich selbst, den eigenen Affären, Skandalen und Unzu-

länglichkeiten und mit der Nachfolge von Herrn Seehofer beschäftigt, anstatt die wichtigen Zukunftsaufgaben für unser Land in Angriff zu nehmen. Frau Bause hat die Überschriften aus den Zeitungen bereits vorgetragen.

Ich führe einige Beispiele an. Im Fall Schottdorf musste die Opposition einen Untersuchungsausschuss einsetzen. Dabei geht es um den Verdacht klassischen CSU-Filzes und um möglichen Abrechnungsbetrug eines medizinischen Labors im politischen Kontext. Dabei könnte ein volkswirtschaftlicher Schaden von über 500 Millionen Euro entstanden sein. Der Profiteur ist ein Gönner und Spender der CSU. – In diesem Sommer hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof die Staatsregierung verpflichtet, die bis dahin nicht beantworteten Anfragen der SPD-Fraktion zur Verwandtschaftsaffäre im Kabinett zu beantworten. Der Ministerpräsident hatte Aufklärung und Transparenz vorgetäuscht und ist erst durch unsere Klage dazu verdonnert worden.

Erst elf Monate dauert diese Legislaturperiode an. Wir haben bereits zwei Untersuchungsausschüsse. Die Regierung hat bereits eine Verfassungsklage verloren, und eine Ministerin musste ihren Hut nehmen. Das alles geschah in nur elf Monaten. In welchem anderen Bundesland gibt es das eigentlich noch? – Diese Vorgänge sprechen durchaus für die hartnäckige Arbeit der Opposition im Bayerischen Landtag, aber nicht für die Arbeit dieser Regierung.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich habe bereits in meinem ersten Redebeitrag darauf hingewiesen, dass mehrere Kabinettsmitglieder schon nach elf Monaten so angezählt sind, dass sie auf die Gnade des Ministerpräsidenten angewiesen sind und ihm widerspruchslos und wider besseres Wissen selbst politische Absurditäten durchgehen lassen. Kabinettsmitglieder und führende CSU-Abgeordnete sagen zu allem Ja und Amen, obwohl ein kritischer Diskurs in der Sache dringend notwendig wäre. In der Regierung Horst Seehofer ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Balance der Kraftlosigkeit zu erkennen.

Das ist nicht nur meine Einschätzung. Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses und frühere Vorsitzende der CSU Erwin Huber spricht im "SPIEGEL"-Interview davon, dass die Feigheit von vielen – gemeint sind seine Parteifreunde, auch diejenigen in der Regierung – Horst Seehofer stets gewähren lasse. Es könne nicht sein, dass der Zeitpunkt des Abtretens Seehofers von dessen persönlicher Lebensplanung abhängt. Befehl und Gehorsam war der Stil des 19. Jahrhunderts, so Erwin Huber.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Hört, hört! So ist es! Bravo, Erwin Huber!)

Tatsächlich liest man in den letzten Monaten jeden Tag wieder neue kleine Details in Bezug auf die Diskussion über die Nachfolge Herrn Seehofer. Man stellt sich fast die Frage, warum Herr Seehofer eigentlich noch im Amt ist, wenn jeden Tag aus der CSU heraus – und manche Minister beteiligen sich sehr gerne an diesem Spiel – über den herannahenden Tag seines Rückzugs spekuliert wird. Der Ministerpräsident sieht sich mit einem Autoritätsverlust konfrontiert, der ihn zum Stillhalten anstatt zum Durchgreifen anhält. Das hat die Affäre Haderthauer in besonderer Weise deutlich gemacht. Er weiß, dass er sich auf der Zielgeraden seiner politischen Laufbahn befindet und nicht wenige seiner Parteifreunde lieber heute als morgen den Wechsel herbeiführen würden.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es!)

Wie gesagt, viele von ihnen haben sich in den letzten Wochen und Monaten immer wieder zu Wort gemeldet. So hat die CSU einen Zustand der Selbstblockade geschaffen, die einen Stillstand der Regierungsarbeit zur Folge hat und die das Land lähmt. Die absolute Mehrheit der CSU bei der Wahl vor genau einem Jahr hat nicht etwa – das hat auch die heutige Debatte wieder aufgezeigt – zu mehr Demut oder zu mehr Gelassenheit geführt. Sie hat nicht etwa erkennbaren Gestaltungswillen oder erhöhte Kooperationsbereitschaft mit der Opposition zur Folge gehabt, sondern einen Schlendrian und eine Disziplinlosigkeit der Regierenden sondergleichen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Kollegin Bause hat es schon angesprochen: Am deutlichsten tritt das bei der Flüchtlingspolitik zu Tage. Die menschenunwürdigen Zustände in den Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern sind das Ergebnis langjähriger Versäumnisse. Frau Ministerin Müller hatte im Herbst 2013 medienwirksam Sofortmaßnahmen der Staatsregierung angekündigt, um die Unterbringungssituation in Bayern möglichst schnell zu verbessern, also die Schaffung weiterer Erstaufnahmeeinrichtungen, Gemeinschaftsunterkünfte und dezentraler Unterbringungsmöglichkeiten. Statt der versprochenen Verbesserungen und der Sofortmaßnahmen ist das Gegenteil eingetreten. Die Situation insbesondere in Zirndorf und in München hat sich dramatisch verschärft. Diese Entwicklung kam keineswegs überraschend. Wenn sich der Ministerpräsident heute mit den Wohlfahrtsverbänden in Bayern trifft, ist das zunächst ein politisches Ablenkungsmanöver,

weil er weiß, dass heute eine Plenarsitzung zu genau diesem Thema stattfindet.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Treffen mit den Wohlfahrtsverbänden kommt mindestens ein oder zwei Jahre zu spät. Aber wenn der Ministerpräsident zuhören würde, würde er ganz gewiss einräumen, dass die Wohlfahrtsverbände ihm heute mitgeteilt haben: Flüchtlinge erleben in Bayern alles andere als die Vorstufe zum Paradies.

Wenn das Bayerische Rote Kreuz mit Blick auf die Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern von einer humanitären Katastrophe spricht, gibt es hierfür eine politische Verantwortung, die der Bayerische Ministerpräsident, die Sozialministerin, das gesamte Kabinett und natürlich auch die Mehrheitsfraktion tragen.

(Beifall bei der SPD)

Es muss Ihnen doch in den Ohren klingen, wenn selbst der CSU-Landrat Matthias Dießl letzte Woche die Einrichtung eines Krisenstabes auf bayerischer Ebene einfordert, eines Krisenstabs, den Frau Ministerin Müller bereits im Herbst 2013 hatte initiieren wollen.

Harte Worte findet auch die Nürnberger CSU-Bundestagsabgeordnete Dagmar Wöhr, die nach eigenem Bekunden weltweit schon viele Flüchtlingsunterkünfte aufgesucht hat. Nach einem Besuch in Zirndorf sagte sie, die aktuelle Flüchtlingspolitik werde Bayerns hohen Ansprüchen nicht gerecht und sei ein Schandfleck. Selbst jetzt, wo der Notfall eingetreten sei, verschanze man sich noch hinter der Bürokratie anstatt anzupacken.

(Beifall bei der SPD)

Gemeint hat sie die von ihrer eigenen Partei gestellte Bayerische Staatsregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Anstatt sich nur mit sich selbst zu beschäftigen, sollte die Regierung die tatsächlichen Probleme im Lande angehen. Das ist unsere Forderung.

(Beifall bei der SPD)

Es geht aber nicht nur um humanitäre Aspekte. Bayern kann sich als siebtgrößte Volkswirtschaft der Europäischen Union einen solchen Stillstand, wie wir ihn in Bayern in den letzten elf Monaten erlebt haben, schlicht und ergreifend nicht leisten. Es geht dabei heute nicht um die vertane Zeit beim Breitbandausbau. Wir haben das hier im Plenarsaal häufig diskutiert und auch die eigenen Konzepte aus der Opposition vorgestellt. Es geht nicht um die vertane Zeit bei der Energiewende. Es geht nicht um den Ausbau von

Ganztagschulangeboten und besserer Kinderbetreuung. Das sind alles Forderungen der Opposition wie auch der Wirtschaftsverbände im Freistaat Bayern. Hier gibt es erheblichen Nachholbedarf.

Wir dürfen uns auf unserem Wohlstand nicht ausruhen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass immer mehr Menschen in Bayern an dem existierenden Wohlstand tatsächlich teilhaben. Wir müssen uns vor Augen führen, dass die internationalen Konflikte vor der Haustür der Europäischen Union und weltweit zu einer spürbaren Abkühlung der Weltkonjunktur führen werden mit der Folge, dass auch die Steuereinnahmen für den Freistaat Bayern nicht mehr so sprudeln werden, wie das in den letzten Jahren der Fall war. Bayern muss für die Zeiten vorbereitet sein, in denen eben nicht wie zuletzt vieles fast von allein läuft und die Kasse voll ist.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Fall Haderthauer und die anderen angesprochenen Verfehlungen und Unzulänglichkeiten der vergangenen Monate waren eben nicht Randerscheinungen, sondern das Schlingern war die bestimmende Dominante in der Regierungspolitik. Wir befürchten, dass die ohnehin kurzatmig agierende CSU künftig eine noch aktionistischere Politik betreiben könnte. Seitdem die AfD am rechtskonservativen Rand der CSU knabbert, müssen plötzlich Rumänen und Bulgaren, Türken und Araber für ein rechtspopulistisches Stammtisch-Weltbild herhalten. Das waren und sind keine guten Signale für die politische Kultur in unserem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU)

Die CSU-Politik schlingert zwischen unverhohlenen rechtspopulistischen Tönen und der Preisgabe klassischer konservativer Positionen. Letzteres soll uns ja recht sein. So ist das, wenn man keinen Kurs hat, sondern sich wie ein Fähnchen im Wind dreht. Wir hoffen aber sehr, dass die AfD als neokonservative und gefährlich reaktionäre Partei bei der CSU nicht weitere nervöse Zuckungen zum Schaden der politischen Kultur in unserem Land verursacht. Für uns als SPD ist klar: Wir wissen, wie wir dem zu begegnen haben, nämlich mit einem klaren Kurs. Wir stehen für eine offene und tolerante Gesellschaft ein, in der jeder Mensch seinen Platz finden kann, unabhängig von der Herkunft, unabhängig von der Nationalität, der Religionszugehörigkeit oder der sexuellen Orientierung.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fordern Sie auf, nach einem Jahr des Stillstands, nachdem Sie sich ein Jahr lang nur mit sich selbst befasst haben – die CSU als selbstreferenzielles System –, nach einem Jahr des Stillstands für Bayern jetzt bitte endlich Ihre Regierungsaufgaben wahrzunehmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die FREIEN WÄHLER erteile ich jetzt Herrn Kollegen Aiwanger das Wort.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! "Aufarbeitung der Affäre Haderthauer" lautet der Tagesordnungspunkt. Ich glaube, wir müssen hier zwar die Person Haderthauer in den Blick nehmen, aber auch das Umfeld beleuchten und feststellen, dass das, was am Ende zu der Affäre geführt hat, symptomatisch ist für eine Partei, die es über Jahrzehnte hinweg gewohnt war, die absolute Mehrheit zu haben, und die immer mehr in dem Geist auftritt: Der Staat, das bin ich. An vielen Stellen scheint gar nicht das Bewusstsein gereift zu sein, dass bestimmte Dinge einfach nicht gehen, dass man den Staat vor die Partei stellen muss. Insofern – ich habe es vorher angesprochen – ist auch die Einschätzung der Affäre Haderthauer durch den Herrn Ministerpräsidenten mit der Aussage, sie habe ja ordentliche Arbeit geleistet und sich nichts zuschulden kommen lassen, in meinen Augen nicht objektiv und nicht richtig. Unter solchen Affären leidet das Land, weil die Arbeit liegen bleibt.

Dass Frau Haderthauer, ohne rot zu werden, im Jahr 2008 als Sozialministerin mit der Aussage angetreten ist, "Liebe Mitarbeiter des Ministeriums, ihr habt jetzt die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die CSU wieder die absolute Mehrheit bekommt", zeigt, dass man meint: Der Staat, das bin ich; das Ministerium ist gleich CSU, die haben zu funktionieren. Genau dieses Denken, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat zu dieser Affäre geführt

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

und schadet mittlerweile Bayern.

Wir wollen der CSU nicht in ihre Interna hineinreden. Sie sollen ein Land regieren, sie sollen die besten Ideen und Köpfe nach vorne stellen. Wenn die Partei-karriere ausreicht und die Einschätzung herrscht, der Staat habe der Partei zu dienen, dann zieht sich das durch die Affären und Ereignisse der letzten Jahre; dann wird in der Staatskanzlei auf Steuerzahlerkos-

ten, wie vom Kollegen Rinderspacher angesprochen, eine Erhebung gemacht, wie man den Koalitionspartner – damals war es die FDP – um die Ecke bringt. Der Kommentar des Herrn Ministerpräsidenten und des damaligen Staatskanzleichefs Schneider war: Wir würden es wieder so machen, wir finden das ganz korrekt. – Aber das ist eben nicht korrekt. Und es ist auch nicht korrekt, wenn man viele dieser Fälle abarbeitet in der Gewissheit: Uns kann eh niemand etwas, der Bürger schluckt das, der Bürger ist abgestumpft genug. – Meine Damen und Herren, wir müssen für politische Disziplin und Handlungsfähigkeit sorgen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Genau diese politische Handlungsfähigkeit verliert Bayern zunehmend durch eine solche Denke.

Ich spreche einen weiteren aktuellen Fall an: die Wahlfälschung in Geiselhöring. Auch ein halbes Jahr nach der Wahlfälschung zuckt man im Innenministerium nur mit den Schultern darüber, dass dort wohl an die 500 osteuropäische Erntehelfer abgestimmt haben. Man überprüft wohl mit den Ermittlungsbehörden vor Ort, ob Unterschriften gefälscht worden sind. Das ist okay. Man ist aber seitens des Innenministeriums nicht in der Lage, grundsätzlich die Frage zu beurteilen, ob Leute, die ihren Lebensmittelpunkt gar nicht in Deutschland haben, überhaupt wahlberechtigt sind, egal, ob sie betrogen haben oder nicht. Das ist meine Rechtsauffassung: Der Lebensmittelpunkt muss dort sein, wo man wählt. Die haben ihre Familien in Rumänien oder Polen und stimmen hier ab. Der Knackpunkt ist nicht nur – das ist der Skandal hoch drei –, dass hier noch gefälscht worden ist. Viele haben vielleicht gar nicht gewusst, dass in ihrem Namen ein Wahlzettel abgegeben worden ist. Die Aufklärung, ob die überhaupt wählen durften, interessiert scheinbar niemand. Was ist denn, wenn nicht gefälscht wird? Dürfen 500 Saisonarbeiter mal so eben abstimmen und dann ins nächste Bundesland weiterziehen, um dort den nächsten Bürgermeister zu kippen? Das Innenministerium sagt: Wir sind informell dran, beurteilen das bisher aber nicht.

Meine Damen und Herren, dem Ganzen setzt Minister Söder die Krone auf, der bei der CSU vor Ort noch Späße macht: Hättet ihr schnelles Internet, hätte man eine Online-Abstimmung machen können, dann bräuchten wir keine Kugelschreiber mehr. Schenkelklopfer, Schenkelklopfer!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wäre das anders herum, wäre ein FREIER WÄHLER durch solche Machenschaften auf einen Bürgermeisterposten gekommen, glaube ich nicht, dass der Minister vor einer Aufklä-

rung des Sachverhalts mit dem Förderbescheid vorbeikommen würde, um zu sagen: Wer bei der CSU ist, bringt Geld in die Heimat. Das ist eine Verwischung von Sensibilitäten. Die Denkweise von Herrn Söder zeigt und bestätigt auch seine Aussage in der Vergangenheit: CSU klagt nicht gegen CSU. – Es wird eng in diesem Land, wenn wir so weitermachen.

(Zuruf des Abgeordneten Josef Zellmeier (CSU))

Ich glaube durchaus, dass es der CSU gut täte, in sich zu gehen und zur Kenntnis zu nehmen, dass sie Bayern nicht alleine repräsentiert, dass sie nicht alleine dafür zuständig ist, was hier passiert, sondern wenn sie auch auf die Opposition eingingen, und zwar nicht nur dann, wenn sie ideologisch einen Totalcrash hingelegt hat wie kurz nach Fukushima, als man einen Runden Tisch Energie einberufen hat, oder wie jetzt bei der Asylthematik, wo man dann, wenn wirklich Feuer unterm Dach ist, die Verbände und die Opposition etwas einbindet, um für die nötige Beißhemmung zu sorgen. Nein, dieser neue politische Gedanke des Einbindens und von mehr Demokratie muss Einzug halten, weil Bayern sonst Potenziale verspielt, weil wir sonst zurückfallen und in ein Fahrwasser kommen, das nicht nur der Demokratie, sondern Bayerns Effektivität insgesamt schadet.

Insofern ist diese Affäre Haderthauer mit Sicherheit kein singuläres Ereignis, sondern einer von vielen Trittsteinen, die wir in den letzten Jahren erleben mussten. Die Bürger können die Situation schon gar nicht mehr richtig zur Kenntnis nehmen und einordnen. Die Vielzahl von Untersuchungsausschüssen von Mollath über Schottdorf usw. ist nur noch den politisch Eingeweihten vermittelbar. Der Normalbürger hat hier längst abgeschlossen. Das soll nicht sein. Wir fordern Sie auf, eine andere politische Kultur in Bayern zuzulassen. Wir fordern Sie auf, solche Dinge nicht schulterzuckend abzutun und zu sagen: Hier wurde ordentliche politische Arbeit geleistet. Man muss fragen: Für wen? Vielleicht für die CSU, auf alle Fälle nicht für den Freistaat Bayern. Das gilt es auseinander zu halten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Aiwanger, sind Sie am Ende Ihrer Rede? Da ist eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Darf er machen. Bitte.

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Herr Kollege Zellmeier.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Kollege Aiwanger, zu Ihren Aussagen bezüglich dieser Wahlrechtsverstöße in Geiselhöring möchte ich Sie fragen: Wissen Sie nicht, dass eine sechsköpfige Sonderkommission der Kriminalpolizei ermittelt und dass die Thematik sehr schwierig ist? Mehrere Sprachen sind im Spiel; Dolmetscher werden benötigt. Das ist eine ganz diffizile Geschichte. Da muss sehr genau ermittelt werden. Das möchte ich Ihnen hier einmal sagen. Nur wenn genau ermittelt wird, kann man hinterher auch feststellen, wo es Verstöße gab und welche Konsequenzen man zieht. Sie sollten hier nicht Dinge behaupten, die nicht stimmen. Der Sache wird sehr genau und konsequent nachgegangen.

(Beifall bei der CSU)

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege, hätten Sie genau hingehört, hätten Sie sich Ihre Frage erspart.

(Beifall der Abgeordneten Ulrike Müller (FREIE WÄHLER))

Ich habe gesagt: Abgesehen davon, dass wohl Betrugerei im Spiel war, was dem Ganzen noch die Krone aufsetzt, müsste das Innenministerium vorweg schon definieren können, ob Saisonarbeiter bei einer Kommunalwahl überhaupt wahlberechtigt sind; denn wenn man diesen Leuten Wahlbetrug nachweist, das Innenministerium aber grundsätzlich die Wahlberechtigung sieht, dann sind die bei der Wiederholungswahl in wenigen Wochen oder Monaten schlau genug, die Kreuzchen nicht mehr alle an derselben Stelle mit demselben Kugelschreiber zu machen. Dann füllen die ihre 500 Zettel vielleicht unter Anleitung aus, schreiben sogar darunter "Herr XY hat mir geholfen",

(Thomas Kreuzer (CSU): Wenn sie das darunter schreiben, sind die Wahlzettel ungültig!)

und dann sind diese 500 Leute wahlberechtigt, oder wie? – Genau diese Frage muss ein Innenministerium beantworten, weil wir sonst bei der nächsten Kommunalwahl einen Wandertourismus von Saisonarbeitern durchs Land haben: Wenn jemand sagt "Bei mir wird's etwas knapp, ich bräuchte noch 300 Stimmen; leih mir mal deine 300 Spargelstecher!" und die füllen schön die Zettel aus und schreiben darunter "Der Huberbauer hat mich beraten" – das darf er ja dann –, wird der Bürgermeister gekippt. – Anstatt hier so zynisch zu lachen, Herr Zellmeier, sollten Sie an dieser Stelle die Gefahr für die Demokratie erkennen und einsehen, dass das für Geiselhöring alles andere als ein Ruhmesblatt ist, zumindest für die CSU-Kreise in Ihrem Gebiet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU)

– Nein, nein, Herr Zellmeier, Sie würden sich wundern, wie einfach es wäre, wenn die FREIEN WÄHLER hinter dieser Aktion stehen würden. – Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Frau Kollegin Gote für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen. Bitte schön.

Ulrike Gote (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich weiß nicht, wie es Ihnen in den letzten Wochen und Monaten ging. Aber es war schon peinlich, hochnotpeinlich, kaum zu ertragen, wie immer mehr widerliche und unappetitliche Details der Modellbau-Affäre bekannt und öffentlich wurden. Ich weiß nicht, wie es Ihnen dabei ging. Aber das ist auch an Ihnen sicher nicht spurlos vorbeigegangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern war doch in den letzten Wochen – und da ist es gut, wenn man sich mal außerhalb Bayerns aufhält; denn dann kriegt man mit, wie außerhalb Bayerns über die Bayern geredet, gedacht und – in dem Fall auch: – gelacht wird – im Sommerloch die skurrile Lachnummer der ganzen Nation, die sich gefragt haben muss: Wie geht das, dass so was möglich ist, dass so was so lange läuft, dass da niemand einschreitet? – Aber wahrscheinlich ist das in Bayern normal, und es wundert auch niemanden mehr. – Mich hat das geärgert, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, und es ärgert mich noch.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wie ging es Ihnen dabei? – Schließlich ging es doch um eine der Ihren. Das müssen doch auch für Sie quälende Wochen gewesen sein. Warum haben Sie, Sie alle, dem denn nicht ein Ende gesetzt? Waren Sie so, indem Sie das nicht getan haben, gute Kolleginnen und Kollegen für die Frau Staatsministerin Haderthauer? Waren Sie verantwortungsvolle Politiker und Politikerinnen dieses Freistaats? – Dieser Skandal, die Modellauto-Affäre, wird in die Geschichte eingehen und ewig an Bayern hängenbleiben.

(Widerspruch und Lachen bei der CSU)

– Unterschätzen Sie das nicht; daran wird sich jeder erinnern, jeder!

(Erwin Huber (CSU): Ach geh!)

Ich erinnere daran: Vor knapp eineinhalb Jahren lagen schon genug Fakten auf dem Tisch, die einen Rücktritt nötig gemacht hätten und offenbarten, dass Frau Haderthauer die für eine Ministerin notwendige moralische Eignung fehlt. Der Kern war damals und ist es auch heute:

(Ministerpräsident Seehofer spricht am Abgeordnetenplatz mit anderen Abgeordneten)

– Herr Seehofer hält seine Reden jetzt im Plenum; ich denke, ihm ist die Regierungsbank zu heiß geworden. Er flieht die Regierungsbank schon! – Sie würden besser zuhören, Herr Ministerpräsident, und dort die Verantwortung übernehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Josef Zellmeier (CSU): Er schaut Ihnen so gern in die Augen!)

Das ist der Kern des Skandals, und der hätte zum Rücktritt gereicht: Das Ehepaar Haderthauer machte über viele Jahre hinweg private Geschäfte mit der Arbeit eines Dreifachmörders, der in der Forensik untergebracht war und mit anderen Untergebrachten in einer sogenannten Arbeitstherapie Modellautos baute. Motivation für diese Geschäfte war eine Gewinnerzielungsabsicht. Man wollte schnell viel Geld verdienen, nichts anderes. Das belegt mittlerweile auch ein Dokument, das Frau Haderthauer selbst an einen Geschäftspartner geschrieben hat. Ein solches Geschäftsmodell konnte nur zustandekommen, weil Herr Haderthauer als Mediziner im Dienst des Freistaats Bayern Zugang zu dem Straftäter hatte und so seine dienstlichen Kontakte für private Zwecke ausnutzen konnte. Das funktionierte nur wegen der extrem niedrigen Produktionskosten aufgrund der geringen Löhne für die Forensikinsassen. Nur so konnten hohe Gewinnspannen beim Verkauf der Modellautos erzielt werden. Das ist der Kern des Skandals; das hätte schon zum Rücktritt gereicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

"Ein von Idealismus geprägtes Engagement finanzieller Art" nannte das Ihre Ministerin. Was für ein Hohn! Es war alles andere als das. – Dieses Geschäftsmodell allein, verbunden mit der Tatsache seiner Rechtfertigung, über Monate, über mehr als ein Jahr hinweg wäre Grund genug gewesen für einen Rücktritt. Haben Sie – ich meine Sie alle hier auf der rechten Seite des Parlaments – denn nicht erkannt, dass so etwas für eine Ministerin und übrigens auch für einen Mediziner im Dienst des Freistaats Bayern nicht zu tolerieren ist?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Im Übrigen werden sicherlich auch die weiteren Umstände der dienstlichen Vergehen des Herrn Dr. Haderthauer an anderer Stelle thematisiert werden müssen wie auch die Frage, wie es in diesem Zusammenhang zu Verjährungen von finanziellen Rückforderungen des Freistaats gegenüber Haderthauer kommen konnte, wie wir erst kürzlich erfahren haben.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Sie haben mich in der Plenarsitzung vom 18. Juli 2013 in ganz unüblicher Weise in meiner Rede unterbrochen und mich gefragt, ob ich in diesem Stile weitermachen wolle.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Völlig zu Recht!)

Frau Präsidentin, nach allem, was wir jetzt wissen und was sich damals schon andeutete, hätten Sie diese Frage mal besser an die damalige Ministerin gerichtet.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der Maßstab der Modellautos, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, mag klar definiert gewesen sein. Ihr moralischer Maßstab war es wahrlich nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damals vor über einem Jahr hätten Sie alle handeln müssen, und Sie haben es nicht getan. Sie haben Aufklärung verweigert. Ich erinnere daran, dass Sie unsere Dringlichkeitsanträge – Berichts-anträge, Kolleginnen und Kollegen! – zu diesem Skandal abgelehnt haben. Sie haben hier im Parlament schon vor über einem Jahr die Aufklärung verweigert, und Sie haben es in dieser Legislaturperiode erneut getan. Sie haben Aufklärung verhindert.

(Jürgen W. Heike (CSU): Was ist dann mit dem heutigen Dringlichkeitsantrag?)

Und wenn schon aus wahltaktischen Gründen vor der letzten Landtagswahl kein Rücktritt mehr erfolgte, so hätten Sie doch wenigstens die erneute Berufung der Frau Haderthauer ins Kabinett und dann auch noch in die Staatskanzlei verhindern müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich erinnere daran, dass es, abgesehen von der Modellauto-Affäre, noch weitere Hinweise darauf gab, dass Frau Haderthauer nicht ministrabel ist: Erstens wollte sie einen Mitarbeiter des ehemaligen Fraktionsvorsitzenden und, wie wir jetzt wissen, größten Abzockers bei der Verwandtenbeschäftigung Georg Schmid in ihrem Ministerium unterbringen. – Zweitens erinnern wir uns an den Versuch, den Posten der Prä-

sidentin des Landesarbeitsgerichts an allen üblichen Verfahren vorbei zu besetzen. Das musste sogar gerichtlich gestoppt werden. – Und zuletzt – und das beschämt uns eigentlich auch jetzt noch in der Situation, die wir mit den Flüchtlingen im Land gerade erleben – ist uns ihr unsäglicher Umgang als damalige Sozialministerin mit den Flüchtlingen ebenfalls noch in schlechter Erinnerung. Frau Haderthauer trägt ein gut Stück Verantwortung für die prekäre Lage, die wir in der Asylpolitik und bei der Situation der Flüchtlinge hier im Land heute vorfinden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Damals haben Sie uns entgegengehalten, die Modellauto-Geschäfte lägen doch vor 2008 und seien rechtzeitig mit Eintritt ins Kabinett beendet worden. Wir wissen heute, dass das erstens gar nichts zur Sache tut,

(Jürgen W. Heike (CSU): Ach?)

– ja – siehe das Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, der ganz klar festgestellt hat, dass auch Tätigkeiten, die vor dem Eintritt in die Regierung und dem Ministeramt ausgeübt wurden, geeignet sind, die moralische Eignung einer Ministerin infrage zu stellen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Ausgerechnet Sie reden von Moral!)

Viel besser kann man es – so passend auf Frau Haderthauer – gar nicht formulieren, als es da geschrieben ist.

Zweitens wissen wir heute auch, dass das gar nicht wahr war. Das Engagement von Frau Haderthauer in der Modellauto-Firma war nämlich 2008 nicht zu Ende. – Frau Stewens, Ihre Übergangsfractionsvorsitzende nach dem unrühmlichen Abgang von Georg Schmid, hat damals meiner Kollegin Renate Ackermann vorgeworfen, sie glaube einem Dreifachmörder mehr als einer bayerischen Ministerin – ein aparter Gedanke nach allem, was wir heute wissen, und in Anbetracht der Tatsache, dass Frau Haderthauer jahrelang lieber Geschäfte mit einem Dreifachmörder als mit einem seriösen, moralisch einwandfreien Geschäftsmodell gemacht hat.

(Jürgen W. Heike (CSU): Wie können Sie das denn beurteilen?)

Damit komme ich zum nächsten Komplex der Haderthauerschen Modellauto-Affäre, nämlich zum Aufklärungswillen der Frau Haderthauer, den sie ja öffentlich so gerne betont. Er besteht in weiten Teilen aus der Nichtbeantwortung unserer Anfragen, aus einer Salami-taktik bei der Einräumung problematischer Sach-

verhalte, aus Falschankünften, aus Halbwahrheiten und aus Lügen.

Ich nenne Beispiele, damit Sie nicht wieder fragen, woher ich das wisse, Herr Heike. Erstes Beispiel. Frau Haderthauer behauptet, die Geschäftsanteile seien auf ihren Mann übertragen worden. Das ist eine Verschleierung und eine Halbwahrheit.

(Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

Wir wissen nämlich dank der Rechtsgutachten der SPD mittlerweile, dass das gar nicht möglich war. Diese Verschleierung und diese Halbwahrheit wurden auch noch mit einer Argumentationshilfe der Staatskanzlei unterfüttert.

(Erwin Huber (CSU): Das ist eine Verleumdung! – Weitere Zurufe von der CSU)

– Sie können sich doch nachher zu Wort melden; dann müssen Sie nicht so von hinten brüllen.

Das Weitere sind Auskünfte zum Treuhandkonto. Da habe ich mehrmals nachgefragt. Es gab keine Antwort. Ich gehe davon aus, dass das Treuhandkonto der Firma Sapor Modelltechnik immer noch auf Frau Haderthauer läuft.

(Zuruf von der CSU: Das ist Spekulation! – Jürgen W. Heike (CSU): Woher wissen Sie das? – Weitere Zurufe von der CSU)

– Ich habe ja gesagt: Es gab keine Antwort. Ich nenne ein Beispiel dafür, dass uns Frau Haderthauer keine Antwort gegeben hat. Auf meine konkrete Frage hat sie die Antwort schriftlich verweigert. – Die Beschreibung ihrer geschäftsführenden Tätigkeiten für die Modellauto-Firma ist ein Beispiel für Salami-taktik und Halbwahrheiten, wiederum mit einer Argumentationshilfe der Staatskanzlei; denn diese hat uns in einer Antwort ellenlang ausgeführt, was denn geschäftsführende Tätigkeiten sind und was nicht.

(Jürgen W. Heike (CSU): Sie haben also eine Antwort bekommen!)

Wir wissen mittlerweile längst, dass sie geschäftsführend tätig war. Weiterhin sind die Aussagen zur Internet-Domain, deren Eigentümerin sie bis weit in ihre Ministerinnenzeit war, wieder ein Beispiel für: keine Antwort geben.

(Erwin Huber (CSU): Lächerlich!)

Das geht hin bis zur Lüge. Hier dann einmal die Nummer: Ach, ich armes kleines Dummchen wusste gar nicht, dass mir diese Internet-Domain noch gehört; ich habe gedacht, sie wäre automatisch an den Käufer

übergegangen. – Was für eine blöde Aussage für eine Juristin und Staatskanzlei-Chefin, sich so zu dieser Sache zu äußern!

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Weiterhin die Verweigerung von Auskünften zu Geschäftsbeziehungen zwischen privaten Unternehmen und Einrichtungen der Forensik allgemein: Diese Auskünfte hat sie noch als Sozialministerin verweigert, und in dieser Legislaturperiode wurden sie uns noch einmal verweigert. Trotz Nachfrage und mit Berufung auf die neueste Rechtsprechung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs haben wir hier keine Auskünfte bekommen.

Auf die Frage nach der Kenntnis der Staatsregierung von persönlichen Treffen zwischen Herrn Haderthauer und dem Straftäter Roland S. antwortete die damalige Sozialministerin Haderthauer: Nein, sie hat davon keine Kenntnis. – Eine glatte Lüge, Kolleginnen und Kollegen, und zudem eine lächerliche Lüge! Mittlerweile hat sie eingeräumt, dass er sogar bei ihnen zu Hause zu Besuch war. Uns allen ist auch das schöne Foto zweier entspannt wirkender Weintrinker vor Augen, das Herrn Haderthauer und Roland S. zeigt.

(Jürgen W. Heike (CSU): Und wo war Frau Haderthauer? – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie hat vielleicht bedient und den Wein gebracht!)

Dazu kommen Versuche, Berichterstattung zu manipulieren und zu unterdrücken, und Einschüchterungsversuche gegenüber den Medien. Ich sage hier ganz klar: Mit unserem presserechtlichen Gutachten zu dem sogenannten presserechtlichen Informationsschreiben der Haderthauer-Anwälte haben wir dem Einhalt geboten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erst danach haben die Medien wieder berichtet und weiter recherchiert. Das war auch gut so. Aber auch in diesem Zusammenhang hat die Ministerin gelogen. Sie hat die Einflussnahme auf die Medien glatt abgestritten, obwohl entsprechende Faxe aus der Staatskanzlei nachweislich und später eingeräumt versendet worden waren.

Kolleginnen und Kollegen, die Menschen in Bayern und wir als Parlament haben die Pflicht, im Zusammenhang mit der Haderthauerschen Modellauto-Affäre alles aufzuklären, alle Fakten im Zusammenhang mit der Modellauto-Arbeitstherapie, alles das, wo verschleiert und gelogen wurde, und vor allen Dingen auch die Frage, wie so etwas überhaupt möglich war.

Dies ist der dritte Komplex der Affäre. Es geht um die Situation der Forensik in Bayern. Geschäftsbeziehungen in der Forensik und den Justizvollzugsanstalten müssen beleuchtet und überprüft werden. Wir brauchen hier mehr Transparenz und klare Regeln. Prüf-, Aufsichts- und Kontrollmechanismen müssen unter die Lupe genommen werden, und vor allen Dingen müssen wirtschaftliche Aspekte untersucht werden. Wir wollen wissen, wo hier ein privater Nutzen auf Kosten der Allgemeinheit möglich ist; denn genau so sieht es hier aus. Deshalb brauchen wir den Untersuchungsausschuss, und deshalb brauchen wir auch heute diese Sitzung. Vorhaltungen, es gehe heute wie in der Vergangenheit um eine Vorverurteilung der Ministerin und es gelte die Unschuldsvermutung – sie gilt natürlich –, laufen ins Leere und sind unredlich.

(Zurufe von der CSU)

Aber das, was ich heute dargelegt habe,

(Erwin Huber (CSU): - war Unsinn!)

ist alles lange bekannt und mit Dokumenten belegt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nichts davon wurde von der Frau Ministerin Haderthauer in eineinhalb Jahren widerlegt. Die im Raum stehenden Betrugsvorwürfe, der Verdacht des Steuerbetrugs, die Dienstvergehen von Herrn Haderthauer und die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in diesem Zusammenhang stehen ja heute gar nicht zur Debatte. Sie, Herr Ministerpräsident – jetzt ist er, glaube ich, ganz weg, oder er hat sich irgendwo versteckt –,

(Zuruf von der SPD: Er schwätzt!)

hätten die Chance des letztendlichen Rücktritts von Frau Haderthauer dazu nutzen sollen – das hat Herr Rinderspacher schon ausgeführt –, die Zahl der Ministerinnen und Minister in der Staatskanzlei zu reduzieren. Wir hatten ja schon fast Mitleid, mit anzusehen, wie schwer Sie sich mit der Nachbesetzung der Posten getan haben. Offensichtlich findet sich nicht mehr viel ministrables Personal. Mit einer Reduzierung der Gesamtzahl der Ministerinnen und Minister hätten Sie sich, auch wenn es nur ein statistischer Trick gewesen wäre, bei der Frauenquote leichter getan. Außerdem funktioniert es in den meisten Bundesländern auch mit weniger Ministerposten ganz gut.

Es bleibt zusammenzufassen, und wir halten heute fest, dass wir wohl mit der Modellauto-Affäre und den Skandalen der Staatskanzleiministerin ein besonders unrühmliches Kapitel der CSU-Regierungspolitik erlebt haben. Frau Haderthauer hat dem Freistaat

Schaden zugefügt. Sie hat ganz Bayern zum Gespött der Nation gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei Abgeordneten der CSU)

Konsequenzen hat sie bisher nur halbherzig gezogen. Auch die Erklärung zum Rücktritt ließ wenig Einsicht und wenig Demut erkennen. Nur durch unseren beharrlichen, starken und gemeinsamen Druck in der Opposition – –

(Jürgen W. Heike (CSU): Ach, schön!)

- Ja, das ist wirklich schön. Nur durch unseren beharrlichen, starken und gemeinsamen Druck in der Opposition, durch unser unbeirrtes Nachfragen und Nachbohren, durch die konsequente Recherchearbeit der Medien, die sich durch die Haderthauer-Anwälte nicht mehr haben einschüchtern lassen, und letztlich durch unsere Initiative für die heutige Sitzung haben wir Frau Haderthauer zum Rücktritt und Sie, Herr Ministerpräsident, zum Handeln gezwungen. Bis zum heutigen Tag jedoch fehlt eine aktive Rolle der CSU-Fraktion komplett. Bis zum heutigen Tag hat sich die CSU als komplett handlungsunfähig erwiesen. Ihre Fähigkeit zu Selbstreinigung und Kurskorrektur, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, besteht nicht einmal mehr im Maßstab 1 : 8, sondern sie ist null.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie alle, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, tragen Verantwortung für den Schaden, der entstanden ist, allen voran der Ministerpräsident. Das war ein Versagen auf ganzer Linie und über alle Ebenen hinweg, das sich nie wiederholen sollte. Dafür, Kolleginnen und Kollegen, werden wir sorgen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die CSU-Fraktion darf ich jetzt Herrn Kollegen Kreuzer das Wort erteilen. – Bitte schön.

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus! Ich bin seit 1994 Mitglied des Bayerischen Landtags. Politik ist ein stetes Auf und Ab, und man lernt immer wieder etwas Neues dazu. Heute habe ich eine Rednerin erlebt, deren Redezeit just, als sie zum Tagesordnungspunkt "Berufung eines neuen Kabinettsmitglieds" sprechen wollte, zu Ende gewesen ist. Somit konnte sie keine Ausführungen mehr dazu machen. Das klingt im ersten Moment lustig; es ist aber nicht lustig, meine Damen und Herren. Dass hier nicht zur Sache gesprochen wurde, sondern eine politische Generalabrechnung vorge-

nommen worden ist, geschah nur deswegen, um im Fernsehen zu erscheinen, Frau Bause.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wenn man nicht mehr zu den Dingen spricht, die auf der Tagesordnung stehen, dann ist das ein Verfall parlamentarischer Sitten und eine Missachtung des Parlaments.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

– Da brauchen Sie nicht zu lachen; überlegen Sie sich das lieber noch einmal.

Meine Damen und Herren, ich habe in dieser langen Zeit auch nicht erlebt, dass jemand so öffentlich an den Pranger gestellt wurde wie Staatsministerin a. D. Christine Haderthauer. Sie setzen dies in dieser Plenarsitzung nahtlos fort, in einer Sondersitzung des Bayerischen Landtags – ich glaube, sie ist die erste, an die ich mich in dieser Zeit erinnern kann. Der Grund für die Sondersitzung ist entfallen: Die Aufforderung an den Ministerpräsidenten, die Entlassung vorzunehmen, ist durch den Rücktritt hinfällig geworden. Trotzdem haben Sie auf der Sondersitzung bestanden. Sie haben drei Tage gebraucht, um irgendetwas zusammenzubasteln, was immer noch nicht Hand und Fuß hat.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ein Schmarrn! Völliger Schmarrn! Ein Schmarrn sondergleichen!)

Nachdem der Grund weggefallen ist, fragt man sich: Was wollen Sie erreichen? Sie wollen den Sachverhalt aufklären, sagen Sie, zur Aufklärung beitragen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja!)

Sind Sie der Auffassung, dass eine Plenardebatte dazu geeignet ist? Warum beantragen Sie dann noch einen Untersuchungsausschuss, der ein Jahr lang die Aufklärungsarbeit vornehmen will?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Weil wir hier nicht zum Ziel kommen!)

Auch das ist vorgeschoben, meine Damen und Herren. Ihnen geht es nicht um Aufklärung.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Natürlich!)

Ihnen geht es nur darum, nachzutreten und eine Person weiter herabzuwürdigen, ohne dass die Aufklärung erfolgt ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Ich sage Ihnen ganz klar: Ein solches Verhalten ist schäbig, meine Damen und Herren, und ist nicht anständig gegenüber dieser Person.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Christine Haderthauer hat als Sozialministerin und als Staatskanzleichefin hervorragende Dienste für den Freistaat Bayern geleistet und ihre Ämter korrekt erfüllt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich danke ihr im Namen der CSU-Fraktion auch an dieser Stelle für diese Tätigkeit.

(Beifall bei der CSU)

Sie hielt ihren Rücktritt für politisch geboten, weil die fortdauernde öffentliche Diskussion jede Sacharbeit zu überlagern drohte. Ich halte dies für eine richtige Entscheidung, die mir Respekt abnötigt.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt heißt es, die Ermittlungen abzuwarten und zu sehen, was diese an den Tag bringen. Nur weil Vorwürfe gegen jemand erhoben werden, lassen wir einen Menschen nicht sofort fallen, Herr Rinderspacher, sondern wir wollen zunächst die Dinge aufklären.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf von der SPD: Warum ist sie dann entlassen worden?)

Wenn die Opposition lieber auf Aussagen eines psychisch gestörten Dreifachmörders vertraut, anstatt einer Ministerin eine Chance zu geben, Vorwürfe vernünftig aufzuklären, dann ist dies ihre Sache; es lässt aber tief blicken.

(Beifall bei der CSU)

Für uns gelten rechtsstaatliche Grundsätze, nämlich der Grundsatz der Unschuldsvermutung. Für einen Mann wie Wilhelm Hoegner ist das noch selbstverständlich gewesen, für die heutige Opposition offenbar nicht mehr. Denken Sie daran, Herr Rinderspacher, wenn Sie wieder einmal den Wilhelm-Hoegner-Preis in Bayern verleihen.

(Beifall bei der CSU)

Gerade als Jurist wehre ich mich dagegen, diesen Grundsatz der Unschuldsvermutung parteipolitischem Klein-Klein zu opfern, meine liebe Frau Gote. Wenn ich Sie so höre: 15 Minuten lang vorzuverurteilen und am Ende von Unschuldsvermutung zu sprechen, muss ich feststellen: Da passt hinten und vorn nichts zusammen. Ich frage mich nur, warum Sie einen Untersuchungsausschuss brauchen.

(Beifall bei der CSU)

Eine Regierung zu kontrollieren bedeutet, sie inhaltlich zu stellen, nicht aber, die einzelnen Personen zu diffamieren. Das unterscheidet Parlamentarismus von Populismus.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Aber Ihnen geht es nicht um Aufklärung, sondern Ihnen geht es um Vorverurteilung. Und ausgerechnet diese Opposition wirft uns vor, wir würden nicht regieren und die Probleme Bayerns ignorieren. Meine Damen und Herren, da kann ich nur fragen: Kann sich irgendjemand hier im Saal an einen wesentlichen politischen Vorstoß erinnern, den die Opposition seit der letzten Landtagswahl auf den Weg gebracht hat? – Fehlanzeige.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Es gab ein gescheitertes Volksbegehren, und das mit dem drittschlechtesten Ergebnis in der Geschichte des Freistaats. Brauchbare Konzepte und Ideen werden nicht vorgelegt, meine Damen und Herren. Seit ich dabei bin, hat dieser Landtag noch nie eine programmatisch so schwache und zahnlose Opposition gesehen wie in dieser Wahlperiode.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Auch die Presse hält nicht viel von Ihnen. Selbst die "Süddeutsche" attestiert Ihnen ein blamables Bild. Der "Münchener Merkur" sagt: "Die Opposition lässt Strategie und Biss vermissen." – Dies ist noch freundlich ausgedrückt, meine Damen und Herren, aber im Hinblick auf das, was die Zeitungen sonst schreiben, schon ganz deutlich.

(Markus Rinderspacher (SPD): Warum regen Sie sich eigentlich so auf? Sie müssen sich doch nicht so aufregen! Bleiben Sie doch ruhig!)

Eines steht fest, meine Damen und Herren: Wir werden nichts unter den Teppich kehren. Wir werden den

Fall Haderthauer lückenlos aufklären. Sie können sicher sein: Christine Haderthauer wird dazu ihren Beitrag leisten und an dieser Aufklärung gegenüber den Ermittlungsbehörden und auch dem Untersuchungsausschuss mit vollem Einsatz mitwirken. Dort muss es um die Sache gehen. Hier wird kein politisches Tribunal veranstaltet.

Ich möchte zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses aber jetzt schon auf Folgendes hinweisen: Im Fokus steht hier weder Regierungs- noch Parlamentshandeln. Es geht nicht um eine Staatsaffäre, wie Sie gesagt haben, Herr Rinderspacher, sondern es geht allein um das Leben von Christine Haderthauer, vor allem vor ihrem Eintreten in die Politik.

(Markus Rinderspacher (SPD): Um das Verhalten der Staatskanzlei gegenüber den Medien!)

Das ist ein Novum in Bayern wie auch im Rest der Republik. Ich kann mich nur an einen erinnern, dem auch einmal sein Verhalten vor dem Eintreten in die Politik vorgeworfen worden ist. Das war ein GRÜNER, Joschka Fischer. Die Vorwürfe waren etwas anders. Er ist mit Gewalt auf Polizeibeamte losgegangen, meine Damen und Herren. Dies waren damals Jugendsünden. Er war bis zuletzt im Amt und ist heute noch eine Galionsfigur der GRÜNEN. So gehen Sie mit solchen erschütternden Skandalen um, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Dann schauen wir einmal, ob der Untersuchungsausschuss am Ende nicht ein ganz anderes Bild vermittelt, wenn erst einmal Psychologen, Gefängnisdirektoren, Bewährungshelfer über die Tätigkeit, die Therapie und die Resozialisierung sprechen. Ich warte dies ab. Wir werden dies alles aufklären. Die Bürgerinnen und Bürger haben uns die Verantwortung übertragen, Bayern gut zu regieren. Dieser Verantwortung kommen wir nach, egal, welchen Zirkus Sie hier und außerhalb dieses Plenarsaals veranstalten.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Die parlamentarische Demokratie lebt von ihrer Ideenvielfalt, vom Streit um die beste Lösung, aber auch vom respektvollen Umgang miteinander. Als leidenschaftlicher Parlamentarier bedauere ich feststellen zu müssen: Die Opposition kann momentan nichts davon anbieten. Deshalb werden wir keinen Untersuchungsausschuss gegen die Opposition beantragen. Wir werden auch nicht vor das Verfassungsgericht gehen; denn Ihr Versagen, meine Damen und Herren, ist offensichtlich.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Herr Kollege Arnold das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Horst Arnold (SPD): Ich danke Ihnen. – Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Bewertung, ob ein Geschäftsmodell von Idealismus oder von Gewinnstreben getragen ist, welche Abhängigkeiten und welche Beziehungen sich daraus ergeben, welche Erfolge und welche Risiken, welche Gewinne sich insoweit einstellen, bedarf in der Tat einer soliden Tatsachengrundlage.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die Opposition hat nicht nur in den letzten Tagen, sondern fast schon in den letzten Jahren versucht, diese Tatsachengrundlage zutage zu fördern. Die einen sagen dazu Aufklärungsarbeit, die anderen bezeichnen das als Sommertheater, Empörungswelle und Skandalhysterie. Das ist aber nicht unsere Ansicht.

Fakt ist, dass die Forensik, um die es hier geht, dem Schutz der Allgemeinheit vor aufgrund von psychischer Erkrankung oder Behinderung gefährlichen Tätern dient, gegen die ein Schuldvorwurf nicht oder nicht in dem Umfang erhoben werden darf. Fakt ist auch, dass diese Täter in Hochsicherheitstrakten mit erheblichem öffentlichem Aufwand untergebracht sind und im Rahmen ihrer Unterbringung soweit möglich geheilt werden sollen.

Fakt ist mittlerweile auch, dass bereits ab den späten Neunzigerjahren erhebliche Probleme aufgetreten sind: Postkontrolle, Werkzeugverwahrung, Schlüsselgewalt, Ausgang und Entweichungen, Nichtbeachtung der Sicherheitsstufen. All das wurde im Bezirkstag von Mittelfranken in Ansbach thematisiert, aber auch gegenüber der Bayerischen Staatsregierung, wie eine Anfrage des damaligen Kollegen Gartzke beweist.

Fakt ist auch, dass diese Probleme damals in unmittelbarem Zusammenhang mit der Firma Sapor Modellbau standen und stehen, dessen Geschäftsführerin faktisch, durch Vollmacht belegt, Frau Haderthauer war. Frau Haderthauer ist im Jahr 2008 Ministerin für Soziales geworden. Die Fachaufsicht für die Forensik fällt in diesen Geschäftsbereich. Die Fachaufsicht ist nicht irgendeine Nebenerscheinung, sondern eine Kardinalaufgabe der Verwaltung schlechthin. Sie hat nicht nur Rechtsüberprüfungen durchzuführen, sondern auch Weisungen zu erteilen und Verwaltungsvorschriften anzuordnen. Bereits vor diesem Hintergrund ist keine Skandalhysterie zu vermerken, wenn das Parlament, die Öffentlichkeit Fragen zur Fach-

kompetenz der Ministerin stellt, wenn doch in diesem Zusammenhang berufliche Erfahrungen den Anlass dazu geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben bereits im Juni 2013 alle diese Fragen gestellt. In der damaligen Debatte war nur eine Empörungswelle zu verzeichnen, nämlich Ihr Verhalten damals, Kollegen und Kolleginnen der CSU und, nicht zu vergessen, in memoriam der FDP.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie haben gesagt, es seien verunglimpfende Unterstellungen, Wahlkampfgetöse. Die Frage von Frau Stewens wurde bereits zitiert: "Wie kann man einem Dreifachmörder glauben?" – Ich sage Ihnen eines: Jeder Mensch ist gleich. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Diese Frage alleine stellt bereits eine Unverschämtheit gegenüber der Würde des Menschen dar.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD und der CSU)

All diese Fragen zur Fachaufsicht sind abgelehnt worden. Die Forensik dient, Herr Huber, dem Schutz der Allgemeinheit. Diese Fragen haben Sie doch damals gar nicht interessiert. Sie haben den Deckel darauf gehalten, und von daher haben Sie bereits vor 14 Monaten den Grundstein dafür gelegt, dass dringende Fragen offen geblieben sind, quälende Fragen der Bürgerinnen und Bürger, nicht nur derer von Ansbach: Was ging da vor? Was geht da vor? Was hat man dagegen unternommen?

Sie haben die Dinge aus personellem Kalkül und nicht der Sache entsprechend erörtert und geglaubt, Ihre absolute Mehrheit schütze die von Ihnen damals errichtete Mauer des Schweigens und der Verdrängung. Dieser Linie sind Sie in dieser Legislaturperiode treu geblieben. Zwei Auskunftsanträge der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN wurden insoweit mit genau demselben Tenor abgeschmettert.

Meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU, durch Ihre fehlende Einsicht, Ihre Verweigerung, über Umstände, Kompetenz und Notwendigkeiten der Fachaufsicht in der Forensik Kenntnis zu gewinnen, ist die maßgebliche Architektur der Causa Haderthauer überhaupt erst erstellt worden. Wer sich so bedingungslos, hemmungslos und kompromisslos verhält, fördert doch selbstverständlich forsches und überhebliches Auftreten. Ihr Plan, Herr Kreuzer, das Anliegen der Opposition als niederträchtig erscheinen zu lassen, ist doch in vollem Umfang nicht aufgegangen.

Was wäre denn gewesen, wenn vor 15 Monaten entsprechende Auskünfte erteilt worden wären? Wir hätten genau den Fakt und den Sachstand, den Frau Gote geschildert hat. Im Hinblick auf die Kürze der Zeit gehe ich darauf nicht mehr ein.

Aber, Herr Kreuzer, selbstverständlich ist die Unschuldsvermutung eine der wichtigsten Säulen in unserem Rechtsstaat, und jeder Angeklagte, jeder Beschuldigte hat die Möglichkeit, sich frei zu verteidigen. Indes, wenn ich im Namen meiner Verteidiger die Staatsanwaltschaft dahingehend berichtige, dass Sie einen Tatvorwurf konstruiert hätte und die Vorgehensweise gleichstelle mit Sippenhaft, dann ist das kein Zeichen dafür, dass die Unschuldsvermutung in jeder Hinsicht gilt.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang gibt es genügend Hinweise und Anzeichen, ohne dass ich ein Wort über strafrechtliche Erwägungen und teilweise Vorverurteilungen verliere, dass hier Pflichtverletzungen den Anlass für die Entlassung bzw. den Rücktritt Frau Haderthauers gegeben haben. Diese Pflichtverletzungen müssen nachhaltig aufgeklärt werden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von den GRÜNEN: Genau so ist es!)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat der Herr Kollege Professor Bauer für die FREIEN WÄHLER das Wort. – Bitte schön.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich sehe jetzt den Herrn Ministerpräsidenten nicht. Ich hätte ihn auch gerne noch begrüßt, aber vielleicht richtet es ihm jemand aus. Herr Kreuzer ist auch nicht da.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wie Sie sicherlich wissen, komme ich aus Ansbach. Frau Haderthauer war in den Neunzigerjahren in der renommierten Kanzlei Hols & Kleinlein in Ansbach als Anwältin tätig. Gleichzeitig war ihr Ehemann Arzt im Bezirksklinikum. Dort betreute er einen Mehrfachmörder, und – das ist auch einmal wichtig: Wenn hier immer von Vorverurteilungen gesprochen wird, möchte ich gerne eine sachliche Aufklärung dazu bringen – er machte seit 1990 mit den von diesem gebauten Modellautos überaus lukrative Geschäfte. Frau Haderthauer war von Anfang an dabei und wusste deshalb vollumfänglich Bescheid über alle Tatsachen. Im Jahr 1993 wurde sie alleinige Gesellschafterin und Geschäftsführerin der Firma Sapor Modelltechnik. Der Mitgesellschafter Herr Ponton erteilte hierzu ausdrücklich seine Zustimmung. Es wäre auch einmal sehr gut, wenn Herr Kreuzer, der den Mund so voll nimmt und die Backen

aufbläst, mit Herrn Ponton spräche, um zu erfahren, was er dazu sagt. Im Jahr 2003/2004 erfolgte die Übertragung ihrer Geschäftsanteile an ihren Ehemann. Das war rechtlich überaus fragwürdig, da – und das ist entscheidend – der Mitgesellschafter Herr Ponton – das hat er mir persönlich in einem längeren Gespräch gesagt – die bei einer GbR notwendige Zustimmung dazu nicht erteilt hat.

Im Jahr 2008, in dem die Frau Ministerin a. D. Haderthauer in das Sozialministerium berufen wurde, erfolgte der Verkauf durch Herrn Haderthauer an Herrn Sager, ebenfalls ohne Zustimmung des Herrn Ponton, der nach wie vor Miteigentümer war, erst nach einem umstrittenen "Vergleich" – ich muss dieses wirklich in Anführungszeichen setzen – im November 2011. Unser Dringlichkeitsantrag in dieser Legislaturperiode hat sich darauf bezogen, die Rolle von Frau Haderthauer im Jahr 2011 einmal klarzumachen. In welcher Eigenschaft hat die damalige Staatsministerin diesen Vergleich unterschrieben? Erst im November 2011, nach einer Abfindungszahlung von 20.000 Euro, sollten diese Altlasten, Altfolgen aufgearbeitet werden.

Für mich als Abgeordneten aus Ansbach sind aber vor allen Dingen die damaligen Zustände in der Forensik Ansbach bedeutend. Das ist keine Vorverurteilung, kein Scharfmachen, sondern es sind einfach Fakten, die sich in Ansbach abgespielt haben: Ein Dreifachmörder wird im Maßregelvollzug nicht ausreichend therapiert. Das ist für mich als Arzt ein entscheidender Punkt; denn Herr S. hat in diesem Maßregelvollzug lediglich eine sogenannte Arbeitstherapie erhalten. Das sollte uns zu denken geben. Die Aufgabe des Staates im Maßregelvollzug ist es, die Patienten zu therapieren. Das wurde unterlassen. Der zuständige Arzt und seine Ehefrau haben stattdessen mit den Patienten äußerst lukrative Geschäfte gemacht. Angetrieben von ihrer Profitgier haben sie den Patienten S. als billige Arbeitskraft ausgenutzt. Dies belegen die extrem niedrigen Lohnsätze von Herrn S. sowie die üblichen Arbeitszeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diese betrogen weit mehr als acht Stunden. Er musste sogar an Sonn- und Feiertagen bis tief in die Nacht hinein arbeiten. Wenn Herr Keuzer unschlüssig ist, gebe ich ihm die Telefonnummer von Herrn S. gerne. Er kann ihn anrufen und fragen, ob das so stimmt. "Er sollte bei Laune gehalten werden" – so steht es in einem Protokoll des Bezirksklinikums Ansbach. Deshalb kann sich Herr S. an Wochenenden in Ansbach relativ frei bewegen. Er wird von den Haderthauers zum Essen in Restaurants eingeladen. Er besucht Messen für Modellbau und genießt Urlaubstage mit den Haderthauers. Mit ihnen ist er sogar per Du. Das

muss man an dieser Stelle auch einmal ganz deutlich sagen. Herr S. wird nach seinen Ausflügen nicht kontrolliert. Das ist ein weiteres Sicherheitsrisiko. Das sind Tatsachen. Er wird auch nicht auf Drogen kontrolliert. Ich habe eine handschriftliche Anweisung der Klinikärzte, die genau dies belegt. Ich finde, es ist ein starkes Stück, an dieser Stelle von Vorverurteilungen zu sprechen. Das ist dieses Parlaments unwürdig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Die Gefahr, die von diesem Mann für die Bevölkerung von Ansbach ausging, war unkontrollierbar. Das sorgt heute noch für helle Empörung und Unverständnis bei der Ansbacher Bevölkerung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Bedrohung hat Frau Haderthauer um des eigenen finanziellen Vorteils willen billigend in Kauf genommen. Ihre Formulierung, dies sei "ein von Idealismus getragenes Engagement finanzieller Art", könnte in diesem Zusammenhang nicht zynischer sein.

Frau Haderthauer ist Juristin. Sie wusste – das kommt erschwerend hinzu –, dass der Forensik-Insasse Herr S. 1988 verurteilt worden ist. Im Jahre 1990 begannen diese Ausflüge. Sie wusste, dass er sich in Sicherheitsstufe 1 befand. Für einen Patienten in Sicherheitsstufe 1 ist klar festgelegt, dass er die Klinik nur mit Handschellen in Begleitung von zwei Sicherheitsbeamten verlassen darf. Er hat sich aber mehr oder weniger frei und ungezwungen in Ansbacher Cafés aufgehalten, ist in Ansbach durch die Stadt gegangen.

Sie können jetzt sagen – das ist bereits als Verteidigungslinie angeklungen –, dass Frau Haderthauer damals keine politische Verantwortung trug. Das stimmt. Jedoch wirft ihr verantwortungsloses Verhalten einen erheblichen Schatten auf ihre Persönlichkeitsstruktur und ihr Persönlichkeitsbild. Das ist in diesem Zusammenhang festzuhalten. Von 2008 bis 2013 war Christine Haderthauer Sozialministerin. Danach war sie in der Staatskanzlei tätig. Das wissen wir alle. Ich bedaure, dass Herr Seehofer gerade nicht da ist. Nach Aussage von Ministerpräsident Seehofer – Herr Kreuzer hat das bestätigt – hat sie "hervorragende Dienste für den Freistaat Bayern geleistet und ihre Ämter stets korrekt geführt". Das trifft überhaupt nicht zu. Das weise ich mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das belege ich an einem Beispiel. Frau Präsidentin Stamm, Sie haben mich im Jahr 2011 eingeladen, die Erstaufnahmeeinrichtung in Zirndorf zu besuchen. Ich

denke, daran erinnern Sie sich noch. Damals waren bereits vom BRK Zelte aufgestellt worden. Damals hatten wir noch keine Container. Es herrschte bereits eine massive Überbelegung in dieser Erstaufnahmeeinrichtung. Sie haben gesagt, dies sei ein unwürdiger Zustand. Daran erinnere ich mich zumindest. Für mich war es ein menschenunwürdiger Zustand. Was hat Frau Haderthauer im Rahmen ihrer Asylpolitik getan? Sie hat jahrelang nichts getan. Das war ein politisches Versagen. Das steht jedoch als Nächstes auf der Tagesordnung dieser Plenarsitzung.

Nun komme ich zu einem anderen Punkt. Als Sozialministerin führte sie die Fachaufsicht über den Maßregelvollzug in Bayern. Dafür trug sie Verantwortung. Ich habe bereits ausgeführt, dass sie über die erheblichen Sicherheitslücken zumindest im Ansbacher Maßregelvollzug bestens Bescheid wusste. Als Ministerin hatte sie später die Pflicht, dort Abhilfe zu schaffen und die bestehenden Sicherheitslücken zu schließen, und zwar für alle Einrichtungen in Bayern. Ich spreche ausdrücklich nicht nur von der Sicherheit für die Bevölkerung, sondern auch von der Sicherheit der Patientinnen und Patienten sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Einrichtungen. Das muss an dieser Stelle thematisiert werden. Das Versagen ist klar und deutlich sichtbar.

Die Wirklichkeit sieht noch viel brutaler aus: In den fünf Jahren ihrer Amtszeit als Sozialministerin haben sich insgesamt 16 Patienten im Maßregelvollzug in Bayern selbst töten können, beispielsweise mit Messerstichen in den Bauch oder durch Aufschneiden der Pulsadern. Sehr geehrte Kollegen von der CSU, ein Patient tötete sich im Maßregelvollzug mit einer Überdosis Heroin. Im Maßregelvollzug dürfen Patienten unter keinen Umständen Zugang zu Drogen haben. Für diese Missstände während ihrer Amtszeit trägt Frau Haderthauer die volle politische Verantwortung. Sie hat auch hier versagt und nicht gehandelt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Zahl von 16 Suiziden wurde mir von der Staatsregierung in der Antwort auf meine Schriftliche Anfrage vom 18. Juni dieses Jahres für ganz Bayern genannt. Ob diese Aussage umfassend und zutreffend ist, bezweifle ich ausdrücklich. In der Antwort der Staatsregierung wurden für diesen Zeitraum für Niederbayern fünf Suizide genannt. Mir sind dagegen allein für den Maßregelvollzug Straubing – Niederbayern hat zwei Maßregelvollzugsanstalten – vier Suizide innerhalb von drei Jahren namentlich bekannt. Dieses Thema sollten wir ebenfalls im Rahmen eines Untersuchungsausschusses aufklären, nämlich unzureichende und sogar fehlerhafte und falsche Auskünfte der Staatsregierung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, es kommt noch schlimmer. Das Datum der Schriftlichen Anfrage habe ich bereits zitiert. Der Staatsregierung zufolge gibt es keine Aufzeichnungen über die Anzahl der Suizidversuche im Maßregelvollzug. Mir liegen dagegen umfassende Dokumente aus den Neunzigerjahren für das Bezirksklinikum Ansbach vor. Dort wurde minutiös ausgeführt, was passiert ist, wer und mit welcher Methode einen Versuch unternommen hat und was daraus geworden ist. Wurden diese Aufzeichnungen in der Amtszeit von Frau Haderthauer eingestellt? Nach Auskunft der Staatsregierung muss ich wohl davon ausgehen. Das wäre eine weitere fatale und unverantwortliche Entscheidung dieser Staatsministerin. Aus der Antwort der Staatsregierung geht hervor, dass die Prävention im Maßregelvollzug ein hohes Ziel sei. Wie soll eine Prävention aus medizinischer Sicht funktionieren, wenn ich nicht weiß, wie ich diese Versuche therapieren und verhindern kann, weil die Daten überhaupt nicht vorhanden sind? Der Freistaat Bayern hat im Rahmen seiner Fürsorgepflicht für alle Patienten im Maßregelvollzug zu sorgen. Diese Fürsorgepflicht hat die Fachaufsicht im Ministerium politisch zu verantworten. An dieser Stelle hat die ehemalige Staatsministerin Haderthauer ebenfalls vollständig versagt, wie die Tatsachen und Fakten beweisen.

Ich nehme meine Arbeit als Oppositionspolitiker sehr ernst. Das dürfen Sie mir glauben. Deshalb habe ich in einer Pressemitteilung darum gebeten, Frau Haderthauer möge die nach wie vor vielen offenen Fragen beantworten. Die Fragen sind nicht beantwortet worden. Das hatten wir bereits vor der Wahl im Juli letzten Jahres erlebt. Wir haben sie gebeten, sie möge die offenen Fragen zur Modellbau-Affäre endlich beantworten. Daraufhin bekam ich ein Fax von der Staatskanzlei, das von der Ministerin unterschrieben war. Das steht ausdrücklich oben drauf. Das Fax datiert vom 11. Juli 2014. Dieses Fax sollte mir quasi einen Maulkorb verpassen. Sie schreibt – ich zitiere –: "Ich fordere Sie daher auf, diese laut FLZ getroffenen Behauptungen zukünftig zu unterlassen." – Bei der FLZ handelt es sich um die "Fränkische Landeszeitung", die berichtet hatte.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, ich bitte Sie, zu beachten, dass Ihre Redezeit zu Ende ist.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Ich bin gleich fertig.

Präsidentin Barbara Stamm: Nein, Ihre Redezeit ist zu Ende. Heute muss ich streng sein. Herr Kollege, sprechen Sie Ihren Satz zu Ende, dann ist Schluss.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, ich darf Sie auffordern, dem Schutz der Abgeordneten bezüglich des Fragerechts und der Auskunftspflicht der Staatsregierung umfassend Rechnung zu tragen. Der Schutz der Abgeordneten muss gewährleistet sein. Den frei gewählten Abgeordneten dieses demokratischen Staates darf kein Maulkorb verpasst werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Die Fraktionen haben sich auf eine Redezeit geeinigt. Diesem Beschluss trage ich Rechnung, nicht mehr und nicht weniger. Jetzt hat Herr Kollege Heike für die CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Jürgen W. Heike (CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen! Was haben wir eigentlich für eine Sitzung hier? Ich habe heute so viele Themaverfehlungen erlebt wie schon lange nicht mehr.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

– Herr Kollege Aiwanger, ich habe es schon einmal gesagt: Ich freue mich immer, wenn ich geistreiche Zwischenrufe bekomme. Damit haben Sie sich heute wieder nicht ausgezeichnet. – Meine Damen und Herren Kollegen, vergleichen wir einmal, was im Antrag steht und was wir heute erlebt haben. Die Antragsüberschrift lautet: "Unverzügliche Aufklärung und politische Aufarbeitung der Affäre Haderthauer". Wir haben heute vieles gehört, was damit nichts zu tun hat. Vorhin ging bereits der Ruf "Themaverfehlung" durch die Reihen. Dafür sollte uns unsere Zeit eigentlich zu schade sein. Das sage ich auch im Hinblick auf die Bürger, die uns hierher berufen haben. Das spricht eigentlich gegen unseren Selbstwert.

(Beifall bei der CSU)

Nun komme ich zu den verschiedenen Vorstellungen. In der Drucksache 17/2788 wurde eine Reihe von Fragen gestellt. Heute hören wir auch von Mitgliedern des Rechtsausschusses: Wir haben keine Antwort erhalten. Meine Damen und Herren Kollegen, sind Sie wirklich nicht in der Lage, sich noch einmal mit der Antwort auf der Drucksache 17/2788 zu befassen?

(Horst Arnold (SPD): Wir haben gesagt, dass Sie die Berichtsanträge abgelehnt haben! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sie haben die Anträge abgelehnt!)

– Das ist hochinteressant. Herr Kollege Streibl, wir haben die Anträge dort nicht abgelehnt, sondern wir haben darüber diskutiert. Nachdem alles ausdiskutiert war und Sie keine Fragen mehr hatten, waren diese Anträge erledigt. Deshalb mussten wir sie nicht mehr weiter verfolgen.

Unter der Ziffer 1 lautete die erste Frage, ob Frau Haderthauer zurücktreten sollte oder zu entlassen sei. Das ist erledigt. In der Ziffer 2 des aufgerufenen Antrags wird von unserem Ministerpräsidenten zu viel verlangt. Bei aller Hochachtung, Hellseher ist er noch nicht. Er hätte nämlich schon vorher wissen sollen, was alles schief gelaufen ist und schief läuft. Sie fordern, er hätte Frau Haderthauer schon damals entlassen müssen. Bei aller Freundschaft: Wir haben es nicht nötig, uns so zu unterhalten.

(Markus Rinderspacher (SPD): Herr Kreuzer hat gesagt, es sei nichts schief gelaufen!)

Angeblich hat die Bevölkerung großes Interesse an einer umfassenden Aufklärung. Deshalb wurde gefragt, ob die Anfragen umfassend beantwortet wurden. Meine Damen und Herren Kollegen, warum können Sie sich eigentlich nicht daran gewöhnen, dass wir eine Gewaltenteilung haben?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das müssen Sie erst lernen!)

– Ich bitte, das, was Herr Aiwanger gerade gesagt hat, ins Protokoll zu nehmen!

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das kann ich unterschreiben!)

– Herr Aiwanger, so gehen Sie mit der Verfassung um. Das ist katastrophal. Was Sie gerade gesagt haben, ist ein Skandal!

(Beifall bei der CSU)

Tatsache ist: Wir haben eine Justiz, die ordentlich gearbeitet hat, die weiterhin ordentlich arbeiten wird und der unser Vertrauen gilt. Wir können hier doch nicht sagen: Es gibt zwar eine Gewaltenteilung, aber wir mischen uns ein und erklären den Richtern und Staatsanwälten, was sie zu machen haben.

(Horst Arnold (SPD): Kein Mensch hat das gesagt! – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Zur Sache, Herr Kollege! Themaverfehlung!)

– Vielen Dank, Herr Kollege. Mein Altnotar meldet sich zu Wort. Verehrter Kollege, zur Sache: Wir müssen jetzt die Frage stellen, was Sie eigentlich noch wollen.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Aufklärung!
– Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aufklärung!)

Die Antworten sind gegeben. Die eindeutige und endgültige Aufklärung erfolgt durch die Justiz. Herr Kollege Arnold hat vorhin sehr deutlich gesagt – ich habe ihn jedenfalls so verstanden –, dass wir eine Verpflichtung haben, uns insoweit zu beschränken und der Justiz die Ermittlungen ungestört zu überlassen. Hierin ist der gesamte Rechtsausschuss einer Meinung.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wir sind hier nicht im Gerichtssaal, sondern im Parlament!)

Nun bitte ich Sie noch einmal, die Drucksache 17/2788 zu lesen. Sie enthält 25 Antworten. Angeblich ist jedoch nichts beantwortet worden.

Frau Kollegin Gote, Sie haben behauptet, wir würden dem Ansehen Bayerns schaden. Frau Kollegin, kehren Sie doch bitte einmal vor Ihrer eigenen Tür. Wer hat denn diese Schlechtrederie gemacht? Wer verleumdet denn andere? Wer ist derjenige, der nach draußen immer meckert, mäkelte, aber nie irgendeine Mitarbeit leistet? Sie sind es und Ihre GRÜNEN. Das muss ich ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Gote, Sie sagen, Bayern sei eine Lachnummer. Ich frage mich, warum 80 % der Nichtbayern auf die Frage, wo sie gerne leben würden, wenn sie nicht in ihrem jetzigen Bundesland lebten, geantwortet haben, dass sie am liebsten in Bayern leben würden.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Aber doch nicht unter der CSU!)

– Lieber Herr Rinderspacher, Sie haben doch gehört, was Frau Kollegin Gote vorhin gesagt hat. Die CSU sei daran schuld, dass man in Bayern nicht mehr leben könne. Frau Gote, ich sage das nicht gerne: Sie sind auch nicht aus Bayern. Sie sind aber noch da. So schlimm kann es also nicht gewesen sein.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt noch einmal etwas zum Thema "Haderthauer". Frau Kollegin Gote, Sie haben vorhin gesagt, für einen ehrenvollen Rücktritt sei es zu spät gewesen. Warum denn? Ehrevoll kann man dann zurücktreten, wenn über die Leute nicht mit Schmutzkübeln hergefallen wird. Hieran hatten die GRÜNEN einen maßgeblichen Anteil.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Diese Rechtfertigungsversuche sind doch wirklich – –)

Sie haben Vorverurteilungen ausgesprochen, wie das Herr Kollege Kreuzer vorhin gesagt hat. Was ist denn daran ehrenvoll, wenn man einen Menschen so behandelt? Das war plump, primitiv, unter der Gürtellinie und schäbig.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

– Ich genieße Ihre Schreie; denn bellende Hunde sind diejenigen, die getroffen sind. – Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Wir von der CSU zollen Christine Haderthauer unseren Respekt. Wir vertrauen der juristischen Prüfung durch die Justiz und fordern die Opposition auf, sich auf die Suche nach Ideen zu machen, die uns voranbringen. Wir tun angeblich nichts. Wo bleiben denn Ihre Ideen? Mit Mauscheln, Meckern und Maulen werden Sie nicht regierungsfähig.

Meine Damen und Herren von der SPD und von den GRÜNEN, vergessen Sie nicht, was Ihnen der Wähler vor wenigen Tagen in Thüringen und in Brandenburg ins Stammbuch geschrieben hat.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Dort gibt es keine CSU!)

Sie sind diejenigen, die nur meckern und nichts tun. Ich fordere Sie auf: Machen Sie mit uns gemeinsame Sache, arbeiten Sie im Interesse Bayerns!

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

– Herr Ministerpräsident, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Markus Rinderspacher (SPD): Herr Ministerpräsident, deshalb haben Sie sich so aufgeregt! Jetzt sind Sie unglaublich gelassen!)

Ich möchte jetzt die Abstimmung vornehmen. Die Gespräche können im Anschluss an die Sitzung stattfinden.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Das ist die CSU-Fraktion. Wer ent-

hält sich der Stimme? – Keine Stimmenthaltung.
Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt darf ich **Tagesordnungspunkt 3** aufrufen. In die Aussprache werden die Dringlichkeitsanträge einbezogen.

Aktuelle Entwicklung der Asyl- und Flüchtlingsproblematik in Bayern

hierzu:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Asylsituation entschärfen: Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Lage in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften ergreifen, Asylverfahren beschleunigen! (Drs. 17/3036)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)
Flüchtlingsdrama in Bayern - Keine Zeltunterkünfte mehr! (Drs. 17/3037)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neue Asylpolitik in Bayern jetzt! (Drs. 17/3038)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Kerstin Schreyer-Stäblein u. a. und Fraktion (CSU)
Maßnahmenpaket zur Flüchtlings- und Asylpolitik: Solidarität mit Asylsuchenden - Fluchtursachen bekämpfen - Schengen-Abkommen und Asylgesetze anpassen! (Drs. 17/3039)**

Ich darf jetzt die gemeinsame Aussprache eröffnen und dem Kollegen Professor Bauer sagen: Die Fraktionen haben sich wiederum auf 20 Minuten Redezeit je Fraktion geeinigt. Dementsprechend werde ich auch hier verfahren. Als erster Redner hat der Kollege Zellmeier für die CSU-Fraktion das Wort. – Bitte schön, Herr Kollege.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Weltweite Krisen und kriegerische Ereignisse verursachen derzeit einen nie dagewesenen und nie gekannten Flüchtlingsstrom. Das Schicksal dieser Flüchtlinge lässt uns in Deutschland, in Europa und insbesondere

in Bayern natürlich nicht unberührt. Nicht nur über die Medien, sondern hautnah erleben wir mit, wie die Zahl der Asylbewerber und Flüchtlinge steigt. Hautnah erleben wir mit, dass in unseren Dörfern, Gemeinden und Städten Flüchtlingsunterkünfte eingerichtet werden. Viele Orte nehmen bereitwillig Asylbewerber auf. Dafür einen herzlichen Dank an alle, die in den Kommunen verantwortlich sind, an alle, die sich haupt- und ehrenamtlich für die Asylbewerber und Flüchtlinge einsetzen und sich für sie engagieren,

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD)

und ein großes Vergelts Gott unserer zuständigen Staatsministerin Emilia Müller und ihrem ganzen Stab, aber auch ihrer Vorgängerin Christine Haderthauer; denn unter beider Führung hat sich in den letzten beiden Jahren sehr vieles zum Positiven verändert. Um dem Kollegen Neumeyer, der als Integrationsbeauftragter näher darauf eingehen wird, nichts vorwegzunehmen, nenne ich nur kurz einige Stichworte: Bei der Asylsozialberatung sind die Ausgaben verdreifacht worden. Das Modellprojekt Deutschkurse wurde eingeführt. Die Essenspakete wurden abgeschafft. Familien werden in der Regel nicht mehr in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht.

Hilfe für Schutzsuchende, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist uns ein Herzensanliegen und ein Gebot der christlichen Nächstenliebe. Deshalb behandeln wir Asylbewerber und Flüchtlinge gut und werden auch bei steigenden Zahlen unseren humanitären Verpflichtungen nachkommen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das sieht aber Frau Wöhrl aus dem Bundestag ganz anders!)

- Lieber Kollege Rinderspacher, wer heute den "Münchner Merkur" gelesen hat – von unserem Fraktionsvorsitzenden wurde er schon zitiert -, fand dort einen bemerkenswerten Kommentar zur Schlagkraft der Opposition. Darin wird gesagt, sie könne nur das nacherzählen, was schon in der Zeitung gestanden hat.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Warten Sie nur, bis Sie in der Opposition sind!)

- Lieber Kollege Aiwanger, ich hoffe, dass wir das nie erleben werden. Das hoffe ich vor allem für die Bürgerinnen und Bürger Bayerns; denn das wäre ein Katastrophenszenario.

(Beifall bei der CSU)

Die CSU und auch der Freistaat hätten wirklich eine bessere Opposition verdient.

(Markus Rinderspacher (SPD): Damit ist für Sie in München alles in bester Ordnung?)

Das sieht man übrigens auch an den Anträgen, die Sie zu diesem Thema gestellt haben.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das heißt also, in Zirndorf und in München läuft alles gut!)

Diese Anträge behandeln nur einen Teil der Problematik.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie sind politisch verantwortlich für das Asylversagen!)

Sie gehen nur darauf ein, Verbesserungen zu schaffen. Sie gehen nicht darauf ein, dass Akzeptanz in der Bevölkerung eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, die Asylpolitik durchsetzen zu können. Die Asylpolitik ist von der Akzeptanz der Menschen abhängig. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, waren Sie nie eine Volkspartei, wie es bei den GRÜNEN oder den FREIEN WÄHLERN der Fall ist, oder Sie haben diesen Status schon lange verloren. Werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, daran sind Sie selber schuld, weil Sie die ernsthaften Sorgen und Nöte der Menschen, die Sorgen unserer Bevölkerung in Bayern und in Deutschland nicht aufgreifen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Damit sollten Sie sich aber etwas zurückhalten!)

Die FREIEN WÄHLER haben zudem verspätet mitbekommen, dass der Betreuungsschlüssel längst verbessert worden ist. Von der Staatsregierung wurde ein um 50 % besserer Betreuungsschlüssel angeboten, und das steht im Gegensatz zu dem, was Sie fordern und jetzt noch in Ihrem Antrag nachbessern werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Antrag greift beide Aspekte auf, zum einen den humanitären Aspekt, der uns sehr wichtig ist, aber auch die Unruhe in der Bevölkerung wegen der ständig steigenden Zahlen von Asylbewerbern. Wir machen das aber nicht marktschreierisch und populistisch, sondern sachlich und sehr konkret.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Meine Güte!)

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wir werden all das, was wir ansprechen, auch konsequent weiterverfolgen.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Wann?)

Wir müssen die unberechtigte Einreise begrenzen und stoppen und die Ausreisepflicht verstärkt durch-

setzen. Sie kennen die Zahlen aus dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: 1,6 % der Asylbewerber werden anerkannt, 34 % haben sonstige Schutzgründe und 64 % sind zur Ausreise verpflichtet. Auch auf die verstärkte und konsequente Durchsetzung der Ausreisepflichtung müssen wir drängen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie regieren seit neun Jahren im Bund!)

Hinzu kommt die Tatsache, dass über 20 % der Asylbewerber, die heuer bis Ende August zu uns gekommen sind, aus europäischen Ländern einreisten, aus Ländern, die größtenteils Anträge auf Aufnahme in die EU gestellt haben. Das darf nicht sein. Deshalb muss die Drittstaatenregelung schleunigst nachgebessert werden. Das gilt insbesondere für die Länder Albanien, Montenegro, Mazedonien, Serbien und Bosnien-Herzegowina. Für Flüchtlinge aus diesen Ländern ist die Anerkennungsquote gleich null. Wenn wir Flüchtlinge aus diesen Ländern aufnehmen, können wir uns nicht effektiv um die wirklich verfolgten Menschen kümmern.

(Zuruf von der SPD: Das tun Sie doch auch nicht!)

Eines sei hier gesagt: Die Aufnahme scheitert an der Blockade rot-grün- und rot-rot-regierter Länder im Bundesrat. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, reden Sie doch mit Ihren Kollegen im Bund und in den anderen Ländern, damit diese Blockade endlich beendet wird.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Das ist alles längst geregelt, Herr Zellmeier!)

Wir müssen auch dafür sorgen, dass die anderen europäischen Länder der europäischen Asylpolitik folgen und nachkommen. Die Flüchtlinge müssen dort registriert werden, wo sie eintreffen. Sie dürfen ihnen nicht freies Geleit bis zur nächsten Grenze geben, damit sie in einem anderen Land Asyl suchen und nicht dort, wo sie eingetroffen sind.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Kümmern Sie sich doch um die, die hier sind!)

Die Dublin-Regelung muss konsequent angewandt werden. Sie wissen ganz genau, dass wir das nur parteiübergreifend tun können. Ich erinnere daran, dass der letzte große Asylkompromiss nur möglich war, weil die SPD mitgemacht hat, aber nur deshalb, weil sie insbesondere in ihren klassischen Hochburgen unter dem Druck der guten Wahlergebnisse der Republikaner stand. Genau das war die Ursache. Das wissen Sie sehr genau.

Nötigenfalls müssen im Rahmen des EU-Rechts auch befristete Personenkontrollen an den deutschen Grenzen eingeführt werden. Wenn es nicht anders geht, müssen wir auch harte Maßnahmen ergreifen. Wir müssen das Asylverfahren beschleunigen. Dazu brauchen wir mehr Personal beim Bundesamt. Wir fordern ganz gezielt eine Aufstockung des Personals. Wenn für die Kontrolle der Einhaltung des Mindestlohns 1.600 Zollprüfer eingestellt werden, muss das beim Bundesamt in einer vergleichbaren Art und Weise auch möglich sein.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr habt lange genug den Innenminister gestellt!)

Die konsequente Abschiebung derer, die kein Bleiberecht haben, ist ein weiterer zentraler Punkt. Wir müssen außerdem natürlich die Aufnahmekapazitäten erhöhen. Dazu brauchen wir auch die Bundesliegenschaften, vor allem die leerstehenden Kasernen.

Deutschland ist in Europa das Hauptaufnahmeland für Asylbewerber. Wir wollen wirklich Schutzbedürftigen helfen. Deshalb müssen chancenlose Asylanträge möglichst schnell abgewiesen und chancenlose Asylbewerber möglichst schnell abgeschoben werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Armut ist ein schlimmes Schicksal, aber kein Grund für die Gewährung von Asyl.

Vor allem können wir die Armutprobleme in der Welt nicht in unserem Land lösen; das geht nur in den Herkunftsstaaten. Sie wissen auch: Wer Schleusern mehrere tausend Euro für die Schleusung bezahlen kann, gehört in diesen Ländern nicht zu den Ärmsten der Armen. Die Menschen, die zu uns kommen, haben keine Perspektive. Sie tun uns zwar sehr leid, aber ihre Probleme müssen wir vor Ort lösen. Dafür fordern wir von der Bundesregierung einen Sonderfonds Flüchtlings- und Entwicklungspolitik beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Wir müssen gemeinsam vorgehen, damit wir die Akzeptanz in der Bevölkerung erhalten oder wiedererlangen. Sie sind doch auch draußen unterwegs. Wie oft werden wir denn gefragt: Reißt denn der Strom gar nicht ab?

Wir müssen uns auch mit der Bekämpfung der Schleuserkriminalität befassen. Schleuser sind keine Menschenfreunde, sondern Verbrecher und oft organisierte Kriminelle, die mit den Menschen wie mit Vieh umgehen, Leib und Leben der Menschen in Not riskieren und dafür auch noch Geld kassieren. Gegen sie müssen wir mit aller Härte vorgehen. Übrigens bringen die Schleuser auch das Asylrecht in Verruf. Die Menschen in Deutschland bzw. in Bayern sind

nicht dumm. Sie bekommen sehr wohl mit, dass Flüchtlinge in der Lage sind, oft durch Einschaltung der ganzen Familie, auch für Minderjährige mehrere tausend Euro aufzubringen. All das zeichnet kein positives Bild für die Asylbewerber. Deshalb müssen wir diese verbrecherischen Schleuser mit aller Härte bekämpfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, wir gehen die Themen von beiden Seiten an. Wir legen Wert auf den humanitären Aspekt, aber auch auf klare Regelungen, um den Zuzug unberechtigter Asylbewerber zu vermeiden und andere, deren Anträge schon abgelehnt sind, konsequent abzuschieben. Deshalb werden wir Ihre einseitigen Anträge ablehnen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Unseren auch? Lesen Sie ihn einmal genau!)

- Wir werden auch den Antrag der FREIEN WÄHLER ablehnen. Er ist zwar besser als die Anträge von der SPD und den GRÜNEN, aber aus unserer Sicht auch nicht ausreichend. Der CSU-Antrag berücksichtigt alle Aspekte. Er wird der Situation in jeder Hinsicht gerecht. Deshalb bitte ich Sie, ihm zuzustimmen. Das ist die beste Lösung für unser Land und für die Schutzbedürftigen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Weikert das Wort. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Schon Ihr erster Satz, Kollege Zellmeier, war schlicht und einfach falsch: Die Situation sei noch nie da gewesen und nicht gekannt. – Ich darf Sie daran erinnern, dass wir in den 90er-Jahren Zugangszahlen von Flüchtlingen und Asylbewerbern von 400.000 bis 450.000 pro Jahr zu verzeichnen hatten. Inzwischen beträgt die Zahl circa 200.000 pro Jahr. Sie liegt also immer noch erst bei der Hälfte. Das schicke ich an dieser Stelle vorweg.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Kollege Zellmeier, ein bisschen Historie sollte man schon im Kopf haben. – Ansonsten war Ihre Rede ein einziges Verschieben, Verdrängen, Abwälzen auf die Zuständigkeiten anderer und ein Sich-nicht-der-Situation-Stellen.

(Beifall bei der SPD)

Am meisten, Kollege Zellmeier, müsste sich der Innenminister über Ihre Rede aufregen. Man kann dem Innenminister viel vorwerfen; aber dass er in der Abschiebungspolitik nicht konsequent ist, ist ein wirklich unzulässiger Vorwurf.

(Beifall bei der SPD)

Nun komme ich zu meiner eigentlichen Rede. Die SPD-Fraktion hat gemeinsam mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN für den heutigen Tag nicht nur Anträge für die Plenarsitzung gestellt, sondern wir haben auch beantragt, heute Morgen eine Sondersitzung des Sozialausschusses abzuhalten. Die Sitzung hat vor dem Hintergrund der Schlagzeilen und der momentanen realen Situation in Bayern stattgefunden. Markus Rinderspacher hat erwähnt, dass das Rote Kreuz von einer humanitären Katastrophe gesprochen hat. Am meisten hat mich in den letzten Wochen jedoch bewegt, dass nicht nur die Wohlfahrtsverbände und die Opposition, sondern auch redliche Beamte des Freistaats Bayern vor Ort gesagt haben: So geht es nicht mehr, jetzt muss etwas passieren.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Darauf behaupten Sie: Wir kommen unseren humanitären Verpflichtungen nach. – Das finde ich schlicht und einfach bodenlos.

Frau Müller, wir haben heute Morgen in der Ausschusssitzung schon heftig diskutiert. Ich habe Sie mit dem Vorwurf konfrontiert, den ich schlagwortartig jetzt hier wiederholen will. Immer wieder wird behauptet, der Anstieg der Zahlen von Asylbewerbern und Flüchtlingen sei irgendwie durch Einwirkung von außen eingetreten und die Probleme seien durch Fälle von Masern in München oder andere Umstände verursacht. – Nein, die Krisenherde in der Welt haben zu einem Anstieg der Zahlen von Asylbewerbern und Flüchtlingen geführt. Das wird vollkommen klar, wenn man nur die "Tagesschau" sieht. Ich will Sie damit konfrontieren, dass die Zahl der Flüchtlinge nach Bayern von rund 3.400 im Jahr 2008 auf 16.700 im Jahr 2013 gestiegen ist. Im Juni 2011 fand ein Treffen von Innenminister Herrmann mit dem Präsidenten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg statt. Damals wurde eine gemeinsame Presseerklärung herausgegeben. Darin wird der Präsident des Bundesamts mit den Worten zitiert: "Mit der steigenden Zahl von Menschen, die Gewalt oder auch einfach Armut entfliehen, sind wir gemeinsam vor neue Herausforderungen gestellt". Diese Presseerklärung datiert vom Juni 2011.

Die SPD hat 2011 einen Antrag gestellt, der im Sozialausschuss behandelt wurde. Wir haben bereits damals eine dritte zentrale Erstaufnahmeeinrichtung gefordert. Diese Forderung haben wir nicht zum ersten Mal erhoben, aber ich will sie als Erstes zitieren. Das Ministerium antwortete damals: Es besteht Einigkeit der Regierungen und aller beteiligten Ministerien darin, dass es einer dritten Aufnahmeeinrichtung bedarf. Die "Immobilien Freistaat Bayern" wurde beauftragt, nach einem Standort zu suchen. – Dies wurde im Mai 2011 verlautbart.

Im Oktober 2011 wurde die Suche gestoppt: Die Kapazitäten seien ausreichend, wurde behauptet, obwohl die Zahlen angestiegen sind; darauf habe ich vorhin hingewiesen. Die Errichtung einer dritten zentralen Erstaufnahmeeinrichtung sei gegenüber dem Finanzministerium nicht zu rechtfertigen.

Zwei Monate später entstand die erste dramatische Situation in Zirndorf: vollkommene Überlastung. Wiederum reichte die SPD einen Antrag ein. In der Sitzung des Sozialausschusses vom 1. Dezember 2011 meinten die Kollegen der CSU, eine dritte Erstaufnahmeeinrichtung werde nach derzeitigem Stand nicht benötigt. Bei einem Anstieg des Zuzugs bedürfe es jedoch wahrscheinlich einer dritten Erstaufnahmeeinrichtung.

An dieser Stelle möchte ich die Kolleginnen und Kollegen der CSU, der Mehrheitsfraktion, ansprechen. Kollege Seidenath, wir haben viel gestritten. Ich kann wörtliche Zitate von Ihnen anführen. Auch Sie haben Ihre Staatsregierung letztlich nie beauftragt, in dieser Situation aktiv zu werden. Sie haben das Nichthandeln immer unterstützt.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Schon im Dezember 2011 hat der Leiter der zentralen Erstaufnahmeeinrichtung in Zirndorf, ein wirklich sehr besonnener Mann – auch Sie kennen ihn, Frau Müller –, der vor Ort sehr gute Arbeit leistet und in diesen Belangen sehr erfahren ist, eindringlich gefordert, dass in Bayern ein Puffer geschaffen werden muss, um Zirndorf zu entlasten.

Am 1. Februar 2012 gab es einen interfraktionellen Antrag der Oppositionsparteien, die Aufnahmekapazitäten um 50 % zu erhöhen. Auch dieser Antrag wurde von der CSU-Mehrheit abgelehnt, obwohl das zuständige Bundesamt während des Jahres 2012 seine Prognosen permanent nach oben korrigiert hat. Es kam immer wieder zu Überbelegungen in München und Zirndorf. Die Staatsregierung und die CSU-Fraktion haben weiterhin alles verharmlost, verschoben, auf andere abgewälzt und Prognosen ignoriert nach

dem Motto: Es wird schon reichen, wir stellen noch ein paar Container auf und schicken einfach viele wieder nach Hause. Das war letztlich der O-Ton aus der CSU-Fraktion.

Im Oktober 2012 stellte die SPD den nächsten Antrag auf eine dritte zentrale Erstaufnahmeeinrichtung und eine Verbesserung der Lage. Wiederum kam es zur Ablehnung. Ich will es an dieser Stelle mit der chronologischen Aufzählung bewenden lassen.

Ich möchte vielen Vorrednern der CSU sagen: Ich finde es schlicht und einfach bodenlos, Herr Kreuzer, dass Sie heute hier sagen, die Opposition wird ihrer Aufgabe nicht gerecht, obwohl alle Redner der Oppositionsparteien heute mit Fakten, mit Anträgen, mit Schriftlichen Anfragen, mit Antworten und Protokollzitate dargelegt haben, dass wir den Dingen sehr wohl immer nachgegangen sind und Sie aufgefordert haben, in bestimmten Fragen endlich aktiv zu werden. Uns dann so etwas vorzuwerfen, finde ich schlicht und einfach bodenlos.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Die Folgen dieses Nichthandelns sind, dass in einem Vorzeigeland wie Bayern, wie Sie so gerne betonen, unmenschliche, unwürdige und – ich füge hinzu – auch gefährliche Zustände herrschen, die nicht hinzunehmen sind. Menschen mussten sogar auf der Straße übernachten, Familien mit Kleinkindern stundenlang vor der Aufnahmeeinrichtung auf Einlass warten, mehrere Stunden für Essen und Getränke anstehen. Bei der medizinischen Versorgung besteht vollkommene Fehlanzeige. Damit werden Menschenleben gefährdet und wird, wie erst gestern berichtet, die Ausbreitung von Infektionskrankheiten in Kauf genommen. Traumatisierungen der ankommenden Flüchtlinge werden nicht erkannt. Unerkannt sind sie nicht nur für die Betroffenen belastend, sondern – und das bitte ich ernst zu nehmen – bergen auch Gefahren für Helfer und Mitbewohner.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): So ist es!)

Auch zu diesem Punkt wurden viele Anträge der SPD-Fraktion schlicht ignoriert. Diese Situation führt aber auch zu einer dauerhaften Höchstbelastung der Beschäftigten in Zirndorf und in München. Was dort zugemutet und geleistet wurde und wird, ist auch vor dem Hintergrund der Fürsorgepflicht einer Behörde gegenüber den Beschäftigten vollkommen untragbar.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Frau Müller, Sie müssen sich etwas einfallen lassen, um das außergewöhnliche Engagement der Beschäf-

tigten angemessen zu würdigen. Das ist wirklich eines der wenigen Dinge, die wir noch machen können. – Ohne die vielen ehrenamtlichen Helfer in ganz Bayern wäre die Situation noch viel dramatischer. So hat zum Beispiel das Klinikum Nürnberg auf freiwilliger Basis mit unbezahlter Arbeit einen Notdienst in Zirndorf eingerichtet. In sozialen Netzwerken wurden Aufrufe gestartet, in denen um Sachspenden, Schuhe, Kleidung etc. gebeten wird. Der Erfolg ist großartig. Es gibt viele Unterstützer. Ehrenamtliche besuchen vor Ort die Unterkünfte und helfen bei der Suche nach Schulen und Ausbildungsmöglichkeiten. Sie sorgen mit ihrem ehrenamtlichen Engagement für ein Stück Willkommenskultur, eine Aktivität, welche die Staatsregierung vollkommen vermissen lässt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herzlichen Dank an dieser Stelle an alle, die sich im Land Bayern engagieren. Sie alle tragen dazu bei, dass die Ankommenden nach einer traumatisierenden Flucht und nach wirklich schweren Erfahrungen ein Stück Geborgenheit vorfinden und Bayern in nicht ganz so schlechter Erinnerung behalten werden.

Vor dem Hintergrund der aufgezeigten Fakten ist es geradezu fahrlässig, wenn Sie, Frau Müller, die derzeitigen Zustände als nicht vorhersehbar einstufen

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ja!)

und behaupten, dass Ihre Politik eine – ich zitiere – verantwortungsvolle Asylpolitik und keine Abschreckungspolitik ist. Die SPD-Landtagsfraktion lässt Sie hier nicht aus der Verantwortung. Die bayerische Flüchtlingspolitik hat vollkommen versagt. Das so gerne von allen Mitgliedern der Staatsregierung dargestellte Vorzeigeland Bayern ist in der Frage der Flüchtlings- und Asylpolitik ein Entwicklungsland.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Jahrzehntelang hat die CSU verleugnet und nicht zur Kenntnis genommen, dass die Bundesrepublik Deutschland und damit auch Bayern ein Einwanderungsland ist. Inzwischen ist dies eine allgemeine Erkenntnis, die, Gott sei Dank, auch bei der CSU angekommen ist und, vielleicht noch mit Fragezeichen, bundesweit fachlich anerkannt ist. Fast als politische Parallele bezeichne ich, dass Sie seit einigen Jahren die Tatsache nicht zur Kenntnis nehmen, dass Europa und damit Deutschland und Bayern ein Ziel internationaler Fluchtbewegungen ist. Sie brauchen wahrscheinlich wieder Jahrzehnte, um sich der Situation tatsächlich zu stellen.

Sie ignorieren internationale Verpflichtungen. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Genfer Flücht-

lingskonvention unterschrieben. Wir haben ein Grundgesetz, in dem das Recht auf Asyl steht. Sie reagieren mit Abwehr, Hinhalten, Vertrösten und wälzen das Thema auf Städte und Gemeinden ab. Nürnberg, Erlangen, München, Bayreuth, Regensburg, Deggen-dorf, Schweinfurt und jüngst auch Augsburg, aber auch viele Landkreise und kleinere Gemeinden haben sich der Situation gestellt und schnell und unbürokratisch reagiert. Deren Aktivitäten waren wirklich vorbildlich. Ein herzliches Dankeschön an alle, die dort geholfen haben, Schlimmeres zu verhindern.

(Beifall bei der SPD – Unruhe)

- Ich finde es sehr interessant, dass Sie hier eine Unterhaltung führen. Unterhalten Sie sich ruhig weiter. Das zeigt nur Ihre Ignoranz gegenüber dem Thema.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Verantwortung liegt, um das noch einmal deutlich zu sagen, ausschließlich bei der Staatsregierung und der Mehrheitsfraktion hier im Haus. Innenminister Herrmann ist gerne dabei, wenn es darum geht, das Thema zu verschieben.

Der deutlich kleinere Teil der Flüchtlinge, die aus den westlichen Balkanstaaten zu uns kommen, wird oft als Kern des Problems bezeichnet. Dies ist schlicht falsch. Die SPD hat sich auf Bundesebene nicht verweigert. Sie kennen den Gesetzentwurf; er liegt im Moment im Bundesrat.

Ich sage Ihnen aber gleich, und das sagen alle Experten, die sich damit dauerhaft beschäftigen: Es wird keine Entschärfung des Problems bringen, wenn die westlichen Balkanstaaten zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. Im Grunde bedienen Sie mit solchen Argumenten nur die Stammtische. Ich denke, gerade bei diesem Thema sollten wir sehr aufpassen, welche Worte wir wählen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Neuerdings – das will ich noch kurz sagen – hat der Ministerpräsident entdeckt, dass wir die Grenzen dicht machen könnten. Er möchte gerne Großmacht spielen. Aber da hat er gar nichts zu melden. Das wird nämlich letztlich in Europa entschieden. Ich verweise nur auf den Satz von Bundesinnenminister de Maiziè-re: Dieser Vorschlag aus Bayern ist vollkommen unrealistisch. – Er sagt alles.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, letztlich sollten Sie sich mit der Europaministerin für eine gemeinsame und nachhaltige Flüchtlingspolitik in Europa einsetzen. Das wäre

Ihre Aufgabe. Diese Politik des Ignorierens, der Abwehrhaltung, des Hinhaltens, des Vertröstens und der Ablenkung hat dazu geführt, dass Bayern jetzt Krisenmanagement betreiben muss. Die Leidtragenden sind nicht nur die Flüchtlinge, sondern auch all diejenigen, die täglich mit der Situation konfrontiert sind. Krisenmanagement verursacht aber – ich sage das als Botschaft an den Finanzminister – auch höhere Kosten. Sie müssen jede Immobilie anmieten. Eine Anmietung von Immobilien unter Zeitdruck ist teurer als eine vorausschauende Politik.

Fazit: Menschen verlassen nicht ohne Grund ihre Heimat. Wir sehen jeden Tag Gründe, die Heimat zu verlassen. Für eine Darstellung habe ich jetzt leider nicht die Zeit. Am meisten sind die Nachbarstaaten der Krisenregionen betroffen. Wir brauchen hier in Bayern, in Deutschland, in Europa eine breite Diskussion darüber, wie wir nachhaltig mit dem Thema Flucht und Vertreibung umgehen. Dabei muss klar sein: Europa ist ein Fluchtziel und wird es für lange Zeit bleiben.

Bei dieser Diskussion fordern wir Grundsätze ein: Probleme werden in Bayern nicht gegeneinander, sondern miteinander gelöst. Bayern ist ein weltoffenes Land. Wir stellen uns unserer humanitären Verantwortung vor Ort in den Krisenregionen, aber auch hier in Bayern. Wir führen die Diskussion sachlich und fachlich und vor allem mit Respekt vor den Menschen, die unter Einsatz ihres Lebens ihr Heimatland verlassen. Wir wählen Worte, liebe Kolleginnen und Kollegen – ich richte das auch an die Staatsregierung –, die Ängste abbauen und nicht schüren. Bei einer solchen Asylpolitik wären wir gerne dabei.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, Sie sind schon für die Zwischenbemerkung bereit. – Kollege Zellmeier.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Kollegin Weikert, ich gebe nur einen Hinweis: Sie haben meine Eingangsaussage falsch verstanden. Ich habe von den weltweit größten Flüchtlingsbewegungen gesprochen, die sich bei uns momentan in höheren Zahlen niederschlagen. Die Größenordnung von damals, knapp eine halbe Million, haben wir, Gott sei Dank, noch nicht erreicht. Aber in diese Richtung geht es natürlich, wenn die Flüchtlingsbewegungen weltweit so groß sind. – Das wollte ich nur noch klarstellen. Ich kann mich noch sehr gut an die Zeit erinnern, als der Asylkompromiss geschlossen wurde.

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert): Ich sage darauf nur: Die UNO-Berichte sagen – ich würde einmal harmlos sagen – seit mindestens zehn Jahren, dass die weltweiten Fluchtbe-

wegungen zunehmen, Krisenherde Gott sei Dank zwar weniger werden, aber viele andere dazukommen. Das lasse ich schlicht und einfach nicht gelten.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich für die FREIEN WÄHLER Herrn Kollegen Dr. Fahn das Wort erteilen. – Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im letzten Jahr lautete ein Antrag der CSU, der sogar noch eine Mehrheit bekam: Asylpolitik menschlich und modern. Unglaublich, wenn man sich die heutigen Zustände in Bayern anschaut!

(Thomas Kreuzer (CSU): Das gilt heute noch!)

- Verehrter Herr Kreuzer, alle Experten sind sich darin einig – ich habe alle Zeitungsartikel dazu gesammelt –, ob es kirchliche Vertreter sind, ob das der Flüchtlingsrat ist, die Münchner Diakonie, die kommunalen Spitzenverbände oder das Rote Kreuz: Was sich derzeit in Bayern abspielt, ist eine humanitäre Katastrophe und eines reichen Landes wie Bayern unwürdig. Das ist menschenverachtend. Fundamentale Versäumnisse zeigen sich jetzt. Um es klar und deutlich zu sagen – ich werde es nachher noch etwas erläutern –: Nicht die Masern in der Bayernkaserne sind schuld, nicht die bösen Italiener, sehr geehrter Herr Innenminister, sondern die Bayerische Staatsregierung hat die Zeichen der Zeit sehr lange nicht erkannt und merkt jetzt, wie groß die Probleme sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Immerhin gibt es jetzt auch schon einige in der Bayerischen Staatsregierung, die das gemerkt haben, zum Beispiel die Frau Wirtschaftsministerin, die mehr Mut fordert und sagte: 1946 hatten wir 1,7 Millionen Flüchtlinge, das waren 20 % der Bevölkerung. Da müssen wir jetzt auch mehr tun. Der BRK-Chef Leonhard Stärk drückt es so aus: Wir haben Zustände wie nach dem Mauerfall, nur schlimmer, weil konzeptionsloser.

Die Bayerische Staatsregierung hat in der letzten Woche zwar reagiert und ein Maßnahmenbündel beschlossen. Ein eintägiger oder wenige Stunden dauernder Asylgipfel kann aber nicht das aufholen, was in den letzten Jahren versäumt wurde. Wir haben gemerkt – und unser Vorsitzender Herr Aiwanger hat es vorhin auch schon gesagt –: Man hat das Gefühl – oder es war tatsächlich so –, dass die Staatsregierung in den letzten Wochen und Monaten mit Modellautos oder mit der Maut beschäftigt war. Deswegen blieben

keine Zeit und Kapazitäten, um sich mit dem sehr wichtigen Thema der Asylbewerber zu beschäftigen.

Der Ministerpräsident sagte am Dienstag noch: Es ist schön, in Bayern zu leben. Ich glaube, es wurde schon ein paarmal gesagt und auch zitiert. Ich habe mich dabei immer gefragt: Was mögen da die Asylbewerber gedacht haben, die unverschuldet hier bei uns in Bayern gelandet sind? – Die Frau Sozialministerin versucht im Moment, die Lage in den Griff zu bekommen. Wir wünschen Ihnen, Frau Müller, bei dieser Aufgabe viel Glück und Durchhaltevermögen.

Wie ist es zu dieser Situation gekommen? – Ich möchte gleich zum Antrag der CSU kommen. Herr Zellmeier hat gesagt, das sei der beste Antrag. Wir haben ihn ein paarmal durchgelesen, Herr Zellmeier. Darin steht praktisch nichts, was man in Bayern tun soll. Darum geht es aber eigentlich. Sie verweisen immer auf den Bund, Sie verweisen auf Europa. Aber dazu, was man in Bayern tun soll, finden wir in dem Antrag nichts. Dem können wir nicht zustimmen. Das können Sie sicherlich nachvollziehen. Am Schluss steht in drei Zeilen: "Die Asylsozialarbeit, Beratung und ehrenamtliches Engagement ... sind weiterhin zu unterstützen." Herr Zellmeier, das hätten Sie größer herausstellen müssen. Die Asylsozialarbeit muss ausgeweitet werden. Heute Morgen hat Ihre Sozialministerin zumindest schon ein paar Ansätze aufgezeigt. Dazu komme ich noch, weil das in unserem Antrag steht. Frau Weikert hat richtig gesagt: Wenn es nicht die vielen ehrenamtlichen Helfer in Bayern gäbe, die sich unermüdlich engagieren – das sind einige Tausend –, dann würde es in diesem Rahmen ganz schwarz aussehen. Sie können vieles auffangen, was von der Staatsregierung leider versäumt wurde.

Welche Versäumnisse sind das? – Versäumnis Nummer eins ist das Fehlen weiterer Erstaufnahmeeinrichtungen. Das wurde schon gesagt. Meine Kollegin Gabi Schmidt wird das noch näher erläutern. Wir fordern schon seit einigen Jahren die Schaffung weiterer Erstaufnahmeeinrichtungen. Es wurde immer wieder abgelehnt. Die Vergangenheit hat Sie jetzt eingeholt. Das müssen Sie so akzeptieren.

Versäumnis Nummer zwei ist ein starres Festhalten an der Ideologie der Gemeinschaftsunterkünfte, obwohl jeder weiß – wir haben das auch öfter gesagt –, dass Gemeinschaftsunterkünfte oft Ursache für soziale Spannungen sind. Deshalb sollten Asylbewerber die Möglichkeit haben, GUs früher zu verlassen. Wir haben zum Beispiel schon im Jahr 2009 einen Dringlichkeitsantrag gestellt und einen Gesetzentwurf vorgelegt, dass die Leute Gemeinschaftsunterkünfte nach einem Jahr verlassen können. Ich muss hier Alexander Thal vom Bayerischen Flüchtlingsrat zitieren.

ren. Er spricht von der Spätfolge der völlig verfehlten Lagerpolitik in Bayern.

Versäumnis Nummer drei ist die Blindheit vor der Realität, obwohl die Situation absehbar war. Schwankungen bei den Asylbewerberzahlen gibt es natürlich immer wieder, das ist normal. Aber die Spannungen in Syrien, im Irak, in Afghanistan und die Lage in der Ukraine – das sagen viele – waren im Prinzip absehbar. Das sagt sogar der Präsident des Bayerischen Landkreistages Christian Bernreiter, der noch dazu von der CSU kommt. Er sagte am 02.07. im "Münchener Merkur": Diese Situation hat sich bereits seit Jahren abgezeichnet. – Am 10.04. fand hier im Bayerischen Landtag eine Anhörung auf Antrag der FREIEN WÄHLER zum Thema Asylpolitik statt. Daran haben Leute vom Ministerium teilgenommen. Sie haben das alles gehört. Schon damals wurde gesagt, dass die Lage sehr drastisch ist und man konkret etwas unternehmen muss. Frau Ministerin Müller, was haben Sie nach dem April 2014 gemacht? – Wir haben erst in den letzten Wochen gemerkt, dass Sie etwas tätig geworden sind.

Versäumnis Nummer vier ist eine jahrzehntelange Abschottungspolitik anstelle einer Willkommenskultur. Die derzeit prekäre Situation ist auch eine Spätfolge der falschen Asylpolitik der Bayerischen Staatsregierung. Jahrzehntlang wurde gesagt: Wir wollen eine Förderung der Ausreisebereitschaft. Wir haben das, Gott sei Dank, letztes Jahr gemeinsam aus der Asyl-durchführungsverordnung gestrichen. Es gab aber Probleme, weil die Investitionen in Erstaufnahmeeinrichtungen in den vergangenen Jahren sehr gering waren. Man hat gesagt: Die sind nicht erwünscht, die sollen schnell wieder hinaus, wir brauchen keine besonderen Vorkehrungen zu treffen.

Versäumnis Nummer fünf ist das Fehlen vorbereiteter Listen oder eine ungenaue Kenntnis möglicher Unterkünfte, zum Beispiel Kasernen usw. Ich habe vor einigen Wochen eine Schriftliche Anfrage gestellt und gebeten, einmal alle staatlichen Unterkünfte zu nennen. Die Staatsregierung hat zweimal Fristverlängerung beantragt, weil diese Liste anscheinend nicht vorlag. Vor zehn Tagen kam sie endlich. Auch das führte zu Problemen.

Versäumnis Nummer sechs ist eine zu späte oder unzureichende Einbindung der Kommunen. Soziale Spannungen entstehen immer dann, wenn Kommunen, wenn Landratsämter zu spät informiert werden. Oft geht es einem Landrat so, dass er freitags erfährt, dass montags hundert Leute in den Landkreis kommen, oder die Bürgermeister erfahren es hinterher. So geht es auch nicht. – Ich darf Ihnen einmal eine E-Mail vorlesen, die das Landratsamt Miltenberg von

der Bezirksregierung Unterfranken am 06.08. bekam: Anbei die aktuelle Liste mit am besten morgen unterzubringenden Personen, in Zirndorf gibt es nur Matratzen, wir benötigen jedes Bett, ob sich die Nachbarschaft freut oder nicht. Darunter: Regierung von Unterfranken. Sie können verstehen, dass ein Landratsamt sagt: Das ist kein Umgang unter Partnern; vielmehr wird der Druck von oben nach unten einfach weitergegeben, ohne Rücksicht auf Verluste. Das Problem hat sich in den letzten Wochen und Monaten aufgestaut.

Versäumnis Nummer sieben: Es gibt zu wenige Stellen in der Asylsozialberatung. Darüber haben wir schon öfter gesprochen. In einigen Fällen war das Verhältnis 1 : 300; Herr Zellmeier hat gesagt, dazu gebe es jetzt einen Zusatzantrag. Es ist so: Noch im Juli – daran kann ich mich erinnern – haben die GRÜNEN im Sozialausschuss in einem Antrag einen Betreuungsschlüssel von 1 : 150 gefordert. Herr Neumeyer hat aber gesagt, das machen wir nicht, das lehnen wir ab. Dann haben wir im Sozialausschuss beschlossen, dass ein Verhältnis 1 : 150 angestrebt wird. Man war ja noch froh, dass die CSU zumindest da mitgestimmt hat. Heute Morgen hat die Ministerin plötzlich gesagt, sie werde den Betreuungsschlüssel auf 1 : 100 ändern.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist das schlechte Gewissen!)

Da sagen wir: Super, dass sie das gesagt hat. Jetzt kann es sein, dass sie dann sagt: Das gilt nur für Erstaufnahmeeinrichtungen; ich habe das nicht gehört. Ich habe dazu auch noch andere gefragt.

Wir werden unseren Dringlichkeitsantrag deshalb abändern und sagen: 1 : 100 soll der Betreuungsschlüssel sein. Das hat die Ministerin heute Morgen gesagt, und das habe ich mir auch so mitgeschrieben. Dann müssen wir es hier auch so umsetzen. Aber, Herr Zellmeier, warum haben Sie das, was Ihre Ministerin heute Morgen gesagt hat – das waren ja zum Teil positive Ansätze für Bayern, dass zum Beispiel Jugendliche, die in der Ausbildung sind, nicht abgeschoben werden können –, nicht in Ihrem Antrag? – Dann hätten wir nämlich bayerische Aspekte drin und dann wären wir auch geneigt gewesen, dem Antrag der CSU vielleicht sogar zuzustimmen. Das verblüfft uns.

Sie bringen nur Europa-Sachen. Ihre Ministerin versucht, etwas Bayerisches zu bringen, aber wir finden es nicht im Antrag. – Wir fordern auch schon seit Monaten die Aufstockung des Personals, um die Asylanträge schneller und zeitnäher zu machen. Warum geschieht das nicht?

Ein weiteres Versäumnis: Die Asylbewerber müssen möglichst schnell arbeiten können. Das mit diesen drei Monaten wird immer wieder gesagt, aber es ist immer noch nicht konkret umgesetzt. Das geht einfach viel zu langsam.

Das zehnte Versäumnis ist das Fehlen einer europäischen Flüchtlingspolitik, die eine gerechte Verteilung mit sich bringt. Da muss ich zunächst einmal CSU und SPD gleichzeitig ansprechen; wir haben nämlich den Koalitionsvertrag genau angeschaut. Darin steht nichts von einer europäischen Flüchtlingspolitik. Das ist genau der Punkt, der noch geändert werden muss. Ich glaube, das hat auch die CSU inzwischen gemerkt. 90 % der Asylsuchenden werden nämlich von zehn EU-Ländern aufgenommen. Man müsste neue Kriterien festlegen, zum Beispiel eine Verteilung nach der Wirtschaftskraft und der Einwohnerzahl. Deutschland liegt nach absoluten Zahlen relativ gut, aber auf der anderen Seite gibt es nach wie vor viele Länder, die sich da völlig raushalten, meine Damen und Herren. Das muss sich eben auch konkret ändern, und das hat auch Italien gesagt: Wir brauchen einen anderen Schlüssel, damit alle Länder in Europa gleichermaßen berücksichtigt werden.

(Josef Zellmeier (CSU): Einwohnerzahl, nicht Wirtschaftskraft!)

Versäumnis Nummer elf – das ist dann das letzte – ist das Fehlen von Konzepten, um die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern zu verbessern und damit die Fluchtursachen zu bekämpfen. Dieser Aspekt liegt uns natürlich am Herzen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir wollen, dass Sie hier konkret was machen. In Ihrem Antrag steht was drin; wir werden dazu auch Anträge bringen. Es gibt nicht nur eine deutsche Entwicklungspolitik, es gibt auch eine bayerische Entwicklungspolitik, für die vier Millionen Euro zur Verfügung stehen. Deswegen wäre es ganz wichtig, hier auch Konzepte zu finden.

Im Ergebnis haben wir nach wie vor ein einsturzgefährdetes Haus; das rettet man nicht durch neue Tapeten, sondern nur durch eine Generalsanierung. Dem Antrag der SPD werden wir zustimmen, obwohl der erste Punkt ein bisschen ambitioniert ist: Bis Ende September sollen die Zelte verschwinden; das ist ein bisschen schwierig. Aber gut, es ist ein Auftrag. Beim Antrag der GRÜNEN werden wir uns enthalten, weil verschiedene andere Punkte drin sind. Dem Punkt, der in der Koalition besprochen wurde, dem Vorschlag des Bundesinnenministers, andere Länder wie Mazedonien oder Serbien als sichere Herkunftsländer zu bezeichnen, können wir insgesamt zustimmen.

Den letzten Spiegelstrich der Nummer 5 unseres Antrags wollen wir folgendermaßen ändern:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Asylsozialberatung bedarfsgerecht auszubauen. Dabei ist ein Betreuungsschlüssel von 1 : 100 sicherzustellen.

Über diesen Satz beantragen wir eine Einzelabstimmung. – Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Kolleginnen und Kollegen, bevor ich mit den Wortmeldungen weiterfahre, darf ich bekanntgeben, dass die CSU-Fraktion für ihren Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Jetzt darf ich Frau Kollegin Kamm das Wort erteilen. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen heute, ein Jahr nach dem Ende des Wirkens von Frau Haderthauer als Sozialministerin, immer noch vor dem Scherbenhaufen ihrer Flüchtlingspolitik. Aber es ist natürlich nicht nur die Flüchtlingspolitik der Kollegin Haderthauer gewesen, sondern es war Ihre Flüchtlingspolitik, meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Sie war von Anfang bis Ende geprägt von dem Gedanken, den Flüchtlingen den Aufenthalt hier so unangenehm wie möglich zu machen und es ihnen schmackhaft zu machen, Deutschland und auch Bayern möglichst schnell freiwillig zu verlassen. In den letzten Sitzungen der letzten Legislaturperiode haben wir es geschafft, diesen unwürdigen Satz aus unserem Aufenthaltsgesetz zu streichen. Aber er wirkt natürlich noch nach, und es wird noch einiger Anstrengungen bedürfen, dieses Gedankengut aus unserem Asylsystem herauszubringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe jetzt einiges zum Thema Förderung der Akzeptanz von Flüchtlingen von Ihnen gehört, Herr Kollege Zellmeier. Ich fand Ihre Ausführungen gespalten; denn Akzeptanz für Flüchtlinge erhöht man nicht, wenn man Grenzkontrollen fördert, wenn wir sagen, es sollen nicht mehr werden, es sind zu viele, wir haben eine Flut, und wir können diese Aufgabe nicht stemmen, wie es manchmal auch in den Presseerklärungen des Sozialministeriums der Fall war. Ich sage: Die 30.000 bis 35.000 Flüchtlinge, die in diesem Jahr hier Schutz suchen, muss ein Land wie Bayern mit seinen zwölf Millionen Einwohnern gut bewältigen können. Wenn wir wollen, schaffen wir das auch gemeinsam. Man muss nur wollen;

(Beifall bei den GRÜNEN)

man sollte sich hier nicht selber bedauern, weil eine Aufgabe auf einen zukommt. Ich denke, wir müssen aufhören mit diesem unwürdigen Spagat zwischen der Erklärung zur Bereitschaft zu humanitärer Hilfe und der Forderung nach einem größeren Recht, Flüchtlinge an den Grenzen abzuwehren.

An dieser Stelle möchte ich noch ein Wort zu den Staaten sagen, die Sie als sichere Drittstaaten bezeichnen. Ein Staat wird nicht dadurch sicher, indem er von Ihnen dazu ernannt wird, sondern ich denke, wir müssen die Berichte des Menschenrechtskommissars nachlesen und prüfen, wie die Situation dort wirklich ist. Man muss nur jüngste Pressemitteilungen ansehen: Im April wurden beispielsweise in Belgrad mehr als 1.000 Roma Opfer rechtswidriger Zwangsräumungen; im Kosovo herrscht weiterhin Straffreiheit für Kriegsverbrechen, die gegen Sinti und Roma verübt worden sind. Nach wie vor kommt es im Norden des Kosovo zu gewaltsamen Zusammenstößen und so weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich denke, Europa muss endlich wesentlich mehr tun, um Europas größter Minderheit gerecht zu werden und deren Situation zu verbessern. Hier sind unsere Anstrengungen gefordert; hier haben wir erheblichen Handlungsbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt komme ich zu Ihren Ausführungen zur angeblich besseren Verteilung der Flüchtlinge in Europa. Da hat man von Ihnen in den letzten Wochen doch sehr Unterschiedliches gehört. Man hat beispielsweise von Ihnen gehört, dass man eine Quotenlösung braucht, und man hat gehört, dass Italien mehr tun müsse und so weiter. Als ich das gelesen habe, habe ich mich immer gefragt: Warum kümmern Sie sich um die Flüchtlinge an der Grenze von Österreich nach Deutschland? Warum machen Sie sich nicht ab und zu Gedanken über Flüchtlinge im Mittelmeer, die Italien derzeit noch über die Operation Mare Nostrum zu retten versucht, was häufig genug nicht funktioniert, obwohl der italienische Staat erhebliche Mittel dafür einsetzt? Seit Juni sind im Mittelmeer insgesamt wieder über 2.000 Menschen ertrunken. Ich denke, wir müssen uns mehr Gedanken darüber machen, Menschen zu retten, als darüber nachzudenken, wie man Menschen an den unterschiedlichen Grenzen in Europa am besten kontrolliert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was müssen wir in Bayern tun? – Wir haben jetzt einiges zur Erstaufnahme und zu der Frage gehört, wie man die Kapazitäten angemessen zu erhöhen ge-

denkt. Aber das war für mich nicht nachvollziehbar, und ich hätte gerne eine detaillierte Aufstellung, wie die Plätze an den verschiedenen Stellen aufgestockt werden und wie in Zukunft vermieden wird, dass weiterhin Tag für Tag neue Ad-hoc-Lösungen in Angriff genommen werden, wie sie den ganzen Sommer über in der Bayernkaserne und in Zirndorf praktiziert worden sind. Diese Verhältnisse müssen endlich, und zwar so schnell wie möglich, ein Ende haben. Aber wie das geschehen soll, ist noch nicht erklärt worden. Bisher wurden nur die Absicht und die Bereitschaft erklärt, dass die Verhältnisse beendet werden. Aber ein Konzept ist nicht in Sicht, allenfalls für Mitte des Jahres 2015, wenn die verschiedenen Einrichtungen, die auch auf eine starke Initiative der Kommunen auf den Weg gebracht werden, verfügbar sind.

Wir müssen uns auch so bald wie möglich nicht nur über die Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen, sondern auch über die Flüchtlinge in den Gemeinschaftsunterkünften und in den dezentralen Unterkünften unterhalten. Hier gilt es, zunächst einmal einen Paradigmenwechsel vorzunehmen. Viele Menschen müssen in Bayern viel zu lange in Gemeinschaftsunterkünften leben, die diese Bezeichnung nicht verdienen. Flüchtlinge wohnen oft vier, fünf oder sechs Jahre in einer Gemeinschaftsunterkunft. Gestern traf ich jemanden, bei dem das 14 Jahre der Fall ist. Da leben vier, fünf oder sechs Personen in einem Raum, mit einer Küche und mit sanitären Einrichtungen, die mit 60 anderen Personen geteilt werden müssen. In diesen Unterkünften gibt es keine Privatsphäre und keinen Schutz, und in diesen Unterkünften ist es besonders schwer für Menschen, die ein Trauma haben und die schlimme Erlebnisse in ihrem Heimatland und bei ihrer Flucht zu verarbeiten haben.

Ich denke, wir müssen dafür sorgen, dass demnächst so viele angemessene Unterkünfte wie möglich nicht nur angemietet, sondern auch errichtet werden und dass Menschen schneller aus den Unterkünften ausziehen dürfen. Die unsinnige Verpflichtung, jahrelang in den teilweise unwürdigen Unterkünften zu wohnen, muss so schnell wie möglich abgeschafft werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch etwas zur gesundheitlichen Versorgung sagen. Es ist außerordentlich bedauerlich, dass in einem Land wie Bayern Flüchtlinge in einer Erstaufnahmeeinrichtung oft acht oder neun Tage lang medizinisch nicht untersucht und, egal, welche Krankheit sie haben – vielleicht haben sie offene Tbc, was nach einer Flucht ja durchaus vorkommen kann –, in 100-Betten-Sälen einquartiert werden. Das kann nicht sein, und ich hoffe, dass auch das so schnell wie möglich ein Ende findet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich hoffe auch, dass wir es bald schaffen, die gesundheitliche Versorgung endlich deutlich zu verbessern. Viele Flüchtlinge bekommen keine psychologische Hilfe, obwohl sie traumatisiert sind, und auch nur eine reduzierte sonstige medizinische Hilfe.

Wir wollen außerdem, dass der Betreuungsschlüssel deutlich verbessert wird. Darüber haben wir im Sozialausschuss schon viel gestritten. Aufgrund unseres Antrags beschlossen wir nun, dass ein Betreuungsschlüssel von 1 : 150 angestrebt werden soll. Aber davon sind wir weit entfernt. Wenn man in die Landkreise geht, findet man reale Verhältnisse mit einem Betreuungsschlüssel von 1 : 250. In den Unterkünten gibt es viele Asylbewerber, die entweder überhaupt nicht wissen, dass es eine Sozialberatung gibt, oder die gar nicht die Chance haben, eine solche in Anspruch zu nehmen, obwohl sie für sie oft sehr notwendig wäre. Asylsozialberatung ist für ein vernünftiges Asylverfahren in Bayern sehr wichtig. Wenn Sie einmal die Bescheide ansehen, die ein Flüchtling vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bekommt, erkennen Sie, dass sie jemanden zum Dolmetschen brauchen, selbst wenn sie vorher fleißig Deutsch gelernt haben.

Es ist auch wichtig, dass Perspektiven aufgezeigt werden. Die Asylsozialberatung ist, auch weil es zu wenig Betreuung für Ehrenamtliche gibt, der letzte Anknüpfungspunkt für Ehrenamtliche, die mit ihrem Latein an die Grenzen geraten. In der jetzigen Situation mit sehr vielen neuen dezentralen Unterkünten gibt es in den Gemeinden sehr viele Ehrenamtliche, die sich neu in diese Aufgabe begeben, natürlich Informations- und Beratungsbedarf haben und die vielleicht auch einmal eine Supervision brauchen. Um die Akzeptanz zu erhalten, ist es wichtig, dass wir die Ehrenamtlichen, die sich um diese Aufgabe kümmern, besser unterstützen. Das wäre wesentlich wichtiger als die Schritte, die Sie skizziert haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wichtig ist auch, dass wir die Kommunen nicht mehr wie bisher im Stich lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben sich zudem der Aufgabe des Auffindens geeigneter Unterkünte entledigt. Sie haben diese Aufgabe auf die Landkreise und die kreisfreien Städte übertragen und sich ihrer entledigt. Wir haben zwar beschlossen, dass in Zukunft die Jugendhilfe für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zuständig sein soll, und das ist auch gut so; die Landkreise, in denen besonders viele Jugendliche ankommen, zum

Beispiel in Rosenheim, Passau, Kempten, Füssen usw., werden aber bei der Einstellung von zusätzlichem Fachpersonal nicht unterstützt. Man kann sich vorstellen, dass zum Beispiel das Jugendamt in Rosenheim, das allein in diesem Jahr 250 neu ankommende unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu versorgen hat, das nicht mit dem bisherigen Personal nebenbei machen kann. Auch hier möchten wir nicht erst für das Jahr 2015 oder 2016, sondern ab sofort eine bessere Unterstützung der Kommunen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben viele jugendliche Flüchtlinge kennengelernt, die Berufsschulklassen besuchen, und mehrere Klassen haben auch schon hier im Landtag über die bayerische Flüchtlingspolitik diskutiert. Ein gewisser Teil der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Bayern hat die Chance, in Integrationsklassen von Berufsschulen aufgenommen zu werden und anschließend eine Ausbildung zu beginnen. Wir wünschen uns, dass alle Jugendlichen in Bayern diese Chance bekommen. Wir wünschen uns aber auch, dass alle Jugendlichen anschließend an die Integrationsklassen die Möglichkeit erhalten, mit einer Ausbildung zu beginnen und ihnen dies nicht von der Ausländerbehörde vor Ort untersagt wird. Wir haben derzeit eine ganze Reihe von Jugendlichen, die eine Ausbildung hier in unserem schönen Bayern beginnen durften und von denen Handwerksmeister sagen: Mit dem mache ich eine Elektrikerausbildung; oder: Der kann bei mir als Sportartikelverkäufer anfangen. Aber leider gibt es oft ein Nein, ein Veto des Ausländeramts. Es ist für die jungen Leute natürlich außerordentlich frustrierend, dass sie bloß deswegen, weil sie im Asylverfahren lediglich einen Duldungsstatus bekommen haben, hier praktisch zum Nichtstun bestimmt werden. Eigentlich ist nichts schlimmer für einen jungen Menschen, als wenn er nichts tun, nichts anpacken darf, obwohl er anpacken will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte, weil der Herr Innenminister so schön in der letzten Reihe sitzt und ihm natürlich auch die Bekämpfung der Schleuserkriminalität ein großes Anliegen ist, auch sagen, was die wesentlichen Schritte für die Bekämpfung der Schleuserkriminalität wären. Das sind legale Fluchtmöglichkeiten für die Menschen, die letztendlich ihre ganze bisherige Existenz aufgeben müssen und die nun um ihr Leben fürchten. Wir haben in Syrien die Situation, dass mittlerweile die Hälfte der Bevölkerung vertrieben worden ist. Die Hälfte der Bevölkerung hat ihren Beruf, ihre Nachbarschaft, ihr Haus, ihren bisherigen Besitz, sie hat alles verloren und nur ihr Leben retten können. Diese Hälfte der Bevölkerung ist perspektivlos und sucht nach ir-

gendeinem neuen Weg, nach irgendeiner neuen Existenz. Ich meine, dass es Bayern gut anstünde, ein Landesaufnahmeprogramm für syrische und irakische Flüchtlinge auf den Weg zu bringen, um Menschen in Not wenigstens für die nächsten drei Jahre eine sichere Bleibe zu verschaffen. Das wäre ein wichtiger Schritt, um den Menschen zu helfen, die in Not sind und denen geholfen werden muss.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Da hilft es auch gar nichts, wenn man bloß immer darüber redet, dass man die Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpfen muss. Wenn man nichts dafür tut, hilft das gar nichts. Man muss endlich anpacken und etwas tun.

In diesem Sinne würde ich mich freuen, wenn Sie möglichst vielen Anregungen unseres Dringlichkeitsantrags zustimmen würden. Ich denke, das sind richtige Schritte, um tatsächlich Wege zu finden, der größten humanitären Katastrophe, die wir seit dem Zweiten Weltkrieg derzeit haben – so hat es der Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen formuliert –, gerecht zu werden. Bayern kann das, und Bayern kann mehr, als Sie derzeit tun.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die CSU-Fraktion darf ich jetzt Herrn Kollegen Neumeyer das Wort erteilen. – Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Neumeyer (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Schlaumeier, die unser Vorgehen als menschenunwürdig bezeichnen, verhindern im Bundesrat, dass Kommunen entlastet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das ist kein Zitat von der CSU, das ist ein Zitat von Herrn Reinhold Spaniel, SPD-Politiker in Duisburg. Das heißt, dass das Thema alle berührt. Er schreibt in seinem Bericht in der "taz": Alle sollen einmal auf Bürgerversammlungen gehen, wenn wir um Gemeinschaftseinrichtungen kämpfen. Die sind nicht vergnügungssteuerpflichtig.

Ich hatte gestern ein Telefongespräch, wie wahrscheinlich viele von Ihnen, wenn es um dieses Thema geht. Die Dame hat gesagt: Wir sind einverstanden, dass wir Flüchtlingspolitik in Bayern machen, aber irgendwann kommen wir an eine Grenze. Sie erhalten mit Sicherheit ebenso wie ich anonyme Schreiben, in denen nicht immer nur gejubelt wird, sondern die eher

beleidigen und teilweise auch über das Maß des Zulässigen hinausgehen.

Das Thema, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist also, wenn ich den Duisburger Politiker zitiere, kein bayerisches Thema, sondern ein Thema für alle Bundesländer. Wir stoßen an unsere Grenzen, sagt zum Beispiel der Innenminister von NRW, Herr Jäger von der SPD. Seit circa zwei Jahren ist die Situation in der Landesaufnahmestelle in Karlsruhe sehr angespannt. Baden-Württemberg ist ein grün-regiertes Land. Die Kapazitäten sind überlastet im grün-regierten Land. Das heißt also, dass das Thema in allen Bundesländern von großer Bedeutung ist. Ähnlich wie in Bayern gab es in Karlsruhe im August eine Maserkrankung. Wenn man den Blick immer nur auf Bayern richtet, dann liegt man einfach falsch, weil es in allen Bundesländern große Probleme gibt. Wie mir der Blick in alle Zeitungen zeigt, gibt es keine Hellseher. Es gibt in anderen Bundesländern keine Wunder. Es gibt nur Realpolitik, und diese ist nicht ganz einfach. Im Nachhinein wissen wir alles, vorher wissen wir relativ wenig.

Es gibt eine Aussage des UN-Flüchtlingskommissars António Guterres. Er lobt den deutschen Einsatz für die Flüchtlinge. Er sagt, in Europa hat Deutschland den höchsten Anteil an Flüchtlingen. Ich weiß natürlich auch, dass der Anteil pro tausend Einwohner in Schweden, in Luxemburg, in Malta höher ist. Aber insgesamt liegt Deutschland zahlenmäßig nicht schlecht.

Es gibt die Aussage aus Niedersachsen von Herrn Boris Pistorius: Ich übe Kritik an dem Umgang der restlichen EU-Staaten, die sich bei dieser Thematik sehr zurückhaltend zeigen. Es ist nämlich keine Lösung, die leidenden Menschen nur nach Deutschland zu schicken. Die EU kann doch nicht nur eine gefragte Institution sein, wenn es um Subventionen geht. Solidarität ist gefordert, wenn es um diese menschlichen Dramen geht. Da fehlt mir wirklich der europäische Gedanke.

Deshalb, denke ich, ist eine Art Königsteiner Schlüssel für Europa eine Chance. Er brächte vielleicht mehr Gerechtigkeit und mehr Verpflichtung für alle Länder, mehr Verantwortung für die Menschen zu übernehmen.

(Beifall bei der CSU)

Nehmen Sie Dublin II oder Dublin III. Ich muss ganz ehrlich sagen: Auch hier ist Solidarität von allen Ländern gefragt. Ich denke mir, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir lehnen die Einrichtungen in Polen ab, wir lehnen die Einrichtungen in Italien ab, wir lehnen die Einrichtungen in Spanien ab. Dann bleibt am Schluss wirklich nur noch ein Land übrig.

Das ist doch keine Politik, die wir gemeinsam machen wollen. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir auch bei Dublin II fordern, dass es eine Art Königsteiner Schlüssel gibt.

Zur Anerkennung der sicheren Herkunftsländer möchte ich sagen: Ich war selber in Berlin dabei, als wir diese Sätze gemeinsam mit der SPD formuliert haben. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich weiß, dass es mit Sicherheit für die GRÜNEN ein schwieriges Thema ist, weil es natürlich auch um das individuelle Asylrecht geht. Aber ich sage Ihnen auch: Für uns, für die CSU war es angesichts unserer DNA auch sehr schwierig, die doppelte Staatsbürgerschaft anzuerkennen. Man muss sich in der Politik manchmal auch öffnen und neue Wege gehen. Ich bitte die GRÜNEN, diesen Weg hier zu gehen, um 20 bis 30 % der Personen unterzubringen, um die anderen schneller zu behandeln und die Gerechtigkeit zu erhöhen.

Außerdem fehlt mir bei der Europäischen Union eine Roma-Strategie. Wo ist diese groß angekündigte Roma-Strategie, die die Nationen plus die EU zu verantworten haben? Da heißt es: Roma-Strategie 2020. Wir haben 2014, und es passiert fast nichts. Entscheidend ist, dass man vor Ort etwas macht. Dazu brauchen wir natürlich Deutschland, natürlich England; aber wir brauchen die EU insgesamt, damit es so funktioniert, wie wir das wollen. Wir wollen, dass die Verfahren in drei Monaten abgehandelt sind. Das ist ein wichtiger Weg. Das bedeutet auch mehr Mitarbeiter beim BAMF. Ganz ehrlich: Ich war bei einigen Gesprächen im BAMF dabei und weiß, wie das abläuft: Super Leute, hoch motiviert. Da braucht man mehr, damit man dies richtig abhandelt. Ich denke, da können wir viel erreichen.

Noch etwas, meine sehr verehrten Damen und Herren: Nicht nur mir persönlich, sondern vielen von uns, tut es wirklich weh, wenn man im Fernsehen die Bilder vom Mittelmeer sieht, wenn man sieht, was in den arabischen Staaten abläuft, vom Arabischen Frühling zum humanitären Winter, zur Barbarei gegen jegliche Zivilisation. Da werden Menschen geköpft, James Foley, ein Synonym für Journalisten, der nur Journalist ist, um von dort zu berichten. Da muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Das ist eine Herausforderung der Zivilgesellschaft. Wir müssen als zivile Gesellschaft aufstehen und sagen: So geht es nicht.

Ich habe ein sehr gutes Verhältnis zu den Jesiden in München und Bayern. Wir haben 500 Jesiden in Bayern. Ich habe ihnen geholfen, damit man ihnen in einer gewissen Art und Weise auch in München Chancen gibt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Weltgemeinschaft, die Europäische Gemeinschaft muss wirklich darüber nachdenken, Chancen

zu eröffnen, um Jesiden weltweit unterzubringen; denn das, was dort unten passiert, ist Vernichtung, Tötung, Kreuzigung in dieser Reihenfolge auch für die Christen natürlich. Was unser System jetzt noch mehr beschäftigt, ist der IS, diese ISIS. Ehrlicherweise müssen wir bei dieser Thematik aber auch fragen: Wer bezahlt die Typen? Woher kommt das Geld? Woher kommt das militärische Know-how?

(Zuruf von der SPD: Wer liefert die Waffen?)

– Wer liefert die Waffen? Ganz richtig. Alle muss man ansprechen. – Entscheidend ist dieser Druck auf die Menschen in Syrien, im Iran und Irak. Ich war in Dohuk und habe gesehen, was dort mit Christen passiert. Da bist du schockiert.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir als Zivilgesellschaft aufstehen und sagen: So machen wir nicht weiter.

(Beifall bei der CSU)

Heute Vormittag hat der Asylgipfel stattgefunden. Ich muss Ihnen sagen, dass das eine gute Sache war.

(Markus Rinderspacher (SPD): Viel zu spät!)

- Viel zu spät? Herr Rinderspacher, ich darf Sie daran erinnern: Letztes Jahr im Juli war die Räumung des Rindermarktes. Danach war schon ein Integrationsgespräch in der Staatskanzlei mit Herrn Ude und Herrn Seehofer.

(Angelika Weikert (SPD): Welche Konsequenzen?)

- Eine Konsequenz war zum Beispiel die Abschaffung der Essenspakete. – Ich bitte Sie, Sie schütteln den Kopf. Das ist eine Art der Politik. Durch solche Tagungen entstehen auch Taten, und für diese Taten benötigt man auch Gelder im System.

Dieser Asylgipfel ist in der Konstellation, wie er war, eine hervorragende, positive Ausrichtung für die Asylpolitik in Bayern. Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehen Sie sich das Papier der Staatsregierung an: Wir steigern die Zahl der Plätze von 3.500 auf 6.600. Das ist eine riesige Chance. Wir wissen, dass der Winter naht. Der Winter bedeutet, dass sich der Zuzug erhöht. Noch mehr Flüchtlinge kommen zu uns, bedingt auch durch die Jahreszeit. Deshalb ist dies kein schlechter Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich denke, wir müssen trotz allem, trotz dieses Asylgipfels, trotz dieses Papiers der Staatsregierung, trotz unserer Debatte über den Tellerrand hinaussehen.

Wir müssen in der Zukunft mehr die soziale Stadt fördern, das Quartiersmanagement.

(Unruhe – Zuruf der Abgeordneten Angelika Weikert (SPD))

- Ich weiß das, Frau Kollegin. Ich fordere die soziale Stadt, weil es eine riesige Einrichtung ist. Ich fordere das Quartiersmanagement. Ich fordere auch in der Gesundheitsversorgung vernünftige Lösungen. Ich fordere eine bessere personelle Ausstattung, um die Chancen für die Menschen zu erhöhen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß, dass dieses Thema emotional besetzt ist. Ich bin selber sehr stark davon berührt, weil ich in der Thematik stecke und sehr oft unterwegs bin. Wenn ich am Hallplatz mit Naqib Hakimi, dem Sprecher dieser Flüchtlinge, spreche, berührt mich, was hier abläuft; man kann dann nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist aber der Teil, den wir auf der Seite der Flüchtlinge sehen. Wir dürfen aber nie vergessen, die Bürgerinnen und Bürger bei dieser Thematik mitzunehmen. Das heißt für mich Offenheit, Transparenz und Ehrlichkeit

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Weikert (SPD))

und gemeinsam Lösungen zu finden. Dieses Thema ist kein parteipolitisches Thema. Dieses Thema ist ein Thema der Zukunft für die Demokratie.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich dem Herrn Kollegen Taşdelen für die SPD das Wort erteilen. Sie haben noch drei Minuten und 35 Sekunden, Herr Kollege.

Arif Taşdelen (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat fehlt mir jetzt die Zeit, hier eindringlich auf deine Rede, lieber Martin Neumeyer, einzugehen. Wenn man hört, wie leidenschaftlich du in diesem Thema steckst und wie leidenschaftlich du dieses Thema diskutierst, könnte man wirklich meinen, dass die CSU-Fraktion die Asylpolitik, die Flüchtlingspolitik ernst nimmt.

(Zurufe von der CSU: So ist es auch! Das tun wir auch!)

Spätestens ein Blick in Ihren Antrag zeigt, dass genau das Gegenteil der Fall ist.

(Beifall bei der SPD)

- Das geht alles von meiner Zeit weg.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Neumeyer, wenn Sie das nächste Mal am Hallplatz sind, dann erzählen Sie doch den Menschen, die dort seit Wochen demonstrieren und streiken, dass die CSU die Lösung parat hat, indem sie alle bayerischen Grenzen dicht macht, damit keiner zu uns kommen kann. Somit müssten Sie sich mit dem Problem gar nicht mehr beschäftigen. Das können Sie denen sagen.

(Unruhe bei der CSU)

Es ist auch in der Tat der Gipfel, dass der Asylgipfel erst jetzt stattfindet. Das Kind ist schon tausendmal in den Brunnen gefallen, und Sie brüsten sich damit, dass jetzt ein Asylgipfel stattgefunden hat.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Herr Fraktionsvorsitzender der CSU, Herr Kreuzer, Sie haben auf die Rede meines Fraktionsvorsitzenden erwidert, dass wir uns als SPD-Fraktion die Tätigkeitsbeschreibung des Chefs der Staatskanzlei genau ansehen sollten. Sie haben davon gesprochen, dass man nicht in Brüssel und in Berlin agieren und gleichzeitig auch noch hier in Bayern die Geschicke lenken könne. Das könne man nur machen, wenn man einen Staatskanzleiminister habe, und wir hätten keine Ahnung von der ganzen Geschichte. Ich würde Ihnen wirklich empfehlen, diese Tätigkeitsbeschreibung – für die frühere Staatskanzleichefin ist das jetzt zu spät – dem zukünftigen Staatskanzleichef zu geben. Wir haben eine Staatskanzlei, wir haben eine Sozialministerin, und wir haben eine Europaministerin. Drei Ministerien beschäftigen sich damit, und jetzt auf einmal tun wir so, als kämen die Flüchtlinge ganz überraschend: Sie stehen vor unserer Tür, und wir haben angeblich nicht erahnen können, dass so viele Flüchtlinge nach Bayern kommen. Jedes Privatunternehmen wäre längst pleite, wenn es so vorausschauend bzw. so wenig vorausschauend geplant hätte.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Man muss fast sagen: Bayern ist trotz CSU-Regierung ein so starkes Land und hat starke Kommunalpolitiker.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Unruhe bei der CSU)

Da meine Redezeit bald zu Ende ist, sage ich noch: Die Ministerin berichtet darüber, dass diese Menschen viel Leid und Kummer erlebt haben. Auch ich

habe in Zirndorf Leid und Kummer gesehen. Ich habe die Kindertageseinrichtung dort besucht und die Bilder an den Wänden gesehen, die diese Kinder gemalt haben. Es waren keine Häuser, keine Blumen und keine Herzchen, die sie gemalt haben, sondern Hub-schrauber, Düsenflieger, bewaffnete Menschen und Panzer, Menschen, die blutend am Boden liegen. Solche Bilder habe ich gesehen.

Wir lösen die Probleme der Politik nicht, indem wir den Italienern Vorwürfe machen. Das tun Sie in Ihrem Antrag. Wir lösen sie auch nicht, indem wir die bayerischen Grenzen dicht machen.

Wir stimmen dem Antrag der FREIEN WÄHLER zu. Wir stimmen dem Antrag der GRÜNEN zu. Ich gebe aber ausdrücklich zu Protokoll, dass wir bei Nummer 8, was die sicheren Herkunftsstaaten anbelangt, etwas anderer Meinung sind. Wir stimmen diesbezüglich logischerweise mit der Vereinbarung der Großen Koalition überein.

Präsidentin Barbara Stamm: Und jetzt machen wir einen Punkt, Herr Kollege. –

Der Herr Kollege Pfaffmann kommt Ihnen entgegen. Er hat noch eine Zwischenbemerkung. – Herr Kollege Pfaffmann, bitte.

(Volkmar Halbleib (SPD): Er zieht zurück! – Zurufe)

Das geht von der Geschäftsordnung her nicht. Oh ja, Herr Kollege, das geht nicht. Es tut mir leid; die Geschäftsordnung ist geändert.

Arif Taşdelen (SPD): Ich habe noch einen Satz.

Präsidentin Barbara Stamm: Einen Satz, bitte.

Arif Taşdelen (SPD): Weil ich heute im Pressespiegel gelesen habe, die Tür für Herrn zu Guttenberg sei offen, sage ich: Bayerische Grenzen dicht zu machen, aber die Tür für Herrn zu Guttenberg zu öffnen, ist zu wenig Asyl- und Flüchtlingspolitik, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich der Frau Kollegin Schmidt von den FREIEN WÄHLERN das Wort erteilen. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Gipfeltreffen über einem Abgrund ist ein makabrer Ort für einen Gipfel. Es war zu spät, es war zu weit, es war im Moment eine unsägliche Situation.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ich habe mir einiges aufgeschrieben. Wir haben heute Vormittag schon gehört, wer alles in Zirndorf war. Wir haben es vor der Haustüre. Wenn der Herr Kollege Neumeyer sagt, wir müssen die Menschen vor Ort mitnehmen, sie seien feindlich gesinnt, möchte ich Ihnen mitgeben: Wir in Mittelfranken sind Profis auf diesem Gebiet. Bei uns sind die Menschen nicht feindlich gesinnt, und ich habe noch keinen solchen Brief aus der Gegend erhalten. Ich habe wohl solche Briefe erhalten, nicht aber aus der Gegend.

Ich möchte Kollegin Guttenberger zitieren: Das ist kein Zustand, den man auf Dauer ertragen kann. Es geht schließlich um Menschen. – Nicht einmal mehr Ihre eigenen Leute sind davon überzeugt, dass Bayern hier gut handelt und wir ein Vorausdenken geschafft haben.

Ich möchte hier auf Zirndorf eingehen. Dort wird gefeiert und zugeschaut, wenn ein Grundstück, das zur medizinischen Versorgung vorgesehen war, von der Nachbargemeinde nun als Brachfläche ausgewiesen wird. Ich möchte keine der politischen Gruppierungen ausnehmen, auch nicht meine. Man hatte Angst zu handeln. Statt eines medizinischen Versorgungszentrums nun eine Brachfläche zu haben, ist eine Schande für uns alle. Eine Ortsumgehung ordnet man leichter an.

Man lässt sich sogar feiern. Man schürt Vorurteile: Wer betrügt, der fliegt. Dass das funktionieren kann, hat man ja gesehen. Der Druck, der in den Kommunen herrscht, wenn Sie so etwas behaupten, ist immens. Wir brauchen eine Willkommenskultur. Wie gehen wir mit Menschen um? Wie überfordern wir die Menschen vor Ort, die dort arbeiten? Das betrifft sowohl die Menschen im Ehrenamt als auch in der Verwaltung. Was unterstellen wir dem Bundesamt, wenn wir von Missbrauch sprechen? – Herr Kollege Neumeyer, Herr Kollege Zellmeier und vor allem Sie, Herr Kreuzer, sagen, wir hätten die erfolgreichste Regierung in ganz Deutschland. Deutschland sei das erfolgreichste Land überhaupt. Was behaupten Sie von einem Bundesland, wenn Sie sagen, dort werde Missbrauch zugelassen? Das ist eine Unterstellung.

Herr Kollege Zellmeier, Sie haben gesagt, ich hätte vergessen, dass Bayern den Betreuungsschlüssel erhöht habe. Sie haben vergessen, dass Sie fast zehn Jahre in Berlin mitregieren. In Ihrem Wahl-Flyer steht, Sie bilden die Meinung in Europa. Wo war diese bei der Flüchtlingspolitik? Sie haben die Verträge unterschrieben. Sie haben dafür geradezustehen. Sie re-

gieren hier in Bayern und nicht in NRW, nicht im Saarland oder in Berlin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich finde es unwürdig, wenn wir Abgeordnete oder die Kollegen im Bund darüber entscheiden müssen, was ein sicherer Ort ist. Es gibt Institutionen und Menschenrechtskontrollgremien, die das entscheiden. Keiner von Ihnen hat jemals als Homosexueller in Georgien oder als Sinti oder Roma in Albanien gelebt. Ich weiß nicht, was das für ein Druck ist. Dafür gibt es Organisationen, die das einschätzen und an den Bund weitergeben. Ich möchte diese Entscheidung für niemanden fällen.

Ich bitte Sie, lassen Sie uns den Menschen, an die Sie eine Einladung ausgesprochen haben, ein anderes Gesicht zeigen. Sie haben in jeder Regierung unterschrieben, dass das unsere Flüchtlingspolitik ist. Wenn die Menschen schließlich kommen, sollten sie nicht nachts in Zirndorf vor der Tür liegen müssen. Wir haben Glück, dass wir eine wirklich gute Polizei haben, die hilft und Registrierungen vornimmt. Die Menschen vor Ort sind engagiert. Im Bericht steht, dass sogar die Kapelle belegt ist. Nicht nur die Kapelle ist belegt, sondern auf dem gesamten Gelände leben Menschen. Bereits heute früh habe ich gesagt, dass es sich um ein kleineres Gelände als den Bayerischen Landtag handelt. Ich möchte mit keinem von Ihnen, auch nicht mit denen, die ich wahnsinnig gerne mag, über eine Woche auf so engen Raum leben müssen. Den Menschen muten wir Garagen zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Frau Ministerin, Ihnen glaube ich das sogar. Manchmal halte ich es jedoch für Etikettenschwindel und eine Verzögerungstaktik, wenn sich die Frau Ministerin in der Asylfrage überholt. Das haben wir heute Morgen gehört. Es wurde bereits ein paar Mal zitiert, dass der Antrag zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels im Juni oder Juli gestellt wurde. Zu diesem Thema ist nichts passiert. Die Kirchen fordern das ein. Ich bitte Sie, dass Sie irgendwann ihr "C" in CSU an der Kasse abgeben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Regierung von Mittelfranken leistet Überstunden. Die Mitarbeiter des BAMF, die nicht alle hier wohnen, leisten Überstunden. Warum hat es die Vereinbarung gegeben, dass vorerst nur mit Mitarbeitern der Bundeswehr aufgestockt wird, wenn Sie schon fast zehn Jahre an der Regierung sind? Warum haben Sie das nicht schon geändert, wenn Sie die Lösungen haben? Wir sprechen von Bundesliegenschaften. Die Kommu-

nikation mit den Kollegen im Bund funktioniert scheinbar überhaupt nicht. Ansonsten wüssten Sie, was Ihnen gehört. Ich weiß auch, was mir gehört. Das muss doch machbar sein. Sie wollen eine Maut einführen und wissen nicht einmal, wo Kasernen frei sind. Das ist unverständlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Eines noch: Halten Sie Ihren nächsten Gipfel nicht über einem Abgrund. Halten Sie den nächsten Gipfel nicht allein. Wenn man immer dasselbe Wasser kocht, wird daraus auch keine Suppe. Das möchte ich Ihnen wirklich mitgeben. Die Zutaten machen es aus. Sie hätten den Städte- und Gemeindetag eher mit ins Boot nehmen müssen. Diese Forderungen wurden schon lange gestellt. Bitte zeigen Sie den Menschen, die wir einladen, bei uns Asyl zu suchen, ein freundliches Gesicht. Schieben Sie es bitte nicht auf die Bevölkerung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Müller um das Wort gebeten.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die derzeitige Situation der Flüchtlinge in der Welt bewegt uns alle. Das ist heute mehrfach angesprochen worden. Über 50 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Ungefähr 600.000 Menschen warten in Nordafrika auf die Überfahrt Richtung Europa. Die Menschen aus Syrien und anderen Krisengebieten haben ein erschütterndes Schicksal hinter sich. Oft haben sie Not und Krieg, Gewalt und auch Vergewaltigung erlebt. Diese Schicksale rühren uns alle. Ihnen müssen wir helfen. Das ist unsere humanitäre Aufgabe. Dabei stehen viele Menschen vor einem emotionalen Spagat: zwischen Mitleid mit den Bürgerkriegsflüchtlingen und den Asylbewerbern und dem Gefühl der Überforderung angesichts der Vielzahl von Asylsuchenden, die selbst in kleinsten Gemeinden untergebracht werden müssen. Der Zustrom ist in ganz Deutschland dramatisch angestiegen. Die Prognosen sind permanent nach oben verändert worden.

Für Menschen auf der Flucht ist Deutschland die Nummer eins in Europa. Die meisten wollen zu uns, weil es hier die Möglichkeiten für Schutz und Unterkunft gibt. Von diesen in Deutschland ankommenden Asylbewerbern werden Bayern aufgrund des Verfahrens immer, egal wie die Prognose lautet, 15,2 % zugewiesen, und zwar unabhängig davon, wie die politischen Maßnahmen in der Zukunft aussehen.

Derzeit sind in Bayern rund 45.000 Asylbewerber untergebracht und haben bei uns eine feste Bleibe. Allein im Jahr 2014 kommen nach der derzeitigen Prognose rund 33.000 Menschen nach Bayern. Alle Bundesländer stehen vor den gleichen Problemen und Herausforderungen. Es handelt sich damit nicht um ein bayerisches Problem. Herr Kollege Neumeyer hat es vorher angesprochen. In der dpa-Meldung lese ich, dass der SPD-Politiker Oberbürgermeister Maly nach dem Asylgipfel die Bemühungen der Staatsregierung gelobt hat.

(Volkmar Halbleib (SPD): Bemühungen seit letzter Woche!)

Ich zitiere:

Die Probleme sind in ganz Deutschland gleich. Aber die Problemlösungsmöglichkeiten sind in Bayern besser als in anderen Bundesländern durch die Kooperation von Freistaat und Kommunen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Warum haben Sie das nicht früher genutzt?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, bei diesem Thema vernehme ich wieder nur die übliche Oppositionsrhetorik.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

In Bayern sei alles schlecht, schlechter als überall sonst. Sie entwerfen ein Zerrbild von Bayern, und das wissen Sie. Ich sage Ihnen: Ich war schon mit vielen von Ihnen unterwegs. Ich habe mit vielen von Ihnen über diese Thematik diskutiert. Sie haben mich enttäuscht, vor allem bei diesem Thema. Es geht um Menschen, die wirklich ein schweres Schicksal haben. Ich bin der Überzeugung, dass wir alles tun müssen, um diesen Menschen zu helfen.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Dann tun Sie das bitte auch!)

Die Unterbringung und die Betreuung erfolgen in enger Zusammenarbeit von Freistaat, Kommunen und Wohlfahrtsverbänden.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Und den Ehrenamtlichen!)

- Und vielen Ehrenamtlichen. Diesen Menschen möchte ich heute ein Dankeschön aussprechen.

(Beifall bei der CSU)

Ich erlebe viel Solidarität der Menschen vor Ort. Das geht Ihnen sicherlich genauso. Diese Solidarität dürfen wir aber nicht aufs Spiel setzen; denn die Akzeptanz der Bevölkerung ist beim Thema Asyl entscheidend. Wir müssen daher alles daran setzen, dass wir uns um die Menschen kümmern können, die wirklich unseren Schutz brauchen und die des Schutzes bedürfen. Der Dreiklang, den die Menschen zu Recht von uns erwarten, lautet: Verhinderung ungerechtfertigter Einreise, Durchsetzung der Ausreisepflicht und Hilfe für die zu Recht bei uns Schutz Suchenden. Das ist unsere zentrale Aufgabe.

(Beifall bei der CSU)

Bayern steht für eine menschliche Asylpolitik. Wir tun alles Menschenmögliche, um die Asylsuchenden menschenwürdig unterzubringen. Wir haben die Essenspakete in den Gemeinschaftsunterkünften abgeschafft. Nur Mittelfranken steht noch aus, weil die Verträge noch laufen. In den letzten Jahren haben wir die Asylsozialberatung enorm ausgebaut und passen sie weiter den steigenden Herausforderungen an.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, besonderes Augenmerk legen wir auf die Erstaufnahmeeinrichtungen, in denen die Menschen nach einem langen Fluchtweg ankommen. Diese Menschen kommen aus vielen Nationen, sprechen die unterschiedlichsten Sprachen; darunter sind Analphabeten, Menschen unterschiedlicher Religionen. Sie brauchen sofortige Unterstützung und Hilfe. Deshalb möchte ich den Betreuungsschlüssel bei der Asylsozialberatung in den Erstaufnahmeeinrichtungen auf 1 : 100 anheben.

(Beifall bei der CSU)

Herr Dr. Fahn, wenn Sie im Ausschuss etwas anderes verstanden haben, war es ein Wunschdenken, und Sie interpretieren meine Aussage.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Nein, ich habe alles mitgeschrieben!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Kapazitäten in den beiden Erstaufnahmeeinrichtungen in München und Zirndorf auf 3.500 Plätze massiv ausgebaut. Wir haben das Personal erhöht. Wir haben die Anzahl der medizinischen Untersuchungen vervierfacht. Wir schaffen jetzt in jedem Regierungsbezirk eine Erstaufnahmeeinrichtung. Deren Zahl steigt also von zwei auf sieben. Zur Behauptung, dass wir zu langsam waren, sage ich: Der Beschluss war im April. Wir haben schon vorher die Aufnahmeeinrichtung Deggendorf verkündet und sind dieses Projekt angegangen. Wir werden neben München und Zirndorf zusätzliche Standorte haben, nämlich Deggendorf, Bayreuth, Augsburg, Regensburg und Schweinfurt. Die

Kapazitäten dieser Einrichtungen stehen uns ab dem Jahr 2015 zur Verfügung.

Für Zugangsspitzen und unvorhergesehenen Bedarf stocken wir die Zahl der Plätze bis Ende des Jahres auf 6.600 auf. Damit können heuer noch 23.000 Asylbewerber bei uns aufgenommen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Sommer hatten wir eine Notsituation, eine Ausnahmesituation. Diese Situation hat sich noch nicht erledigt. Ich sage das hier mit allem Nachdruck. Wir mussten die Bayernkaserne, die zwei Drittel unserer Kapazitäten ausmacht, wegen der Masernfälle schließen, und zwar so lange, bis die Inkubationszeit vorüber war. Am letzten Freitag konnten wir die Bayernkaserne wieder öffnen. Deswegen entzerrt sich die Situation.

Auch mir gefällt es nicht, dass wir Zelte als Notlösung aufbauen mussten. Ein Zelt konnten wir mittlerweile schließen. Die "Bugwelle", die sich angehäuft hat, arbeiten wir derzeit ab.

(Susann Biedefeld (SPD): Es handelt sich hier um Menschen!)

Wir holen die Leute in die Erstaufnahmeeinrichtung. Wir streben an, dass dies zügig vollzogen wird. Für ungeahnte Entwicklungen stellen wir einen Notfallplan auf. Auch die Anschlussunterbringung stellen wir sicher. Wir steigern in diesem Jahr die Kapazitäten in den Gemeinschaftsunterkünften, für die wir verantwortlich sind, um 30 %. In gleicher Weise bauen die Kreisverwaltungsbehörden derzeit ihre Kapazitäten aus.

Ein weiterer Punkt, der mir besonders am Herzen liegt, sind die unbegleiteten Minderjährigen. Wir haben im Vergleich zu den Zahlen vom letzten Jahr eine Versechsfachung.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir erwarten 3.000 neu ankommende unbegleitete Minderjährige. Diese Versechsfachung stellt uns in den Kommunen vor riesige Herausforderungen. Die Staatsregierung lässt die Kommunen mit dieser Verantwortung aber nicht allein. Die Kommunen erhalten für die Verwaltungskosten und Vormundschaften für die unbegleiteten Minderjährigen und für den Bau zentraler Inobhutnahmeeinrichtungen in den Jahren 2015 und 2016 8,5 Millionen Euro, damit die unbegleiteten Minderjährigen gut untergebracht werden können. Die unbegleiteten Minderjährigen, die zu uns kommen, sind hochmotiviert und engagiert. Sie wollen etwas lernen. Wir unterstützen sie im Hinblick auf das Erlernen der deutschen Sprache. Wir wollen ihnen

eine Ausbildung ermöglichen. Das alles tun wir derzeit.

(Beifall bei der CSU)

Zudem setzt sich Bayern dafür ein, dass die unbegleiteten Minderjährigen künftig bundes- und bayernweit verteilt werden können, um besonders betroffene Kommunen entlang der Hauptfluchtrouten zu entlasten.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden dazu eine Bundesratsinitiative starten. Wir müssen die Kommunen Rosenheim, Passau und Kempten, aber auch die Landeshauptstadt München von dieser großen Flut entlasten.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen aber auch den Bund stärker in die Verantwortung nehmen. Er muss ehemalige Kasernen schneller freigeben und sich finanziell beteiligen.

Die Asylpolitik ist eine sensible, verantwortungsvolle Aufgabe. Sie eignet sich weder für populistische Spielchen noch für parteipolitische Taktierereien. Deshalb appelliere ich an Sie alle, konstruktiv zusammenzuarbeiten. Aus meiner Sicht ist die Unterstützung der Asylsuchenden eine große gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

(Beifall bei der CSU)

Abschließend darf ich noch einmal sagen: Alle sind gefordert. Das war das einvernehmliche Signal, das heute vom Asylgipfel ausgegangen ist. Meine Damen und Herren, ich glaube, daran sollten wir uns orientieren.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Eine Zwischenbemerkung von Frau Osgyan. – Bitte schön.

Verena Osgyan (GRÜNE): Frau Staatsministerin Müller, das hört sich so an, als ob das Ganze eine Naturgewalt wäre. Sie haben von einer Flut gesprochen. In Nürnberg, wo ich herkomme, sind Zelte aufgebaut worden. Das war in der Situation wahrscheinlich nicht mehr anders machbar. Eine Woche lang war dort nur ein privater Sicherheitsdienst. Die Leute waren sich selbst überlassen. Warum ist es nicht möglich, hier die Polizei oder das Technische Hilfswerk einzusetzen? Diese Leute sind geschult, mit solchen Situationen umzugehen. Sie hätten zur Betreuung abgestellt werden sollen. Ich möchte Sie darum bitten, uns zu erklären, was man in der Hinsicht besser machen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Neben der Einrichtung in Zirndorf befindet sich eine Polizeistation. Der Innenminister kann das mit Sicherheit besser erklären. Auch in Zirndorf ist die Polizeipräsenz erhöht worden. Es gibt auch dort Asylsozialberatung durch die Diakonie und die Innere Mission. Die Leute werden dort betreut. Der Zustrom war aber enorm. Alle Leute, die über die verschiedenen Fluchtrouten nach Bayern kamen, wurden nach Zirndorf weitergeleitet. Von dort aus werden die Asylbewerber wiederum in andere Bundesländer geschickt.

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat sich noch Frau Kollegin Schmidt zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Frau Ministerin, wie kann es sein, dass ein privater Unternehmer wie ein großes Möbelhaus in unserer Region schneller Wohnraum zur Verfügung gestellt hat, als wir es im Freistaat oder im Bund leisten können, und dazu noch 400 Betten gestiftet hat? Warum können wir nicht so schnell agieren wie ein privater Unternehmer?

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Wir haben mit dem Inhaber des Möbelhauses vereinbart, dass er uns dieses Objekt zur Verfügung stellt. Wir nehmen diese feste Unterkunft sehr gerne an. Wir wollen aus den Zelten raus. Das habe ich auch gesagt. Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir das Möbelhaus in Anspruch nehmen können. Der Besitzer hat neue Böden verlegt. Er hat die Betten unentgeltlich aufgestellt und verlangt auch keine Miete. Das ist eine außergewöhnliche Leistung, und dafür gebührt dem Unternehmen ein großes Kompliment.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Jetzt hat Frau Kollegin Kamm gebeten, ihre restliche Redezeit ausnutzen zu dürfen. Zwei Minuten und 43 Sekunden stehen ihr noch zur Verfügung.

Christine Kamm (GRÜNE): Danke schön, Frau Präsidentin. – Ich möchte auf zwei Punkte eingehen. Liebe Frau Ministerin, der Dreiklang, von dem Sie gesprochen haben, wird bei der Vielzahl der ehrenamtlichen Akteure, die in der Flüchtlingsarbeit engagiert sind, keine Zustimmung finden. Ein Dreiklang aus Abschiebung, Grenzkontrollen und Hilfe für den Rest fin-

det mit Sicherheit keine Zustimmung bei denjenigen, die sich für Asylsuchende und Flüchtlinge einsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann zum Thema Akzeptanz und Ihrem Hinweis, Sie bekämen schlimme Briefe: Briefe von ewig Gestrigen bekommen wir schon lange, seit 20 bis 30 Jahren, seitdem wir politisch aktiv sind, völlig unabhängig davon, ob und wie viele Flüchtlinge in unserem Land Schutz suchen. So ist es eben. Wir können sie Ihnen zeigen. Das ist kein Problem der Flüchtlinge, sondern ein Problem der demokratischen Bildung der Bevölkerung in unserem Land. Deshalb fordere ich auch Sie auf, nicht immer wieder durch falschen Zungenschlag ewig gestrige Meinungen zu beschwören und nach vorne zu bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann noch zu dem Thema, das Sie, Herr Neumeyer, angesprochen haben: Wir sind zwar in vielen Punkten einer Meinung, aber man muss zur Begründung der Forderung nach einer besseren europäischen Roma-Strategie nicht das Bild des Hochhauses in Duisburg beschwören. Die Zustände dort sind durch einen Immobilienbesitzer verschuldet, der einen ziemlich großen Reibach macht, aber auch durch Menschen, die Sinti und Roma, aber auch ärmere Menschen aus anderen europäischen Ländern, an unseren normalen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen vorbei ausbeuten. Wir müssen deshalb bei uns selber anfangen und die Kontrollen verbessern.

Zum Thema Immobilien habe ich die Frage, warum immer nur Kasernen gefordert werden, obwohl Kasernen zum Wohnen nicht gerade die allerbeste Lösung sind. Warum suchen wir nicht auch nach Immobilien unserer Kirchen? Warum fragen wir nicht verstärkt bei den Kirchen nach? Warum suchen wir nicht auch landeseigene Immobilien? Ich bin sicher, dass wir dort noch die eine oder andere geeignete Unterkunft finden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat jetzt Herr Staatsminister Herrmann ums Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem heute in einigen Debattenbeiträgen der Asylmissbrauch, die Situation am westlichen Balkan und die Grenzen angesprochen worden sind, will ich dazu in der noch verbleibenden Redezeit in aller Kürze drei Anmerkungen machen.

Erstens. Wer die Entscheidungspraxis und die Ergebnisse der Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge anschaut, wird feststellen, dass nach wie vor zwei Drittel derjenigen, die als Asylbewerber in unser Land kommen, nicht anerkannt werden und auch keinen Abschiebeschutz genießen. Das ist das Ergebnis einer rechtsstaatlichen Überprüfung.

(Widerspruch der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

- Frau Kollegin, mit Verlaub, das darf man schon beim Namen nennen. Zwei Drittel kommen missbräuchlich hierher.

(Beifall bei der CSU)

Darüber muss man auch reden dürfen. Wenn Verwaltungsgerichte festgestellt haben, dass diese Leute kein Recht auf Asyl und keinen Abschiebeschutz haben, gehört es zu dem Verfahren, dass sie unser Land wieder verlassen müssen. Sonst macht das ganze Verfahren keinen Sinn. Vielleicht sind Sie in diesem Punkt völlig anderer Meinung. In einem rechtsstaatlichen Verfahren ist es jedoch richtig, dass wir entsprechend vorgehen. – Abgesehen davon haben wir ein eigenes Kontingent für 20.000 Flüchtlinge aus Syrien geschaffen, die, ohne ein Asylverfahren zu durchlaufen, bei uns aufgenommen werden.

(Christine Kamm (GRÜNE): Sie haben gar nichts gemacht!)

Bei den Leuten, die aus Syrien zu uns kommen, liegt die Anerkennungsquote aktuell über 85 %. Bei denen, die aus Mazedonien, Serbien oder Bosnien-Herzegowina zu uns kommen, liegt die Anerkennungsquote unter einem Prozent. Deshalb hat die Große Koalition mit Fug und Recht beschlossen, dass in die seit Jahren bestehende Liste sicherer Herkunftsländer auch diese drei Westbalkanstaaten aufgenommen werden. Deshalb frage ich mich, warum diese Entscheidung aus dem Kreis der SPD-Fraktion wieder relativiert wird. Dass diese drei Westbalkanstaaten in die Liste der sicheren Herkunftsländer aufgenommen werden, ist gut und richtig. In der Summe sind immerhin 20 % aller Asylbewerber in den letzten eineinhalb Jahren aus diesen Ländern zu uns gekommen. 20 % stammen allein aus diesen drei Ländern. Das ist nicht zu vernachlässigen.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt geht es nur noch darum, dass die grüne Blockadepolitik im Bundesrat überwunden wird. Ich hoffe sehr, dass es am kommenden Freitag im Bundesrat

eine Mehrheit für dieses aus klugen Erwägungen vom Bundestag beschlossene Gesetz geben wird.

(Beifall bei der CSU)

Der zweite Punkt betrifft unsere Grenzen. Im Hinblick auf die Entwicklung in Italien freue ich mich sehr darüber, dass die neue italienische Regierung unter Ministerpräsident Renzi mit Bootsflüchtlingen anders umgeht, als es unter Berlusconi der Fall war. Es ist unsere gemeinsame humanitäre Verantwortung in Europa, dass man diese Leute nicht im Mittelmeer ertrinken lässt. Es gibt aber klare Regeln dafür, wann solche Flüchtlinge in Europa ankommen und aufgenommen werden sollen. Offenkundig kommt Italien seinen vertraglichen Verpflichtungen im Moment nicht nach. In ganz erheblichem Maße werden Flüchtlinge, die in Italien ankommen, ganz einfach in den Zug gesetzt und nach Deutschland geschickt. Das ist ein Thema der Flüchtlingspolitik der EU, mit dem wir uns in Brüssel beschäftigen müssen. Täglich bekomme ich Berichte sowohl von der Bundespolizei als auch von der Landespolizei, wie viele Leute ohne Papiere, ohne ein Ausweisdokument oder ein Visum nicht nur auf der Strecke vom Brenner in Richtung Rosenheim, sondern zunehmend auch im Raum Passau auf den dortigen Autobahnen und Eisenbahnstrecken aufgegriffen werden. Aufgrund dieser illegalen Einreisen stellt sich die Frage, ob das ganze Schengen-System im Moment noch funktioniert. Laut dem Schengener Abkommen wurden die Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raumes abgeschafft. Jeder Mitgliedstaat ist verpflichtet, die Außengrenzen umso intensiver zu schützen und dafür zu sorgen, dass niemand illegal den Schengen-Raum betreten kann.

Einzelfälle kann es immer geben, aber inzwischen halten sich jeden Monat Hunderte von Menschen in unserem Land mitten im Schengen-Raum auf, ohne bei der Einreise richtig kontrolliert worden zu sein und ohne über Ausweisdokumente zu verfügen. Dabei haben sie schon mindestens zwei, manchmal auch drei Schengen-Länder durchquert, bevor sie bei uns in Deutschland angekommen sind. Für mich ist das nicht nur eine Frage der Flüchtlingspolitik, sondern auch eine Frage der Sicherheit in unserem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Die Frage stellt sich, wie sicher die Vereinbarungen des Schengener Abkommens überhaupt noch sind. Im Schengener Grenzkodex steht, dass bei Erkenntnissen, wonach die Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist und Schengen-Mitgliedsländer ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, sehr wohl die Frage nach einer Wiedereinführung der Grenzkontrollen aufge-

worfen werden kann. Das steht zu Recht ausdrücklich im Schengener Grenzkodex. Genau das hat unser Ministerpräsident aufgegriffen, und das ist auch wichtig und richtig so. Wir können dieser Entwicklung doch nicht tatenlos zusehen, meine Damen und Herren. Es handelt sich um die Frage der Sicherheit für die Menschen in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum dritten und letzten Punkt. Es ist wichtig, dass das Folgende auch thematisiert wird und in dem vorliegenden Antrag zur Beschlussfassung angelegt ist: Wir müssen uns gemeinsam darum kümmern, wie es in Arabien und in Afrika weitergeht. Das bedeutet für die Entwicklungshilfepolitik unseres Landes und der Europäischen Union insgesamt eine Herausforderung. Dass in Teilen Afrikas schwer zumutbare Zustände herrschen, ist überhaupt keine Frage. Der gesunde Menschenverstand sagt uns aber, dass wir die Probleme all dieser Staaten in Afrika auf Dauer nicht dadurch lösen können, dass Millionen von Afrikanern nach Europa kommen. Die Probleme können nur dadurch gelöst werden, dass wir die Situation in Afrika verändern. Auch dafür müssen wir uns gemeinsam einsetzen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag.

(Beifall bei der CSU – Staatsminister Joachim Herrmann verlässt das Rednerpult – Christine Kamm (GRÜNE): Halt, ich habe mich schon die ganze Zeit gemeldet! – Staatsminister Joachim Herrmann kehrt zum Rednerpult zurück)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, danke für Ihre Rückkehr zum Rednerpult. – Frau Kollegin Kamm, bitte.

Christine Kamm (GRÜNE): Sie haben beschworen, dass mehr Entwicklungshilfe für Afrika geleistet werden soll. In welcher Form hat sich Bayern bisher für nennenswerte Verbesserungen der Entwicklungshilfe und der humanitären Hilfe in den betroffenen Ländern eingesetzt? – Sie haben für den CSU-Antrag geworben, in dem steht, drei Länder sollen zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden. Im CSU-Antrag sind aber fünf Länder aufgeführt. Was wollen Sie jetzt eigentlich? – Sie haben behauptet, Italien würde Flüchtlinge in den Zug setzen, um sie nach Bayern zu schicken. Welche Belege haben Sie, dass tatsächlich italienische Stellen und für Italien Verantwortliche dergleichen tun? Meines Wissens befinden sich natürlich Flüchtlinge in Zügen; in der Regel haben sie diese aber aus eigenem Antrieb bestiegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Liebe Frau Kollegin Kamm, ich beginne mit der Beantwortung Ihrer letzten Frage. Die Regeln nach dem Dublin-Abkommen sind eindeutig. Der Staat, in dem die Menschen zuerst ankommen, hat sie zu registrieren und zunächst aufzunehmen. Nach den Zahlen, die die italienische Regierung veröffentlicht, ist die Lage ganz offenkundig: Zwischen den Zahlen der Menschen, die Italien laut der italienischen Regierung aus dem Mittelmeer aufgenommen hat, und den Zahlen der Menschen, die die italienische Regierung offiziell als registrierte Asylbewerber nach Brüssel meldet, klafft nach den aktuellen Entwicklungen der letzten Monate ein sehr großer Unterschied.

(Christine Kamm (GRÜNE): Sie haben halt keinen Antrag gestellt! – Lachen bei der CSU)

- Genau. Dann befinden wir uns aber, liebe Frau Kollegin Kamm, genau an dem Punkt, den ich vorhin angesprochen habe; dann sind wir beim Schengener Abkommen. Wenn sie nicht gesagt haben, dass sie einen Asylantrag stellen, stellt sich die Frage, ob sie ein Visum für den Schengen-Raum haben. Das ist Ihnen ein Begriff? – Ja. Wenn jemand über kein Visum für den Schengen-Raum verfügt und keinen Antrag auf Asyl gestellt hat, darf ihn der italienische Staat nicht einreisen lassen. Die Rechtslage ist wirklich völlig eindeutig, liebe Frau Kamm.

Mir liegt ein Schreiben eines Mitarbeiters der Deutschen Bahn aus der letzten Woche vor. Er hat mir einfach als Bürger, nicht offiziell als Mitarbeiter der Bahn, einen Brief geschrieben. Darin hat er beschrieben, was er als Zugbegleiter in einem Eurocity von Verona nach München erlebt hat. In Verona hat er festgestellt, dass Menschen im Zug sitzen, die über keine Papiere und dergleichen verfügen. Er hat die italienische Polizei um Hilfe gebeten, weil diese Menschen in diesem Zug nichts verloren haben. Darauf hat ihm die italienische Polizei bedeutet, er solle nicht für ein Durcheinander sorgen, und im Übrigen habe sie die Anweisung, solche Züge nach Deutschland ihrerseits nicht weiter in irgendeiner Weise zu begleiten, zu kontrollieren und dergleichen mehr. – Das ist die Realität.

Ich sage ausdrücklich: Wir müssen mit den Italienern zu einer vernünftigen Zusammenarbeit kommen. Ich bin aber auch der Meinung, dass die Europäische Union die Italiener bei dieser großen Belastung besonders unterstützen sollte. Wenn wir in der Europäischen Union vernünftig zusammenarbeiten wollen, geht es aber nicht an, dass ein Staat für sich alle Regeln außer Kraft setzt und einfach nicht mehr mitmacht.

(Beifall bei der CSU)

Auf dieser Basis kann ich nämlich keine vernünftige Zusammenarbeit in der Europäischen Union organisieren. Das ist unsere Haltung. Deshalb müssen wir engagiert mit unseren italienischen Freunden reden. Damit handeln wir im Interesse des Anliegens, weiterhin eine vernünftige Asylpolitik in unserem Land zu betreiben. Wir wollen eine vernünftige Zusammenarbeit in der Europäischen Union, tragen aber auch weiterhin Verantwortung für die Sicherheit in unserem Land, im Bayernland und in Deutschland insgesamt. Dafür stehen wir auch in Zukunft.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/3036 abstimmen.

(Unruhe)

Darf ich um Ruhe bei der Abstimmung bitten? – Hierzu wurde vonseiten der Antragsteller während der Aussprache ein Änderungsantrag gestellt. Danach soll in der Nummer 5 der letzte Spiegelstrich folgende Fassung erhalten:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Asylsozialberatung bedarfsgerecht auszubauen. Dazu ist ein Betreuungsschlüssel von 1 : 100 sicherzustellen.

Die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat darum gebeten, dass über diesen Spiegelstrich einzeln abgestimmt wird. Wer diesem Spiegelstrich und der damit einhergehenden Änderung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Die CSU-Fraktion.

(Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

- Ich lasse noch einmal abstimmen. Wer dem Antrag, mit dem der 5. Spiegelstrich im Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/3036 geändert wird, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN bei sechs Ja-Stimmen – – Bitte heben Sie nochmals die Hand! Die Handzeichen sind nacheinander gekommen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ihr habt doch noch mehr Hände!)

- Einige Abgeordnete der CSU haben die Hand gehoben; es sind mehr geworden. Ich bitte diejenigen Abgeordneten der CSU, die diesem Spiegelstrich zustimmen, noch einmal die Hand zu heben. – Fünf. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt. Gibt es Stimmenthaltungen?

(Zurufe von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN: Gegenstimmen!)

- Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung aus der CSU-Fraktion. Damit wurde dieser Spiegelstrich abgelehnt. Ich komme zur weiteren Abstimmung über den Rest dieses Antrags.

(Anhaltende Unruhe)

- Können wir uns jetzt vielleicht wieder ein bisschen beruhigen?

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich bitte jetzt wirklich um Beruhigung. Ich habe das Stimmverhalten hier so entgegenezunehmen, wie es abgegeben wird.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): So ist es! – Volkmar Halbleib (SPD): Etwas anderes wäre ja noch schöner!)

Obwohl das angezweifelt wird, gehe ich davon aus, dass die Gegenstimmen die Mehrheit gewesen sind. Ich habe auch von den beiden Schriftführern nichts gehört. Ich denke, das kann man in der Übersicht sehen, Herr Kollege Gehring. Es war die Mehrheit, die diesen Änderungsantrag abgelehnt hat.

(Unruhe bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ganz klar. Wenn Sie wollen, können wir das auch nachzählen. – Das ist so, wie ich es hier sage. Von keinem der Schriftführer hier wurde Ihre Anmerkung unterstützt. Danke.

Dann lasse ich jetzt insgesamt über den Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/3036 abstimmen. Sie haben uns noch eine Änderung des Antrags mitgeteilt. Als weitere Änderung wurde beantragt, der Nummer 5 folgenden neuen Spiegelstrich anzufügen: "Der staatliche Anteil der pauschalierten Personalkosten ist von derzeit 70 auf 80 Prozent zu erhöhen."

(Widerspruch)

Ich soll nicht mehr einzeln über diese Änderung abstimmen lassen, sondern über den restlichen Teil des Dringlichkeitsantrags unter Berücksichtigung des unter Nummer 5 neu anzufügenden Spiegelstrichs. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zurufe: Nein!)

- Nein? – Die SPD-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER stimmen diesem Antrag insgesamt zu. Ich bitte darum, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag in der Gesamtheit abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/3037. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, Fraktion der FREIEN WÄHLER, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/3038 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zurufe: Nein!)

- Eine Stimme von den FREIEN WÄHLERN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der FREIEN WÄHLER ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse noch über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/3039 abstimmen. Hierzu wurde namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, die Stimmkarten abzugeben. Die Abstimmung ist eröffnet. Fünf Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 18.34 bis 18.39 Uhr)

Die Abstimmung ist beendet. Ich schließe sie. Ich bitte auszuzählen. Ich gebe das Ergebnis dann noch bekannt. – Ich darf außerhalb der Tagesordnung noch gemäß § 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung bekannt geben, dass die SPD-Fraktion anstelle der Kollegin Annette Karl Herrn Kollegen Florian von Brunn als neues Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten benannt hat. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen. Danke schön.

Ich darf das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt geben: Mit Ja haben 82 gestimmt, mit Nein 49, Stimmenthaltungen gab es 15. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage)

Damit schließe ich die Sitzung.

(Schluss: 18.44 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.09.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Kerstin Schreyer-Stäblein u. a. und Fraktion CSU; Maßnahmenpaket zur Flüchtlings- und Asylpolitik: Solidarität mit Asylsuchenden - Fluchtursachen bekämpfen - Schengen-Abkommen und Asylgesetze anpassen! (Drucksache 17/3039)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina			
Felbinger Günther			
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert			
Ganserer Markus			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			X
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva			X
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar		X	
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann			
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine			
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred			
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike			X
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			X
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias			
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi			X
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Untertländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			X
Wild Margit		X	
Winter Georg			
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	82	49	15